

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

**Bezugspreis** mit Illustr., Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einchl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 Mk. — Durch die Post bezogen 2.— Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72208. **Verkaufsstelle:** Leipziger Buchdruckerei A. G., Leipzig Nr. 534 77

**Redaktion:** Leipzig, Tauscher Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 72208. — **Verlag in Leipzig:**  
Tauscher Straße 19/21 — Telephon 72208

**Inseratenpreis:** Die 10. Spalte, Kolonelle 35 Pfg., bei Waporschrift 40 Pfg. Stellenangebote 10 Gelp. Kolonelle 25 Pfg. Familienanzeigen von Privatpersonen 10 Gelp. Kolonelle mit 50% Nachlag. Reklamezeile 2 Mk. Inserate v. ausw.: die 10 Gelp. Kolonelle 40 Pfg. bei Waporschr. 50 Pfg., Reklamezeile 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Volkankalten entgegen

## Schweres Zugunglück in Bayern

Bisher 10 Tote

SPD. Berlin, 16. Juli (Radio).

Aus Bayern kommt wieder einmal die Kunde von einem schweren Eisenbahnunglück. Am Sonntagabend, gegen 9,30 Uhr, stieß außerhalb des Münchner Hauptbahnhofes ein Personen-Sonderzug mit einem Vorzug zusammen. Die Katastrophe war leider viel größer, als nach den ersten Meldungen angenommen werden mußte. Neun Personen blieben auf der Stelle tot. Sie schieden von dieser Welt unter den fürchterlichsten Qualen und völlig verkohlt. Das zehnte Opfer forderte die Katastrophe bei der Entlieferung der unglücklichen Passanten ins Krankenhaus. Von den zehn Toten sind sieben Männer, zwei Frauen, ein Mädchen, deren Personalien nur teilweise festgestellt werden konnten.

Die Leichen sind so verkohlt, daß sie nicht mehr erkenntlich sind. Nur in einem Falle, wo der Tod durch Erstickung eintrat, konnte die Person des Opfers bereits festgestellt werden. Außer den zehn Todesopfern sind noch dreizehn Schwerverletzte und ebenso viele Leichtverletzte zu verzeichnen. Die Schwerverletzten mußten mit Knochenbrüchen und Prellungen ins Krankenhaus eingeliefert werden. Ein Teil befindet sich in Lebensgefahr.

Die Ursachen des katastrophalen Unglücks sind bisher im einzelnen noch nicht festgestellt worden. Infolge des starken Reiseverkehrs sah sich die Eisenbahndirektion in München veranlaßt, dem Fahrplanmäßig um 9,22 Uhr von München Hauptbahnhof abgehenden Zug einen Vorzug vorausgehen zu lassen. Dieser Vorzug verließ um 9,15 Uhr den Hauptbahnhof. Er befand sich bereits einen Kilometer vom Bahnhof entfernt und in voller Fahrt, als plötzlich die Notbremse gezogen wurde. Die Eisenbahnbeamten versuchten sofort die Ursache des Unfalls festzustellen, aber schon war das Unglück passiert.

Der sechs Minuten später von München abgehende Fahrplanmäßige Zug war auf den Vorzug aufgefahren. Mehrere Wagen gerieten in Brand, das Feuer forderte keine Opfer, die Lokomotive des Fahrplanmäßigen Zuges schob sich in den letzten geposterten Wagen des Vorzuges, so daß ganze Teile auseinandergerissen werden mußten.

Die Brandgefahr wurde größer und größer, so daß gegen 11 Uhr abends die Münchner Feuerwehr eingreifen mußte. Es gelang ihr schon nach kurzer Zeit, den Brand zu löschen.

Die Reichsbahnverwaltung in München behauptet, daß nach den Feststellungen der Eisenbahnbeamten in dem dritten Abteil des vordersten Wagens die Bombe der Notbremse verlegt und der Hebel der Bremse benutzt worden ist. Es war bisher jedoch noch nicht möglich, die Person des Täters festzustellen. Die Staatsanwaltschaft München nahm bereits kurz nach Mitternacht Ermittlungen auf. Ein Ergebnis liegt bisher noch nicht vor.

## Eine Explosionskatastrophe

SPD. Würzburg, 15. Juli.

Die erst im Mai 1928 von einer schweren Katastrophe heimgesuchte Pulverfabrik Hahloch am Main wurde am Sonnabend von einer neuen fürchterlichen Explosion betroffen. Die Katastrophe spielte sich in erster Linie in den alten Fabrikgebäuden des Unternehmens ab. Hier lagerte das fertiggestellte Pulver zum Trocknen. Als das Unglück geschah, waren 130 Arbeiter in der Fabrik beschäftigt. Fünf Arbeiter wurden getötet, zwanzig schwer oder leicht verletzt. Die Explosion war von einem außerordentlichen Ausmaß, so daß Fabrikgebäude und Maschinenhaus zum Teil völlig zerstört wurden.

Eine gewaltige Rauchsäule über der ganzen Gegend gab Kunde von dem schweren Unglück. Riesige Menschenmengen sammelten sich an, Sanitätssoldaten aus der Umgebung trafen ein, um die erste Hilfe zu leisten. Unter den Angehörigen der Opfer des fürchterlichen Unglücks spielten sich fürchterliche Szenen ab. Nachmittags um 4 Uhr stand die Fabrik noch in hellen Flammen.

Der im Mai 1928 in Hahloch zu verzeichnende Explosion fiel vor allem die Pulvermühle zum Opfer. Das Unglück war kilometerweit durch ein donnerartiges Getöse hörbar. Damals wurden neun Arbeiter auf der Stelle getötet. Von den 15 Schwerverletzten starben bald nach ihrer Entlieferung ins Krankenhaus noch vier an den Folgen der erlittenen Brandwunden. In Hahloch selbst blieb damals nicht eine Fensterscheibe ganz. Die Untersuchung über die Ursache des Unglücks ist amtlich noch nicht abgeschlossen. Man nimmt an, daß die Explosion des Pulvers durch die Hitze verursacht wurde.

## Die Hasenjagd auf Menschen

Die Wiener Julitage 1927

Vor einem Jahr meldete der Telegraph heftige Streikämpfe in Wien. Zehntausende von Arbeitern hatten demonstriert, auf die die Polizei zuerst eingehauen und auf die sie dann geschossen hatte. Die ungeheuer empörten Menschen hatten darauf einzelne Polizeiwachen gestürmt, die Räume eines besonders provozierenden Blattes der Reaktion demoliert und einzelne von ihnen darauf in wilder Erregung Feuer an den Justizpalast gelegt. Das Gerichtsgebäude brannte aus. Die Polizei jagte hinter fliehenden Menschen her und schob auf sie. 89 tote Demonstranten blieben auf den Straßen liegen, Hunderte von Verletzten wurden in die Spitäler eingeliefert. Nach wochenlang zitterter Mut und Haß nach. Die reaktionäre Meute lag noch lange blutleidend auf der Lauer.

Gerade in Wien, der Hauptstadt eines kleinen Landes, in dem die Sozialdemokratie als erste, die Aussicht zu haben schien, auf dem Wege der politischen und parlamentarischen Demokratie zur Macht zu kommen, der Stadt, die nach einer jahrelangen erfolgreichen Aufbauarbeit sozialdemokratischer Kommunalpolitik zu einem internationalen Vorbild für kommunalen Aufbau geworden war, hatte wohl niemand mit der plötzlichen Wirklichkeit so fürchterlicher Kämpfe gerechnet. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei, zu der die Mehrheit der Wiener Bevölkerung steht, hatte wenige Monate vorher in ihrem neuen Programm die Ablehnung des Bürgerkrieges ausgesprochen. Und jetzt stand sie unmittelbar vor ihm, ja vielleicht sogar schon mitten drin. Wie war das gekommen?

Das ununterbrochene Anwachsen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei hatte die Reaktion in Deutsch-Österreich nicht entmutigt und sie vor allem nicht widerstandsfähig gemacht. Strömte die Bevölkerung des Landes immer mehr zur Sozialdemokratie, so hielt die Reaktion den gesamten Staatsapparat in ihren Händen und nützte ihn zur Festigung ihrer Macht rücksichtslos aus. Kein Teilchen der Maschinerie, daß sie nicht planmäßig in ihren Dienst gestellt hätte. Daß sie dabei die politische und parlamentarische Demokratie mißachtete, machte den Christlich-Sozialen und den Großdeutschen nichts aus. Die Art, wie sich diese Klassendiktatur in der Justiz gegen die Arbeiterschaft auswirkte, hatte schon mehr als einmal die flammende Empörung ausgelöst. Da sprach am 14. Juli das Gericht wieder einen faschistischen Mordbuben frei, der ein Kind und einen Arbeiter über den Haufen geschossen hatte. Die Erregung kriegsähnliche und verschaffte sich am nächsten Morgen in spontanen Arbeitsniederlegungen Luft. Die Wiener Arbeiterzeitung hatte eine heftige Sprache gegen die Justizschande geführt. Jetzt wollten die Arbeiter in Massen als öffentliche Ankläger dieser Justizschande auftreten. Sie wollten nur demonstrieren und mit ihrem Willen befehlen, daß sie auf die Dauer die Provokationen des Klassengegners nicht hinnehmen werden. Die Demonstration in Wiens Straßen wuchs lawinenartig an. Sie war von der Sozialdemokratie nicht organisiert und wurde auch nicht von ihr geführt. Möglich, daß es zu leichten Empörungsausschüßungen gekommen sein mag — sie wären nur zu verständlich gewesen. Aber die Polizei nahm sie zum Anlaß, zu einem unerhört scharfen Vorgehen gegen die Demonstranten und in wenigen Minuten gab es die ersten Toten. Es ist in diesem einen Jahre Material veröffentlicht worden, aus dem einwandfrei hervorgeht, daß die Polizei des christlichsozialen Polizeipräsidenten Schöber mit aller Brutalität nicht nur gegen Demonstranten, sondern auch gegen völlig Unbeteiligte und Wehrlose vorgegangen ist. Sie verhinderte damit im kritischsten Augenblick den Erfolg des Eingreifens einzelner sozialdemokratischer Führer.

Sofort als die Schießerei der Polizei gegen die demonstrierenden Massen eingeleitet hatte, bemühte sich die Sozialdemokratie, die Führung in die Hände zu bekommen. Sie tat das, indem sie sich entschlossen auf die Seite der Demonstranten stellte, gemeinsam mit den Gewerkschaften den Generalstreik proklamierte und sich dann bemühte, die Aktionskraft des Proletariats zu erhalten. Es gelang ihr, die Aktion ohne eine noch schlimmere Katastrophe zu beenden und der Reaktion die Scheingründe für ein weiteres Abschlagen der Arbeiter zu nehmen. Das wäre denen um Seipel und Schöber zweifellos lieber gewesen, obwohl sie auch nach dem 18. Juli noch triumphierten, da der Generalstreik abgebrochen wurde, ohne daß der Polizeipräsident oder die Regierung Seipel zurückgetreten waren.

In der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei lösten die blutigen Vorgänge eine lebhafteste Diskussion aus. Der rechte Flügel unter Führung der Genossen Kenner, Trebitsch u. a. sah in ihnen soziales den Erfolg der bisherigen sozialdemokratischen Politik in Österreich, die immer zu sehr den Klassenkampf gepredigt hätte. Die herausfordernde und zu Aktionen reizende Sprache der Wiener Arbeiterzeitung hätte eine solche Explosion leicht auslösen müssen. So argumentierten diese Genossen und forderten eine schroffe Abkehr von dieser Propaganda und von dieser Politik. Sie hielten jenen Augenblick sogar für günstig zu einem Koalitionsangebot an die herrschenden Parteien. Es muß zugegeben werden, daß die Sozialdemokratie Österreichs damals Wochen der Unsicherheit erlebte. Wenn es trotzdem zu dieser Schwächung in ihrer Politik nicht gekommen ist, so hat das an der Regierung und ihren Partnern gelegen, die den Sieg über die Arbeiterklasse richtig

## Entlassung der politischen Gefangenen

SPD Berlin, 16. Juli (Radio)

Auf Anordnung der preussischen Regierung sind die ersten Gefangenen aus den preussischen Strafanstalten entlassen worden. Darunter befindet sich auch der Garben-Attentäter Antermann, der vor Jahren im Grünwald-Garten überfallen und zu einer langjährigen Gefängnisstrafe verurteilt wurde. Es handelt sich bei den aus den preussischen Gefängnissen entlassenen Gefangenen ausschließlich um von preussischen Gerichten abgeurteilte Personen.

Die Oberreichtsanwaltschaft hat bisher Anordnung zur Entlassung von Gefangenen nicht gegeben. Die Nachricht, daß man Holz aus dem Zuchthaus Sonnenburg noch heute entlassen wird, trifft vorläufig nicht zu. Die Entscheidung darüber dürfte erst heute fallen.

## Hungerstreik in Sonnenburg

Die B. Z. am Mittwoch meldet: „Der Hungerstreik im Zuchthaus Sonnenburg, zu dem fast zwei Drittel der Belegschaft der Strafarkstalt gegriffen hatten, ist von einem Teil der Gefangenen aufgegeben worden. Die politischen Gefangenen, die den Streik als Demonstration gegen eine etwaige Verschleppung der Amnestie unternommen hatten, erklärten heute früh, nachdem ihnen die Nachricht von der Annahme des Amnestiegesetzes im Reichstage mitgeteilt worden war, wieder Nahrung zu sich nehmen zu wollen. Im Streik geblieben sind noch 220 der kriminellen Strafgefangenen, die unter die Reichsanstalt nicht fallen; ihnen wird aber auch im Laufe des heutigen Tages bekanntgegeben werden, daß der Reichstag den Ländern empfiehlt, ihrerseits Amnestien zu erlassen in den Fällen, in denen das Verbrechen aus Not begangen wurde.“

## Kommunistische Ausschreitungen

LU Bielefeld, 16. Juli.

Zu Ausschreitungen der Angehörigen der Kommunistischen Partei und des Rotfrontkämpferbundes kam es am Sonntag anlässlich eines sozialdemokratischen Gewerkschaftsfestes. Die Kommunisten hatten am Tage vor dem Fest Flugblätter verteilen lassen, aus denen ihre Absicht hervorging, gegen den Festzug der Sozialdemokraten mit einem eigenen Festzug zu demonstrieren, was ihnen jedoch polizeilich verboten wurde. Die Kommunisten versuchten darauf am Sonntag, sich dem Festzug der Gewerkschaften anzuschließen, so daß die Polizei eingreifen mußte. Dabei kam es in den Straßen zu einem wilden Handgemenge, als 200 Kommunisten mit aufgerollten Rahmen gegen die Polizei vorgingen. Es wurde eine Anzahl von Kommunisten verhaftet.

## Von der Revolution zum Spießerkfest

WVB Paris, 15. Juli.

Das französische Nationalfest ist heute in der üblichen Weise begonnen worden. In Paris fand eine Parade vor dem Grabe des Unbekannten Soldaten in Anwesenheit des Präsidenten der Republik und der Minister statt. Am Nachmittag veranstalteten die Theater Gratisvorstellungen und am Abend fanden die herkömmlichen Volksbelustigungen mit Feuerwerk in allen Stadtvierteln statt. Es herrschte heute in Paris 32 Grad Hitze im Schatten.

## Gedenkfeiern

LU Wien, den 15. Juli.

Die Sozialdemokratische Partei veranstaltete am Sonntag zum Andenken an die bei dem am 15. Juli vorigen Jahres verübten Putsch Getöteten — wie erinnerlich, fielen den Unruhen 84 Personen zum Opfer, darunter viele Polizeibeamte — in Wien Gedenkfeiern, die ohne jede Störung verliefen. Bei der Enthüllung des Grabdenkmals hielten Bürgermeister Seih und Nationalrat Dr. Bauer Gedenkreisen. Die Kommunistische Partei hatte bereits am Sonnabend ihre Gedenkveranstaltungen abgehalten, die sehr schwach besucht waren.

## Der Herzog und das Volk

WVB Brügge, 15. Juli.

Während des feierlichen Einzuges des Herzogs und der Herzogin von Brabant kam es zu einem Zwischenfall, als etwa 50 Demonstranten, die mit Automobilen von Ingelmunster, Roulers und Ostflobele gekommen waren, mit Trillerpfeifen zu lärmern begannen. Die Menge nahm eine drohende Haltung gegen die Demonstranten an, vor denen etwa zehn verhaftet und nach dem Gerichtsgebäude gebracht wurden. Als der Zug des Herzogspaares später auf dem Wege zu dem Denkmal der Kriegesgefallenen, an welchem Blumen niedergelegt werden sollten, am Glämschen Haus vorüberkam, wurden aus den Reihen der Zuschauer Rufe nach Amnestie laut. Als die Rufe trotz der Aufforderung der Polizei nicht verstummen wollten, nahm die Polizei einige Verhaftungen vor, wodurch die Ruhe wieder hergestellt wurde.

LU Wie aus Moskau gemeldet wird, hat das Kriegsgericht in Kiew den Kommunisten Pantowski wegen Spionage zugunsten Polens zum Tode verurteilt.



# Abrüstung und Militarismus

## Französische Sozialisten gegen die Völkerbundspolitik

### Parteitagsdebatten

SPD Paris, 14. Juli.

Am Sonnabend trat in Paris der außerordentliche Parteitag der französischen Sozialisten zur Vorbereitung des Internationalen Kongresses in Brüssel zusammen. Die Tagung wurde mit einer Rede des Generalsekretärs der Partei, Paul Faure, über das Programm des Brüsseler Kongresses eröffnet. Anschließend wurde die französische Wirtschaftskrise besprochen. Im Vordergrund der äußerst lebhaften Verhandlungen stand die Frage der Produktionsvermehrung.

SPD Paris, 15. Juli.

Der Nationalrat der Sozialistischen Partei hat in seiner gestrigen Nachmittagsitzung die Aussprache über die Wirtschaftslage beendet und beschlossen, gemäß dem Vorschlag von Fritz Adler einen Ausschuss einzusetzen, der vor Eröffnung des Internationalen Kongresses die Fragen, die sich auf die Wirtschaft beziehen, prüfen soll. In diesem Ausschuss wird Frankreich durch Louis Blum vertreten sein. Ausdrücklich wurde die Aussprache über die allgemeine Abrüstung und den Militarismus eröffnet. Ein Vertreter des Seine-Departements erklärte, die Friedensverträge seien in Wirklichkeit ein Hindernis für die Abrüstung der Völker. Man müsse durch irgendein Mittel zu einer Revision des Friedensvertrages von Versailles gelangen, und er hoffe, daß der Internationale Kongress in Brüssel dieses klar zum Ausdruck bringe. Außerdem sei er der Ansicht, daß den Sozialisten nicht mehr die Genehmigung erteilt werden dürfe, die Regierung Poincaré im Völkerbund zu vertreten. Ein anderes Mitglied der Seine-Delegation widersprach dieser Auffassung, wobei es zu einer Auseinandersetzung kam, in deren Verlauf der Delegierte Kahn erklärte, in dem Augenblick, in dem die deutschen Sozialdemokraten in den Völkerbund eintraten, könne man doch Paul-Boncour nicht ausschließen. Namens der Delegation des Nord-Departements sprach sich ein Redner ebenfalls gegen die Anwesenheit Paul-Boncours im Völkerbund aus. Im weiteren Verlauf der Nachmittagsitzung wurde die Debatte über die außenpolitischen Grundzüge der Partei unter teilweise förmlichen Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern der verschiedenen Richtungen fortgesetzt. Eine Reihe von Rednern kritisierte im Zusammenhang mit dem Fall Boncour weiterhin die Völkerbundspolitik der französischen Regierung. Unter anderen führte Zyromski aus, daß die berühmte Formel Schiedsgericht, Sicherheit, Abrüstung falsch sei. Die Sicherheit müsse die Resultate der allgemeinen Abrüstung sein. Dies sei die Auffassung des internationalen Sozialismus, die jedoch von der französischen Regierung im offenen Widerspruch stehe. Die ganze Politik der französischen Regierung, so erklärte Zyromski unter Beifall, ist nur auf den Abschluß kleinerer Militärbündnisse gerichtet, die die Kriegesgefahr nur erhöhen. Der französischen Regierung kommt es lediglich auf die Aufrechterhaltung des Status quo in Europa an. Auch dies steht im offenen Widerspruch zur Politik des Sozialismus. Wie sind nicht gegen den Völkerbund, aber wir möchten, daß der Parteitag anerkenne, daß ein Sozialist gar keine Regierung vertreten kann, deren Politik mit derjenigen der Sozialistischen Partei vollkommen unvereinbar ist. Der Bürgermeister von Bordeaux, Abgeordneter Marquet, verteidigte die Haltung Boncours. Wenn Brade sagt, Paul-Boncour in Genf bedeute eine Vertrauens-erklärung für Frankreich, so sage ich, Poincaré wird von dem Teil der Partei gehalten, der es ablehnt, in eine neue Mehrheit einzutreten. Gegen diese Worte erhob der Abgeordnete Brade, unterstützt von Zyromski und anderen ihm nachstehenden Delegierten, heftigen Widerspruch, konnte sich jedoch in der allgemeinen Anruhe kein Gehör verschaffen. Nach längerem erregten Auseinandersetzungen von Brade zu Brade trat der Abgeordnete Grumbach nochmals für Paul-Boncour ein, nahm die französische Außenpolitik unter Hinweis auf Locarno gegen den Vorwurf des Imperialismus in Schutz. Er gab zu, daß die Sonderbündnisse eine Gefahr für den Frieden der Welt bedeuten, erklärte jedoch, daß der Völkerbund alle von Frankreich abgeschlossenen Bündnisse gebilligt habe. Bezüglich der Räumung des linken Rheinufers erkannte Grumbach an, daß die Partei diese Räumung auf ihr Programm gesetzt habe, wies aber darauf hin, daß sie gleichzeitig die Notwendigkeit einer internationalen Kontrolle der entmilitarisierten Zone betont habe. Schließlich ergriff Paul-Boncour selbst das Wort, wobei er erklärte, daß dies nicht zu seiner Verteidigung gelte, die er den Wählern überlassen habe. Er wolle einen Warnungsruf vor der Gefahr einer überreifen Revision der Friedensverträge erheben. Der Parteitag und die Internationale hätten sich mit der Frage dieser Revision bereits beschäftigt und seien von der damit verbundenen Gefahr überzeugt. Paul-Boncour wiederholte sein Argument, daß der Völkerbund demokratisiert wer-

den müsse, und daß auch die Mitarbeit eines Sozialisten in Genf seinem Lande und der Sache des Friedens dienlich sein könnte. Die technischen Vorarbeiten zur Abrüstung, erklärte Paul-Boncour, sind fast beendet. Die Konferenz kann im nächsten Jahre von den Regierungen einberufen werden. Wenn das geschieht, so werden wir auf dem Wege der Befriedung der Völker eine feste, bemerkenswerte Etappe zurückgelegt haben. Wenn das nicht geschieht, so habe ich die starke Befürchtung, daß die in den Finanzen der einzelnen Länder wieder eingetretene Ordnung und der zeitliche Abstand vom Kriege uns von neuem zu dem Weirüsten, das bis jetzt vor 1914 kennzeichnet, bringen werde.

Der Sozialisten-Pressedienst meldet: Die Abstimmung über die zu dem „Fall Boncour“ vorgelegten Resolutionen ergab eine Mehrheit für Paul-Boncour als offiziellen französischen Delegierten zum Völkerbund.

Am Sonntag entspann sich eine außerordentlich lebhafte Diskussion über die gegenüber dem Völkerbund einschlagende Politik, vor allem aber über die Frage, ob Paul-Boncour auch ferner eine nichtsozialistische französische Regierung im Völkerbund vertreten kann. Besonders scharf drückte sich der Abg. Brade aus, der erklärte: Man kann nicht behaupten, daß die Außenpolitik Frankreichs dieselbe geblieben ist; denn aus den letzten Wahlen ist Poincaré mit einer erneuten Autorität hervorgegangen. Paul-Boncour kann nicht den Anspruch erheben, daß man die Lage in Frankreich ebenso beurteilt wie in Deutschland. Für Paul-Boncours Verhandlungen ist nicht die französische Sektion der Internationale, sondern die französische Regierung verantwortlich.

### Die Entschlebung

Es entspann sich nach Schluß der Diskussion eine lebhafte Debatte über die Priorität der vorliegenden Tagesordnungen, namentlich darüber, ob einer Tagesordnung des Generalsekretärs der Partei Paul Faure oder einer Tagesordnung Uriol die Priorität gegeben werden soll. Zur Erleichterung der Entscheidung zieht Renaudel seine Resolution zurück. Die Resolution Faure erzielt eine Mehrheit mit 1707 Stimmen, während die Resolution Vincent Uriol bei 62 Stimmenthaltungen und 188 Abwesenheiten 1288 Stimmen erhält. Die angenommene Resolution Faures setzt sich bezüglich des Völkerbundes für dessen Demokratisierung ein. Bezüglich der Friedensverträge verlangt sie von neuem, daß der internationale Sozialismus seine gemeinsame Aktion auf die Revision dieser Verträge richten müsse, um ihre Ungerechtigkeit zu beseitigen und um die Abrüstung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker auf einen möglichst hohen Grad zu bringen. Dieses Revisionsverfahren könne selbstverständlich nur ein friedliches sein. Es könne in Frankreich keine bessere Vorbereitung geben, als die parlamentarische Kritik an allem, was in der diplomatischen Aktion der Regierung durch Geheimverträge oder Sonderabkommen zum Ausdruck komme, die die Gefahr mit sich brächten, neue Schwierigkeiten für das notwendige Werk der friedlichen Revision der Verträge zu schaffen.

Bezüglich der Abrüstung erinnert die Entschlebung daran, daß dieses Problem nicht von dem Problem der Sicherheit abhängt, sondern daß aus der Schiedsgerichtsbarkeit und aus der kontrollierten Abrüstung die wirkliche Sicherheit hervorgeht. Schließlich erinnert die Tagesordnung daran, daß die sofortige und bedingungslose Räumung des Rheinlandes im Wahlprogramm der sozialistischen Partei stehe, die nach wie vor die unerlässliche Bedingung jeder dauerhaften deutsch-französischen Annäherung sei, einer Annäherung, ohne die, wie offenbar sei, der Friede Europas und der Welt stets prekär und ständig bedroht sein würde. Diese Direktive, so endigt die Entschlebung, seien für alle Vertreter und Abgeordneten der sozialistischen Partei verbindlich.

Der Nationalrat stimmte dann über zwei Tagesordnungen, die speziell die Stellung des Abgeordneten Paul-Boncour betreffen, ab. Es lag eine Tagesordnung Zyromski-Brade vor, die die vorbehaltlose Entziehung des Mandats Paul-Boncours forderte, und eine Tagesordnung Paul Faures, in der es heißt, der Parteitag vertrete die Auffassung, daß er hier einer tatsächlichen Lage gegenüberstehe. Paul-Boncour habe innerhalb des Völkerbundes eine lobenswerte persönliche Leistung für den Frieden vollbracht, von der der Sozialismus wieder einmal gern Kenntnis nehme. Die Partei wisse, daß Paul-Boncour bei Ausübung seines Mandats keinerlei Mission übernehmen werde, die die Gefahr in sich schließe, seine Tätigkeit in Widerspruch zu der Politik der internationalen Aktion zu bringen.

### Die Mehrheit für Boncour

SPD Paris, 15. Juli.

Der außerordentliche Parteitag der französischen Sozialisten nahm die Entschlebung Paul Faures, die sich für Paul-Boncour als offiziellen französischen Völkerbunds-Delegierten ausdrückt, im Namen von 2229 Mandaten an. Auf den Antrag Brade-Zyromski, der eine sofortige Niederlegung des offiziellen Amtes von Paul-Boncour wünschte, entfielen 856 Mandate.

losten wollten. Mit Hohn antworteten sie auf Renners Koalitionsangebot und gingen mit Energie daran, Militär und Polizei zu einer noch zuverlässigeren Garde für ihre Interessen umzugestalten. Als dann im Herbst der Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei zusammentrat, war der gefährlichste Punkt der inneren Krise schon überwunden. Es konnte von einer weiteren Kräftigung der Partei berichtet werden. Dem rechten Flügel gelang es nicht, die Mehrheit der Partei für seine Politik zu gewinnen. Sie steht heute noch immer im heftigen Gegensatz zur Regierung Seipel und hat eben erst in den letzten Tagen eine außerordentlich energiegeladene Aktion gegen Außenpolitik geführt. Heute, nach einem Jahr, kann sie sagen, daß ihre Haltung während der blutigen Ereignisse und auch nachher gerechtfertigt worden ist. Zwar hat sie die wüsten Anfeindungen der wenigen Kommunisten, die es in Oesterreich gibt, hinnehmen müssen. Aber sie haben ihr nichts geschadet. Die Kommunisten haben nach dem 15. Juli unter tatkräftiger Unterstützung von Moskau versucht, dem Proletariat klar zu machen, daß an jenem Tage in Oesterreich die Weltrevolution von den Sozialdemokraten verraten worden ist. Aber die Arbeiter haben ihnen das nicht geglaubt. Statt zu den Kommunisten sind sie auch im letzten Jahre in ununterbrochenem Strome zur Sozialdemokratie gekommen. Und dieses Zustromen hält noch immer an. Nicht etwa nur aus den kleinbürgerlichen, sondern vor allem aus den rein proletarischen Schichten. Das muß als ein Beweis dafür angesehen werden, daß sich die österreichische Sozialdemokratie mit ihrer allgemeinen Politik, besonders aber auch mit ihrem tatkräftigen Eintreten für die Opfer jener Kämpfe das unerschütterliche Vertrauen der Arbeiterklasse erhalten hat. In dem Maße, in dem die Reaktion glaubte, sich an den lebenden Opfern des 15. Juli hemmungslos rächen zu können, vermehrte die Partei ihre Anstrengungen, die Opfer den Häschern zu entreißen. Und sie hat den großartigen Erfolg gehabt, daß all die juristisch kunstvoll und sensationell aufgebauten Anklagen zusammengebracht sind, daß die zu Hunderten eingesperrten Arbeiter und Arbeiterinnen von den Gerichten freigesprochen und aus der Haft entlassen werden mußten. Aber nicht erschüttert ist die Blutzucht des christlichen Polizeipräsidenten und der Prälatenregierung, die ihn noch immer hält.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei hat aus den blutigen Ereignissen gelernt. Und so sehr sie den Bürgerkrieg als das fürchterlichste, das über die Arbeiterklasse kommen kann, ablehnt, so sehr hat diese Vorgänge aber auch, daß sie erfolgreich das Proletariat erzieht, die politische Demokratie zur Stärkung seiner Macht auszunutzen, desto brutaler und hemmungsloser die Bourgeoisie in der Anwendung der Mittel wird, mit denen sie den Vormarsch des Proletariats aufzuhalten entschlossen ist. Die Wiener Hasenjagd auf Menschen und der 89fache Arbeitermord am 15. Juli zwingt die Arbeiterklasse, vorbereitet zu sein gegen jede gewaltsamen Methoden ihrer Feinde.

## SPD und Amnestie

### Theorie und Praxis der Zentraleleute

SPD Der beim Reichsgericht schwebende Hochverratsprozeß gegen die Zentrale der SPD fällt ebenfalls unter die Amnestie. Zahllose Proletarier, die im Jahre 1923 durch unvernünftige Parolen dieser Zentrale sich zu schweren Anschlüssen gegen die deutsche Republik haben verleiten lassen, mußten dagegen ihren Gehorsam gegen die Befehle der Zentrale mit schweren Strafen büßen. Die Herren Stöcker, Koenen usw., die sie in gewissenloser Weise dem Gefängnis und dem Zuchthaus überantwortet haben, sind gerettet worden. Sie sind von einer Angst befreit, die sie nicht zu verbergen imstande gewesen sind.

Die kommunistischen Arbeiter können aus der Geschichte des Prozesses der Zentrale ersehen, daß die Wertschätzung, die ihnen ihre Führer zuteil worden lassen, im umgekehrten Verhältnis steht zu der Liebe, die diese Herren für sich selbst empfinden. Den armen Teufeln, die es nicht zu Führerstellungen gebracht haben, stellte die Partei kommunistische Parteimitglieder, die in Unfähigkeit miteinander wetteiferten und die alles, was an ihnen lag, taten, um ihre Klienten hereinzujucken. Die sechs angeklagten Führer aber scherten sich als Anwalt den Hochverratsprozeß Dr. Stöcker.

Wir können an einem schlagenden Beispiel zeigen, wie gering dieses Mitgefühl bei einem namhaften kommunistischen Führer, nämlich bei Walter Stöcker entwickelt ist. Es war der Polizeileiter gelungen, den in den Zentrale-Prozeß verwickelten Abgeordneten Hedert, zu einer Zeit, wo er nicht immun war, zu verschaffen. Die Kommunisten stellten, als der im Dezember 1924 gewählte Reichstag zusammentrat, den Antrag, Hedert freizulassen. Die bürgerliche Mehrheit des Reichstages lehnte den Antrag ab. Als dann die Sommerferien heranrückten, trat der sozialdemokratische Abgeordnete Landsberg an Stöcker heran und rief ihm, den Antrag auf Entlassung aus der Haft nochmals einzubringen. Er versprach ihm dabei die tatkräftigste Unterstützung. Was entgegnete Stöcker? Der Antrag würde ihm bedenklich erscheinen, weil er den Oberreichsanwalt veranlassen könnte, die Inhaftierung der übrigen angeklagten Abgeordneten ebenfalls zu fordern. Die kommunistische Fraktion stellte zunächst tatsächlich keinen neuen Antrag auf Aufhebung der Haft Hederts. Wiederholt trat Landsberg noch an Stöcker heran und wies ihn darauf hin, daß die Angelegenheit infolge des Heranrückens der Sommerferien immer eiliger werde. Wenn Hedert nicht den ganzen Sommer über im Gefängnis bleiben sollte, müßte der Antrag sofort eingebracht werden. Auch das half nichts. Erst, als es der Zufall wollte, daß dem letzten dieser Gesandten der kommunistische Abgeordnete Heilein beimohnte, änderte sich die Sachlage. Der Verlauf der Sache gab Landsberg Recht und zeigte, daß die Befürchtungen Stöckers unbegründet gewesen waren. Der Gegenanschlag erfolgte nicht und Landsberg setzte als Berichterstatter über den kommunistischen Antrag die Befreiung Hederts durch.

Man weiß, daß dieser Fall durchaus nicht der einzige war, in dem sich sozialdemokratische Abgeordnete, namentlich Dittmann und Landsberg, für Kommunisten einsetzten, die vor deutsche Gerichte gestellt werden sollten. Die niederträchtigen Beschimpfungen, mit denen die Kommunisten uns jetzt überhäufen, sind um so schamloser, als die Kommunisten die Verdienste sehr wohl kennen, die sozialdemokratische Abgeordnete sich um sie erworben haben, und als sie gelegentlich es sehr wohl verstanden haben, ihre Taktik dieser Erkenntnis anzupassen. Als Landsberg a. B. wieder einmal vom Geschäftsausschuss des Reichstages zum Berichterstatter über einen kommunistischen Antrag bestellt worden war, der den Zentrale-Prozeß hinauschieben sollte, erschienen in der roten Fahne irgendwelche Angriffe gegen ihn, die ebenso hanebüchen wie verlogen waren. So gleichgültig Anwürfe der Kommunisten auch sonst zu werten sind, so war doch die Gelegenheit eines kleinen Versuches, die Unerschütterlichkeit kommunistischen Mannesmutus zu erproben, zu günstig, als daß Landsberg auf ihn hätte verzichten mögen. Er ließ also Stöcker wissen, daß ihm die Beschimpfungen der roten Fahne Veranlassung geben, die Berichterstatterung über den Zentrale-Prozeß niederzulegen. Spornreich erschienen Stöcker und hat ihn dringend, seine Ansicht nicht auszuführen. Er fügte hinzu, daß er sich über die Bemerkungen der roten Fahne sehr geärgert und sofort der Redaktion die Stellung erteilt habe, weitere Angriffe zu unterlassen.

Stöcker hätte alle Veranlassung, jetzt, wo sich der Totendrang der roten Fahne wiederum in unqualifizierbaren Verleumdungen der Sozialdemokratie ausstößt, wieder einmal zu stoppen, denn er wird sich darüber klar sein, daß er und seine Freunde die Befreiung von dem Alb, der in Gestalt des Zentrale-Prozesses auf ihrer Brust lag, ausschließlich der Sozialdemokratie zu danken haben.

## Schwarzweißrotes Reittunier

### Die Reichswehr ist auch dabei

Wie im Vorjahre veranstaltet am kommenden Sonntag der Dübener Reit- und Fahrverein ein Reit- und Fahrturnier. Bei der vorjährigen Veranstaltung wunderten sich unsere Parteifreunde nicht weiter, daß diese in Zeichen von Schwarzweißrot stand, daß die Farben der Republik auf dem Sportplatz nirgends zu sehen waren. Bei der Zusammenkunft des Vereines, dem nur Stahlhelmer und ähnliche Kreise angehören, war nichts anderes zu erwarten. Auch in diesem Jahre wird ein großer Kummel, die Beteiligung vieler auswärtiger Vereine, angezündet. Besonders fällt dabei aber die Ankündigung auf, daß es den Verantwortlichen gelungen ist, auch eine Abteilung der Reichswehr zu ihrem Kummel zu verpflichten, nämlich eine Abteilung der 2. Eskadron vom Reiterregiment Nr. 10 in Torgau unter Oberleutnant Kämpel. Da das vorjährige erste Reittunier zu einer republikfeindlichen Geste benutzt wurde, muß man über diese Aufgabe sehr erstaunt sein. Die Reichswehr, die doch, wie Herr Gröner immer wieder betont, parteipolitisch neutral sein soll, will also in diesem Falle wieder an einer Veranstaltung teilnehmen, bei der zu befürchten steht, daß sie erneut im Zeichen von Schwarzweißrot steht. Wir müssen verlangen, noch ist Zeit dazu, daß ein solcher Mißbrauch der republikanischen Armee auf keinen Fall stattfinden darf. Die Soldaten der Republik sind nicht dazu da, um reaktionären Veranstaltungen ein besonderes Gepräge zu geben. Entweder erweist die Leistung des Reit- und Fahrvereines Dübener den Reichsfarben die ihnen zukommende Ehre, oder sie muß auf die Beteiligung der Reichswehr verzichten.

## Gesler tritt in eine Banke ein

Einer Meldung des Demokratischen Zeitungsdienstes zufolge ist Reichswehrminister a. D. Gesler nach Berlin übergesiedelt. Er ist in ein großes Berliner Banthaus eingetreten, um sich in das Bankfach einzuarbeiten.

## Hakenkreuzler und Kommunisten

### Sie sind „aus dem gleichen Holz geschnitten“

SPD Die Nationalsozialisten haben dieser Tage ein vertrauliches Rundschreiben über ihr Verhältnis zu den Kommunisten herausgegeben. In ihm heißt es u. a.:

„Nichts ist falscher und irrsinniger als zu glauben, daß die Antirabikalisierung des deutschen Proletariats vom Kommunismus zur sozialistischen Sozialdemokratie ein Zeichen der politischen Umwandlung in der deutschen Arbeiterklasse ist. Einen Kommunisten zum leidenschaftlichen Nationalsozialisten zu machen, ist bei Gott nicht schwer. Denn beide sind aus dem gleichen Holz geschnitten, ein Gemeinames verbindet sie zum gleichen Topf: Der Wille zur Macht und das Prinzip des Kampfes. Das Reichsbanner dagegen ist stark in zehnfacher Uebermacht, und — ihr wißt das alle so gut wie ich — die stärkste Faust ist mächtiger gegen eine Wand von Brot. Diese Schlammknet der Republik beschäufert ist in Wirklichkeit das einzige Staatsgefährliche Element in Deutschland, nämlich das Element, das durch seine breite Fähigkeit die Bildung eines Staates verhindert und unter Vorgabe des Republikshutes die Kolonie erhält.“

Es ist in der Tat nicht schwer, einen Kommunisten zum Nationalsozialisten zu machen. Die Vergangenheit bietet dafür Dutzende von Beweisen. Immerhin ist die Feststellung in dem nationalsozialistischen Rundschreiben insofern interessant, als sich aus ihr manche Vorgänge der letzten Zeit erklären lassen. Wir erinnern nur an die wiederholte zu vergebende nationalsozialistisch-kommunistische Einheitsfront im Reichstag und im Preussischen Landtag. Dabei offenbarten sich die Sympathien der Kommunisten zu den Nationalsozialisten und umgekehrt.



# Kampfvorbereitungen in Polen

## Die Sozialdemokratie rüstet

Warschau, Mitte Juni.

Die gegenwärtige politische Lage in Polen wird gekennzeichnet durch die Restitutions des Parlaments, die seit dem Absturz 1926 systematisch betrieben worden ist, und durch die vollkommene Uebermacht des Militärs, des unter den gegebenen Umständen ausschlaggebenden politischen Machtfaktors, jenes Militärs, das treu zu seinem Marschall hält. Einzig und allein diesen Umständen verdankt es Pilsudski, wenn er ungestraft die oberste Staatsinstitution, das den Willen des Volkes repräsentierende Parlament, ignorieren, ja in unerhörter Weise beleidigen darf. Dabei findet man für diesen schon krankhaft wirkenden Haß Pilsudskis gegen den Sejm — der in gleicher Weise den Parlamentarismus und die Demokratie überhaupt betrifft — keinen vernünftigen Grund. Gerade der neue Sejm ist den Regierungen vorzuziehen durchwegs entgegengesetzten, die Streichungen, die er im Haushalt vorgenommen hat, betragen keine 2 Prozent der Regierungsvorlage, und bevor der Sejm etwa energischer gegen die Regierung hätte vorgehen können — z. B. bei Prüfung der Dekrete — wurde er von Pilsudski einfach nach Hause geschickt. Von den Streichungen, die manchmal wohl den Charakter eines Mißtrauensvotums trugen, hat er überdies keinerlei Notiz genommen. Auch die Minister blieben im Amt, mit der Begründung, daß sie solange bleiben würden, als sie das Vertrauen des Marschalls besäßen, das Parlament habe über sie nicht zu bestimmen.

Es ist blinder Haß gegen die nur noch formale demokratische Regierungsform, der Pilsudski dazu bewogen hat, eine Verfassungsänderung anzukündigen, die wohl eine Aenderung der Staatsform bedeuten wird. Welche Pläne Pilsudski hegt, vermag niemand zu sagen. Aber es ist immerhin bezweifelnd, wenn englische Zeitungen über die bevorstehende Aenderung Pilsudskis zu berichten wissen. Es kann als feststehend angenommen werden — medizinische Urteile bestätigen es — daß Pilsudski in seinem jetzigen geistigen Zustand von Casarismus drängt. Er möchte seine eigene Macht autokratisch gestalten und sich frei von irgendwelchen juristischen Bindungen wissen. Ob König, ob alleinherrschender Staatspräsident — Pilsudski, der sich selbst als den populärsten Mann in Polen bezeichnet und von sich in der dritten Person redet, strebt mit aller Deutlichkeit nach dem obersten Posten im Staate.

Seine physische Kraft, die im Militär ruht, ist jetzt gewiß stärker als im Mai 1926, wo es nach zehnjähriger Pilsudskifeindschaft Offiziere und Generale gab, die inzwischens unerschrocken gemacht worden sind. Wie steht es aber mit der moralischen Kraft? Als Pilsudski im Mai 1926 den Kampf gegen die damalige Rechtsregierung, die von den im vorigen Sejm dominierenden Rechtsparteien gebildet worden war, aufnahm, fand er nicht nur die Anerkennung der breiten Bevölkerungsmassen, sondern auch deren materielle Unterstützung. Der zur rechten Zeit eingeleitete Eisenbahnerstreik, durch den Transporte pilsudskifeindlicher Truppen nach der Hauptstadt verhindert wurden, hat nicht zuletzt mit über den Erfolg des Umsturzes entschieden. Heute wird die Bevölkerung kaum verstehen, weshalb Pilsudski den Sejm, dessen ganzes Drittel aus seinen Anhängern besteht, auseinanderjagen will.

Es steht fest, daß man sich in Polen nach hundertjähriger Anrechtenschaft ziemlich rasch an die Demokratie, wenn auch nicht ganz an ihre ideale Seite, so doch an ihre praktische Auswirkung, gewöhnt hat. Der Arbeiter weiß genau, welchen Wert die parlamentarische Vertretung für die Wahrung seiner politischen und sozialen Rechte hat, und auch dem Bauer ist sein Abgeordneter immer vertrauter geworden. Der Versuch einer gewalttätigen Aenderung kann unumgänglich ohne Gegenaktion der Arbeiter und Bauern bleiben. Die politischen Sozialisten haben zu der durch die Presseerklärung Pilsudskis geschaffenen Lage bereits Stellung genommen — aber die betreffende Kammer des Warschauer Zentralorgans, Robotnik, in der die Parteibeschlüsse veröffentlicht wurden, erlag dem in der Hand der Regierung zu einer immer gefährlicheren Waffe gewordenen Pressebretter. Was bleibt der Partei da angedacht der bevorstehenden Umwandlung der Staatsform, deren mindeste Form die militärische Diktatur sein wird, anders übrig, als die illegale Arbeit vorzubereiten? Mit Recht aber schreibt der Robotnik, daß der Tag, an dem die sozialistische Partei zur illegalen Arbeit schreiten muß, wird das Ende der Berechtigung Pilsudskis bedeuten. Den Kampfbeschlüssen der Sozialisten, die in der Unabhängigkeit ausstiegen, daß die Arbeiter und Bauern die Demokratie bis zum äußersten zu verteidigen gewillt sind, sind ähnliche Beschlüsse der beiden Bauernparteien gefolgt. Eine einseitige demokratische Front hat sich zur Abwehr der diktatorischen Absichten Pilsudskis gebildet, die für den Staat verhängnisvoller sein müssen.

Wenn und in welcher Form der sich vorbereitende Kampf zwischen Demokratie und Diktatur abspielen wird, läßt sich nicht voraussagen. Man darf nicht vergessen, daß das demokratische Lager sich heute noch in der physischen Minderheit gegenüber der Ullmacht des Militärs befindet. Die Linke wird sich von Pilsudski weder den Termin noch den Ort für den Entscheidungskampf vorschreiben lassen können. Um so intensiver wird sie die nächste Zukunft dazu verwenden, den Kampf moralisch vorzubereiten. Mit dieser Arbeit haben die Sozialisten in Polen schon begonnen, ohne im übrigen einen klaren Leitgebanten zu besitzen.

Das letzte Presseinterview Pilsudskis lassen wir als einen uns bereits vom Juni 1926 bekannten Versuch auf den politischen Streit um die Staatsform auf den Boden eines persönlichen Streits mit der „Abgeordnetenversammlung“ übertragen; es ist klar, daß wir diese Plattform des Kampfes nicht annehmen. Wir haben mit einer sehr scharfen Entschiedenheit des Klubs der sozialistischen Abgeordneten auf die Beleidigung unserer persönlichen Würde geantwortet; wir haben die Aufmerksamkeit der Massen vor allem auf den letzten Absatz des Interviews, der von einer „Distroyierung neuer Rechte“ spricht, gelenkt, als auf eine keineswegs ausgeschlossene Möglichkeit.

Die polnische sozialistische Partei läßt sich heute klar. Um sie sammeln sich die demokratische Meinung des Landes.

Genosse Riedziakowski, Eigenständiger der parlamentarischen Fraktion der polnischen Sozialisten und Chefredakteur des Warschauer sozialistischen Zentralorgans Robotnik, hat auf unsere Bitte, sich zu der gegenwärtigen Lage in Polen kurz zu äußern, folgendes erklärt:

„Um die innerpolitische Lage Polens und die Politik der polnischen Sozialistischen Partei richtig zu verstehen und einschätzen, muß man sich stets das eine vor Augen halten: Polen ist gegenwärtig kein parlamentarischer Staat im westeuropäischen Sinne dieses Wortes. Das tatsächliche politische Kräfteverhältnis, der Einfluß auf die Exekutive und die Legislative durch diese Kräfte steht ganz anders aus, als er aus dem Buchstaben der Verfassung hervorgeht, der rein formell nicht verletzt worden ist. Daher können auch die normalen Mittel des parlamentarischen Kampfes in der Regel nicht angewendet werden.“

# Die Freidenker gegen die Spaltpilze

## Abrechnung mit den Kommunisten

### Zugung des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung

SPD Frankfurt a. M., 14. Juli.

Am Sonnabendnachmittag begann in dem rot beleuchteten Volksbildungshaus die Generalversammlung des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung, vom Verbandsvorstandener Rüdert mit einer Ansprache begrüßt. Der Kongreß zählt 100 stimmberechtigte Delegierte, von denen etwa 22 zur kommunistischen Opposition zählen. Diese Feststellung ist wichtig, denn die sofort nach der Begrüßungsansprache einsetzende und fast unerbittliche Geschäftsordnungsdebatte bewies, daß sich diese Generalversammlung zu einer scharfen und bis ans bittere Ende gehenden Auseinandersetzung zwischen Mehrheit und Opposition aufspielen wird. Schon bei der Konstituierung des Kongresses stießen Mehrheit und Opposition fest aufeinander. Jedem Antrage folgte ein Gegenantrag, und diesem noch ein Zusatzantrag, wodurch der Mehrheit nichts anderes übrigblieb, als dieser Fut einen Damm durch die Abstimmung entgegenzusetzen. Es folgte Wahl auf Wahl; bei jeder Auszählung ergab sich eine Dreiermehrheit für die Verbandsliste. Zu Vorstehenden wurden Rüdert, Mulanoff und Penzer gewählt. Desgleichen wurden alle Kommissionsmitglieder unter heftigem Protest der Opposition dem Lager der Mehrheit entnommen.

Noch einmal begann die Geschäftsordnungsdebatte und mit ihr ein Ansturm der Opposition, als von ihr der Antrag gestellt wird, der Tagesordnung ein Referat über die „kulturlösliche Lage“ anzuschließen und dem kommunistischen Reichstagsabgeordneten Maslowki das Referat zu übertragen. Hoch sprangen die Wogen der Erregung. Der Antrag fand jedoch nicht die notwendige Unterstützung von 26 Mitgliedern. Dann wollte die Opposition eine lange Erklärung verlesen, was jedoch von dem Kongreß abgelehnt wurde. Die Erklärung ging daraufhin zu Protokoll.

Endlich kann in die Tagesordnung eingetreten werden. Der Vorstehende Rüdert verweist auf den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht. Daraus ergibt sich ein Mitgliederbestand von 400 000, mithin ein Zuwachs von 250 000 Mitgliedern innerhalb der letzten Jahre. Hierauf nimmt der Geschäftsführer Stewers das Wort zur mündlichen Ergänzung. Er stellt sofort den Slier bei den Föhrern und hält eine scharfe Abrechnung mit der kommunistischen Opposition, die anfänglich zu toben beginnt, dann aber immer stiller wird und zum Schluß vollständig untergeht in dem stürmischen Beifall, den Stewers bei der Kongreßmehrheit findet, als er den Kongreß auffordert, mit der Opposition Schluß zu machen, sie hinauszumerfen, um so die ideologische Einheit des Verbandes herzustellen. Andernfalls könne es für den Verband keine Zukunft und keinen Ausbau geben.

Das Pilsudski-Lager wünscht den gegenwärtigen Stand der Dinge in dieser oder anderer Form verfassungsmäßig zu stabilisieren. Wir aber wünschen ihn zugunsten der parlamentarischen Demokratie zu liquidieren. Sämtliche Vorlesungen und Abstimmungen der sozialistischen Abgeordneten im Parlament, sämtliche Maßnahmen und Erklärungen Pilsudskis respektive des Regierungsbüros im Parlament bilden taktische Momente, die die Stunde der Entscheidung vorbereiten.

Wir sind der Meinung, daß das gegenwärtige Verhältnis der sozialen Kräfte dem künstlich erhaltenen politischen Kräfteverhältnis nicht entspricht. Aus diesem Grunde läßt uns unser Sieg nach einem vielleicht noch sehr schweren Zeitabschnitt. Das heutige Regierungssystem hat weder die wichtigsten wirtschaftlichen und sozialen noch die politischen und nationalen Aufgaben des polnischen Lebens gelöst. Es hat sie nicht lösen können, da es wirtschaftlich und sozial auf die — primitiv aufgefaßte — Unterstützung der Interessen des Großgrundbesitzes und des industriellen Großkapitals, das in organisatorischer, technischer und geistiger Beziehung rückständig ist und politisch lediglich auf das juristisch-konstitutionelle Problem eingestellt ist.“

## Antworten an Kellogg

Auch Mussolini für den Pakt

WTB Paris, 15. Juli.

Wie die Agentur Havas berichtet, hat Briand am Sonnabendnachmittag dem amerikanischen Botschafter in Paris die Antwortnote der französischen Regierung betreffend den Antikriegspakt überreicht. Auf Ersuchen des Staatssekretärs Kellogg hat Botschafter Herrick zum Ausdruck gebracht, daß die Regierung der Vereinigten Staaten lebhaftest Befriedigung darüber empfinde, daß die günstige Antwort der französischen Regierung mit dem französischen Nationalfeiertag, dem 14. 7., zusammenfalle. Hierdurch werde die moralische Tragweite der Antwort in den Augen der Welt noch bedeutender hervortreten. Der Text der französischen Antwortnote wird am Montagmorgen veröffentlicht werden.

WTB Rom, 15. Juli.

Mussolini hat heute dem amerikanischen Botschafter in Rom die italienische Antwort zu dem Vorktorisch Kelloggs überreicht, die folgenden Wortlaut hat:

„Die königl.-italienische Regierung, die den letzten von den Vereinigten Staaten vorgeschlagenen Vertragsentwurf zur Achtung des Krieges aufmerksam geprüft hat, nimmt Kenntnis von der Interpretation, die die Regierung der Vereinigten Staaten diesem Vertrage mit ihrer Note vom 23. Juni gibt, und stimmt dieser Interpretation zu. Sie erklärt sich unter der Voraussetzung dieser Interpretation zur Unterzeichnung bereit.“

## Auch Benizelos macht Frieden

TT Athen, 14. Juli.

Benizelos stellt aus Anlaß der Ueberreichung einer Plagge an das griechische Unterseeboot Katonis eine Ansprache, in der er sagte: die auswärtige Politik Griechenlands wie so nach den Belieben des großen Krieges geführt wurde, ist eine ausgesprochene Friedenspolitik. Wir sehen alle unsere außenpolitischen Fragen für den Augenblick als gelöst an, wenn auch die Lösungen zum Teil schlechte Lösungen bedeuten. Ich kann aber erklären, daß die erzielten Lösungen im allgemeinen gut sind, wenn wir uns die Tatsache vor Augen halten, daß unsere Grenzen jetzt den Marthas-Fluß erreichen. Auf alle Fälle tritt Griechenland „nie für die Anwendung der Verträge ein, es erwartet aber, daß die anderen auch seine Rechte berücksichtigen.“

Ueber die Aussprache zum Geschäftsbericht wird uns von anderer Seite noch das folgende mitgeteilt:

„Die beiden politischen Strömungen sind klar geschieden. Während die Sozialisten versuchen, die prinzipiellen Dinge klarzustellen, erheben die Kommunisten das übliche Geschrei über die Sozialdemokratische Partei. Für Leipzig spricht Grundmann und schildert, wie die Kommunisten versuchen, in den Organisationsapparat des Bezirks einzudringen. Er weist an Hand von Material die Entwicklung der Opposition, wie sie sich schon in den vorangegangenen Generalversammlungen unter dem Namen „entschiedener Freidenker“ breitgemacht habe, nach, und zeigt, daß sie heute auf diesen Decknamen verzichtet und als Beauftragte der Moskauer Politik auftritt. Die Ausführungen und das bekanntgegebene Material werden von der Generalversammlung mit starkem Beifall aufgenommen. Den gleichen Sturm lösten die Schilderungen der Bezirksdelegierten aus, die das Treiben der Kommunisten in ihrem Orte schildern.“

An der Aussprache beteiligten sich: Vogel, Gebhardt, Grundmann, Hetscholdt, Altermann, Melcher, Wäber, Herrmann, Lindner, Odrieh, Schneider und Rüdert.

Darauf wird mit großer Mehrheit der Beschluß gefaßt, die Debatte zu schließen und Stewers erhält das Schlußwort. Er geht noch einmal auf die Leipziger Vorgänge ein und schildert das Aufstellen selbständiger Listen zu den Elternbeitragswahlen. Die Agitation sei eine einseitige Schmähung der Sozialdemokratie gewesen. Das habe gegen die im Statut festgelegte parteipolitische Neutralität verstoßen. Die Opposition müsse endlich in ihre Schranken verwiesen werden. (Beifall.)

Es folgt eine Reihe persönlicher Bemerkungen. Die zum Geschäftsbericht vorgelegten Anträge werden in der Fassung der Antragskommission angenommen.

Inzwischen hat die Beschwerdekommision ihren Bericht fertiggestellt. Ihre Beschlüsse sind einstimmig gefaßt. Die vom Vorstand getätigten Ausschüsse werden gestiftet und gegen die Leipziger Mitglieder Lindner, Breuner, Hartig, Anstiel, Wäber und Gebhardt, sowie gegen Römer (Halle) der Ausschluß wegen bewußten verhandlungsunwürdigen Verhaltens ausgesprochen. Die mit dem Ausschluß Bedrohten versuchen nachher den Schritt aufzuhalten, doch stimmt der Verbandstag den beantragten Ausschüssen gegen 26 Stimmen zu. Als Römer (Halle, ein 20jähriger Jüngling) die Beleidigungen, wegen denen er ausgeschlossen werden sollte, absichtlich wiederholt, wird er auf förmliches Verlangen der Versammlung aus dem Saal verwiesen.

Durch diese notwendigen Ausschüsse haben die sozialistischen Mitglieder endlich gezeigt, daß ihre Gebuld gegen die kommunistischen Frechheiten eine Grenze hat. Die Bahn ist frei für eine wahre Freidenkertätigkeit.

## Englische Begleitmusik

TT London, 15. Juli.

Innerminister Sir William Johnson hielt am Sonnabend in der Grasshaff Overham eine Rede, in der er auf den amerikanischen Kriegserklärungspakt zu sprechen kam. Man sage, so erklärte er, daß Großbritannien nicht so begierig nach dem Pakt sei, als andere Nationen. Das sei völlig un wahr. Während der letzten Woche habe die Regierung mit besonderer Sorgfalt die Vorschläge des Staatssekretärs der Vereinigten Staaten geprüft. Wenn die britische Antwortnote durch das Kabinett niedergelegt sein wird, werde man sehen, daß Großbritannien nicht im geringsten hinter Frankreich und Deutschland in seiner begeisterten Annahme des Gedankens der Achtung des Krieges zurückbleibe. Es habe keinen Sinn, einen Vertrag mit der Feder in der Hand zu unterzeichnen, wenn man ihn nicht auch gleichzeitig mit dem Herzen unterzeichnen wolle. Man könne nicht riesige Armeen und Maxinen halten und vorgeben, man wolle nicht in den Krieg ziehen. Jeder müsse gewappnet stehen für internationale politische Zwecke. Es gebe keine Nation in der Welt, die seit dem Ende des Krieges so wirksam und beharrlich seine Rüstungen herabgesetzt habe, als Großbritannien (?). Die Fähigkeiten der englischen Marine seien vielleicht größer als die irgendeiner andern Marine der Welt. Aber Großbritannien sei nach wie vor bereit, diese Marine noch weiter einzuschränken, als irgendeine andere Nation es getan habe. Wenn das halb die Welt vor dem Abschluß eines so großen und bedeutsamen Paktes stehe, der den Krieg beseitigen solle, so werde sie ihren Wunsch nicht in Erfüllung gehen lassen, wenn nicht die Nationen der Welt dem Beispiel Großbritanniens folgen, und den wirklichen Wunsch zeigen werden, ihre Rüstungen zu beschränken. „Wir wollen“, so erklärte Hias zum Schluß, die Vereinigten Staaten anzusehen, wenn unsere Unterchrift im Laufe von wenigen Wochen abgegeben sein wird, und wollen ihnen sagen: „Wir unterzeichnen den Vertrag auf eurer Verlangen, einen Vertrag für die Beseitigung des Krieges. Und doch hören wir, daß ihre eure Marine vergrößert.“ — „Ja glaube“, so erklärte der Innenminister, „wir haben das Recht, auf das höchste und freundschaftlichste dies hinzuzufügen und Amerika und der ganzen Welt zu erklären, daß Taten eindrucksvoller sprechen als Worte.“

## Mussolinis Lehrbube

SPD Prag, 14. Juli.

Der italienische Konsul in Währisch-Strau hatte dieser Tage an den Brünner „Tagesboten“ im Zusammenhang mit der von diesem Blatt an der Mobile-Expedition geübten Kritik einen geradezu flegelhaften Brief geschrieben. Diese Flegelerei war herab unerschämmt, daß sie selbst Mussolini zu weit ging; denn er hat inzwischen auf Grund von Vorstellungen der deutschen und tschechischen Journalistenorganisationen im tschechischen Außenministerium die Verlegung des tschechischen Konsuls nach Konstantinopel angedroht.

## Die Profestler verhaftet

TT Agram, 18. Juli.

Alle Agrarer Blätter, die die vom Agrarminister Gemeinderat anlässlich der Bluttat im Belgrad Parlament verfaßte Entschädigung veröffentlichten, wurden beschlagnahmt und unter Anklage gestellt. Da alle 50 Gemeinderäte, mit dem Bürgermeister an der Spitze, die Verantwortung für diese Entschädigung übernahmen, hat die Agrarminister Staatsanwaltschaft die Anklage auf den ganzen Agrarminister Gemeinderat ausgedehnt.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Kurt Günther in Leipzig.

Verantwortlich für den Anzeigenenteil:

Hugo Seppand in Leipzig.

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.







Ein Fürst wird interviewt

Bhupinder Singh, der Mann mit den Niesenbrillanten

Berlin hat zur Zeit riesig vornehmen Besuch. So vornehm, daß die schwarzweißroten Reporter deshalb sehr viel Tinte lassen müssen.

Bei aller Liebe zum deutschen Wesen, — vor so einem goldschweren Erboten wie dem Herzog von Patiana muß man auch als streng nationaler Mann einen tiefen Wütling machen! —

Das ist eine Sache! —

Sir Bhupinder Singh — gegen den Namen ist nichts zu sagen —, Maharadscha von Patiana, Oberhaupt des indischen Sikh-Stammes, ist im Hotel Adlon abgestiegen, um die deutsche Kultur, allerdings angemessen parfümiert, zu beriechen.

Von einem Luxushotel aus läßt sich so etwas am besten machen. —

Die Herren Schmücke haben deshalb wieder einmal ihre nette Senfation! —

Nach Robile, dem famosen Polbezwinger mit leicht pathologischem Einschlag, nach Köhl und Lachmann-Monokelfeld, — Herr Bhupinder Singh, — das ist ein Animmiertagout, das sich sehen lassen kann! —

Da kann man so amüsiert über Vielweiberei und indische Bejaderenkultur dozieren, da kann man die eigroßen Brillanten „Seiner Hoheit“ ehrfürchtig bestaunen und vor Begeistertung platt auf dem Bauch liegen, — ein Maharadscha, — mit 700 Millionen Goldrubeln im Portefeuille!

Das Kleinbürgerherz des braven Abonnenten häupt vor Begeistertung über soviel Ehrel Donnerwetter! Was für ein Kerl!

Bei Eugenbergl aber entwickelt sich das Abenteuer so: Ein garantiert adliger Herr mit einwandfreien Manieren wird in Bewegung gesetzt, um den ehrenwerten Sir Bhupinder Singh zu beschnuppern. —

„Ich stand an der Schwelle der Zimmerflucht des Hotels Adlon, wo die indischen Gäste wohnen.“ Er stand! Sollte man gar nicht annehmen! — So etwas pflegt sich ja im allgemeinen nur frischend fortzubewegen.

Zedenfalls läßt sich der erschütterte Leser folgende ganz im Bilde. —

Was ein richtiger Maharadscha mit eigroßen Brillanten in Manschetten und Schlips ist, hat aus Prestigegründen immer eine „Zimmerflucht“ bezeugt! —

Jede Autorität ginge ja auch zum Teufel, wenn sich derartig gutfundierte Majestäten, sagen wir, mit 3 Zimmern zufrieden geben würden! Dem aristokratischen Schmod ist ein Zittern in die Unterkantenglieder gefahren, als er nun dem Maharadscha direkt ins Herrscherauge schaut: „... Die schwarzen Augen sprachen von Lebenskenntnis, ein großer dunkler Vollbart umrahmte das stark gebaute Gesicht und in den Ohrschuppen trug er, der Heimatfidele entsprechend, ein Paar riesige plattgefahnte Ohrringe!“ Der Heimatfidele entsprechend! Ob die indischen Proleten auch mit so einem kleinen Millionen-Anhängel von Diamanten beschwert durch ihr Dasein laufen?

Nachdem sich der gute Mann an Bhupinder Singh sattgesehen hatte, begann er ihn untertänigst zu interviewen. — Na, darauf hatte der brave Maharadscha gerade gewartet. Wie ein geblöter Bisth legte er los! Und was er dem Herrn Schmod in den Hüllfederhalter diktierte, war nicht von Pappe. Die wunderbarlichsten Dinge aber erzählte er über seine Heimat selbst.

Nach dem Inhaber der eigroßen Brillanten zu urteilen, muß Indien ein Paradies sein! Industrielle Entwicklung, soziale Lage — für ihn ist das alles Prima, Prima. Ein Kunststück bei 700 Millionen, lieber Sir Bhupinder Singh!

Von der Not ihrer arbeitenden indischen Volksgenossen haben Sie wohl noch nichts gehört! Wollte ich darf man sie schonend informieren: 14-Stunden-Arbeitstag, barbarische Hundelöhne, schamlose Kinderausnutzung, keine Spur von Sozialgesetzgebung. —

„Der gute Fürst! Wie schmerzlich werden ihm diese Informationen sein!“

Eine plattgefahnte Träne wird in seinen dunklen Vollbart fließen — großer Gott! Wird er die Zimmerflucht im Adlon mit einem Manschettenknöpfchen vertauschen? Keine Bangel! Er wird nicht! Sir Bhupinder Singh, Maharadscha von Patiana, General a la Suite der anglo-indischen Armee und Oberhaupt des Sikh-Stammes, wird auch weiterhin treudeutschen Schmuckern für ihre ferocken Lohndubeleien Modell stehen, mit plattgefahnten Niesenbrillanten in den Ohren. — — — Der „Heimatfidele entsprechend“.

Bisth.

Thüringens Finanzlage katastrophal

Sozialdemokraten verweigern Zustimmung zum Etat

SPD Weimar, 14. Juli.

Die sozialdemokratische Fraktion des Thüringer Landtags hat den Haushaltsplan der Regierung mit folgender interessanter Begründung abgelehnt:

„Die Finanzverhältnisse haben sich seit 1927 katastrophal verschlechtert. Der zur Verabschiedung stehende Haushaltsplan für 1928 schließt mit einem Fehlbetrag von rund 14 Millionen Mark ab. Die Regierung weiß nicht, wie sie dieses Defizit decken und wie die Ausgleichung der nachfolgenden Haushaltspläne erfolgen soll. Dabei sollen für den Wohnungsbau in diesem Jahre 2 Millionen Mark vorgriffswise aus den Einnahmen von 1929 und 1930 verbraucht werden, die dann in den nächsten Jahren für den Wohnungsbau fehlen werden. Zudem sind schon jetzt die Gemeinden durch Kürzung der Ueberweisungen und Beschränkung der Steuermöglichkeiten in ihren Einnahmen so beschnitten worden, daß schwere kommunalpolitische Gefahren damit verbunden sind.“

Seit 1924 werden die Einnahmequellen des Landes nicht ausgeschöpft, wird das Land in eine nicht zu überbietende finanzielle Not gebracht. Finanziell und politisch wird Thüringen nur dann wieder aufgebaut werden können, wenn der politische Kurs in Thüringen eine Wende erfährt.

Die sozialdemokratische Fraktion lehnt den Haushaltsplan ab und spricht dadurch der Regierung ihr Mißtrauen aus.“

Der Verfassungstag

SPD Die Reichsregierung wird ähnlich wie früher auch in diesem Jahre die ihr nachgeordneten Behörden auffordern, den Verfassungstag möglichst mit den Landesregierungen unter Hinzuziehung breiter Bevölkerungsschichten zu feiern. Einen ähnlichen Erfolg wird die preussische Regierung an die ihr nachgeordneten Behörden richten.

LU Nach einer Meldung der „DZ“ sind die deutschen Vertreter der ICS Meyer und Otto, die im Donesprozess freigesprochen worden sind, am Sonnabend in Berlin eingetroffen.

Die Suche nach den Verschollenen

Amundsen und die Alessandrigruppe noch nicht gefunden

Schweden geht an den Völkerbund

SPD Berlin, 16. Juli. (Radio.)

Von Norwegen aus wurden am Sonntag die verschiedensten Gerüchte über eine Rettung Amundsens verbreitet. Einmal sollte der russische Eisbrecher Masglin den kühnen norwegischen Forscher und seine Begleiter gerettet haben. Dann hieß es, daß Fischerboote Amundsen aufgenommen hätten, und schließlich wollte man von einer Rettung der Alessandrigruppe mit Amundsen wissen. Alle diese Gerüchte hatten in einem großen Teil der europäischen Presse bereits Eingang gefunden, als sie gestern in später Nachtstunde sowohl von Oslo wie von Moskau aus dementiert wurden.

In Schweden bildet der tragische Tod Malmgrens nach wie vor das Tagesgespräch. Auch die amtlichen Stellen scheinen mit den bisher von Robile gegebenen Auskünften über die Ursachen des Todes von Malmgren sich nicht zufrieden geben zu wollen.

Man erörtert z. B. in Regierungskreisen ebenfalls die Möglichkeit einer Untersuchung der ganzen Tragödie durch den Völkerbund. Schweden würde zunächst der italienischen Regierung den Vorschlag auf internationale Klarstellung unterbreiten.

Italien soll dann von sich aus beim Generalsekretariat des Völkerbundes die Einsetzung einer Untersuchungskommission beantragen. Es ist nur die Frage, ob sich der italienische Diktator dazu bereit finden würde. In diesem Falle könnte die Welt vielleicht gewisse Zusammenhänge zwischen dem Unglück und seinen großwahrscheinlichen Ursachen erfahren. Zwar dementiert Mussolini unter dem 15. Juli mit Nachdruck, daß er dem General Robile den Befehl gegeben habe, den Nordpol am 24. Mai, dem Tage der italienischen Kriegserklärung, zu erreichen. Robile selbst hat aber diese Nachricht funktentelegraphisch in die Welt gesetzt. Sie dürfte also nicht ganz so unwahr sein, wie sie Mussolini jetzt hinstellt.

Die schwedische Regierung beabsichtigt schon in nächster Zeit eine Malmgrenspende zu veranstalten. Der Ertrag soll der Mutter Malmgrens zur Verfügung gestellt werden.

Die kühne Tat, die die Russen durch die Rettung der Biglieri-Gruppe vollbracht haben, wird die Anerkennung überall und in erster Linie gerade von den Arbeitern finden. Diese Tat ist um so größer, als sie kein auf individuellen Reiz bedachtes Bravourstück, sondern eine unter Ausnutzung aller vorhandenen technischen und wissenschaftlichen Möglichkeiten und unter dem Einsatz der gesamten persönlichen Kraft und Energie aller Beteiligten unternommene Kollektivleistung darstellt. Sie wird auch dadurch nicht kleiner, daß die deutsche Sowjetpresse ihr eine geschmacklose Behandlung zuteil werden läßt. Der Gegenfah zwischen dem italienischen Fliegerhaseur, der seine Genossen auf dem Eise im Stich ließ, und dem russischen Flieger, der hat sich nicht um ihn zu kümmern, sondern die anderen zu retten, ist zu stark, als daß hierüber nur ein Wort gesagt werden könnte. Nur sind wir nicht aufnahmefähig genug, um bei aller Würdigung der russischen Leistung hierin so etwas wie einen Ausgleich für die Vollstreckung der fünf Todesurteile aus dem Schacht-Prozess zu sehen.

Die Stimmung gegen Robile ist ja sehr wohl allgemein. Sie ist schon seit langem in den Zeitungen anzutreffen, wo man (wie in der sogenannten Berliner demokratischen „Alphaltpresse“) einmüßig, als Herr Robile mit der Italia noch in Stolp weilt, geradezu in Vergildung geriet, den Faschismus verag, drauf und los schrieb, Schmonzes berichte, telegraphierte, photographierte, Autogramme brachte, wiewohl man ja gerade in diesen Redaktionen über sachkundige Mitarbeiter zu verfügen pflegt, und den politischen Teil der Zeitung ob der vielen Itallana fast stillzulegen drohte. Jetzt hat die Konjunktur sogar bis in die Leipziger neuesten Nachrichten eingeschlagen: es ist eben zu viel, selbst für ein bürgerliches Gemüt zu viel, was sich Herr Robile geleistet hat.

Man weiß freilich nicht, ob er für das verbrecherische Unternehmen auch die Strafe erhalten wird, die selbst der bequeme gesunde Menschenverstand allerorten für angebracht hält. Verdreherisch war hier ja wohl schon die Unternehmung der mit unzureichenden Mitteln ausgerüsteten Nordpolexpedition, und was dann der Herr General vollbrachte, wird wohl leider nie gründlich geklärt werden können. Das Mytherium um das verdienstvollen und sympatischen Malmgrens Tod wird wahrscheinlich im Dunkel bleiben, wir hoffen das Gegenteil. Ob es zu der in der obigen Meldung angegebenen schwedischen Intervention beim Völkerbund kommt, ist noch fraglich. Aber selbst wenn der Völkerbund mit der Robileschen Schurkerei befaßt wird und der Völkerbund nicht eben der von England und Italien beherrschte Völkerbund wäre, selbst dann sind ihm auch nicht die Mittel zur Verfügung, die hier volle Aufklärung bringen könnten. Es bleibt die Hoffnung, freilich eine sehr schwache Hoffnung, daß vielleicht noch Amundsen und die anderen Opfer der Robilade um eines Mannes Größenwahn willen nicht ihr Leben lassen mußten.

Die Hitzewelle

9 Todesopfer in Berlin

SPD Berlin, 16. Juli. (Radio.)

Die Reihshauptstadt erlebte am Sonntag mit 38,7 Grad im Schatten seit nahezu dreißig Jahren den heißesten Tag. Die Seen und Flüsse in und um Berlin hatten Wassertemperaturen von 29 Grad Celsius auszuweisen. Die Folge war, daß sämtliche Freibäder und Badeanstalten Berlins überfüllt waren. Der Wannsee hatte eine Besucherzahl von nicht weniger als 70 000 Personen aufzuweisen. Alle Verkehrsmittel, mit denen man an die Seen gelangen konnte, waren überfüllt. Auch die Flüge nach den Ostseebädern waren bis auf den letzten Platz ausverkauft. Ein Berliner Montagblatt schreibt:

„Am Badestrande selbst gehörte eine gewisse Fertigkeit dazu, nicht auf die nackte Körper der Badenden zu treten. Man mußte vorsichtig über sie hinweg, um in das Wasser zu gelangen.“

Die katastrophale Hitze hat natürlich auch wieder ihre Opfer gefordert. In Duxenden von Fällen konnte Hilfe geleistet werden, immerhin sind getieren allein in Berlin nicht weniger als neun Menschen beim Baden ertrunken. Die Zahl dürfte sich voraussichtlich noch erhöhen.

Die Hitzewelle, deren Zentrum sich gestern und wie es scheint, auch heute noch, genau über Berlin befindet, ist von Nordamerika bis nach Mittelrußland gewandert. Ueber diesem ganzen Gebiet ist ein Hoch, das noch nirgendwo verflort worden ist. Deutlich über dem Kanal sind am Sonntagabend größere Wollendallungen aufgetreten, die für Mitteleuropa wenigstens in den nächsten Tagen Wettererweichung mit sich bringen. Aus allen Städten des betroffenen Gebietes fliegen Meldungen über das Auftreten außergewöhnlicher Hitzetemperaturen vor.

Heins Morde vor Gericht

R. Heute begann vor dem Landgericht Koburg der Prozeß gegen den vierundzwanzigjährigen Arbeiter Johann Heins. Die Anklage lautete auf drei vollendete und zwei versuchte Morde. Zwei Raubüberfälle, die ihm gleichfalls zur Last gelegt wurden, sollen besonders abgeurteilt werden. Die Verbrechen Heins haben Anfang dieses Jahres in ganz Deutschland ungeheures Aufsehen erregt. Jetzt droht ihm die Todesstrafe.

Der Prozeß ist mehr als ein einfacher Mordprozeß. Es scheint fast unbegreiflich, wie ein Mensch, der sich bis zu seinem 23. Lebensjahre tadellos geführt hat, als Arbeiter die besten Zeugnisse aufweist und sich nie irgendwelche Exzesse hat zuschulden kommen lassen, gewissermaßen über Nacht zum Dieb, Räuber und Mörder werden konnte. Der Verteidiger Heins, Justizrat Dr. Wigdor Frankel, glaubt, daß der Grund für die plötzliche Wandlung nicht zuletzt in dem Geisteszustande des Angeklagten zu suchen sei. Er hat deshalb psychiatrische Sachverständige geladen.

Johann Heins, Sohn eines Arbeiters in der Nähe von Düsseldorf, der augenblicklich Invalidentrentner ist, war unter ärmlichen und ärmlichen Verhältnissen groß geworden. Seinen Wunsch, zur See zu gehen, mußte er aufgeben; dagegen war er geworben, sofort nach Verlassen der Schule mit für die Familie verdienen zu helfen. Er arbeitete zuerst als Glasbläser, dann als Flaschenzubringer, als Hilfsbohrer, später als ungelernter Arbeiter in verschiedenen Maschinenfabriken. Zeitweilig gehörte er der Syndikalistischen Arbeiterjugend an, er hatte bestimmte geistige Interessen, las gern, trank nicht und fiel durch nichts auf. Im Jahre 1925 wurde er entlassen und ging auf Anraten seines Freundes G. nach Jena. Hier mietet er sich mit diesem in einem Zimmer ein.

Auch in Jena ging anfangs alles gut. Heins arbeitete als Gelegenheitsarbeiter, später bei den Feilwerken und schließlich als Streckenarbeiter auf der Reichsbahn. Dann trat aber der Arbeiter Rudolf Larm in sein Leben, ein wegen Landfriedensbruchs, Raubes und Diebstahls verurteilter Mensch. Was die beiden miteinander verband, ist vorläufig unbekannt; jedenfalls war Larms Einfluß auf Heins ebenlogisch wie unheilvoll. Beide gingen nun auf Einbruchdiebstähle aus. Als Larm eine Zeit aus Jena fort war, schien Heins wieder in Ordnung zu kommen. Nach dessen Rückkehr beging er aber mit ihm zusammen einen Raubüberfall auf das Postamt in Kloster Lausitz. Larm wurde der Boden unter den Füßen heiß, er machte sich aus dem Staube. Heins, durch seine Freundin an Jena gefesselt, blieb zurück. Als er verhaftet werden sollte, schob er einen Beamten über den Haufen, verwundete schwer einen zweiten Beamten und flüchtete. Er lehrte nach Düsseldorf zurück. Eine Woche später verübte er gemeinsam mit

Larm einen Überfall auf das Postamt Ohligs; der von ihm angeholene Postsekretär Schmidt erlag seinen Verwundungen.

Heins flüchtete nach Thüringen, von dort trieb es ihn durch verschiedene Städte Deutschlands, bis er schließlich in Plauen landete. Als er sich in seinem Nachtquartier verdeckelt machte und im Quartierherr sich auf die Polizei begab und in einem Stechbier-Lichtbild den gesuchten Mörder erkannte, griff Heins bei dem Versuch, ihn zu verhaften, zur Waffe, tötete einen der Kriminalkommissare und verletzte einen Gendarmertwachmeister. Es gelang ihm, zu entkommen.

Nun wurde gegen Heins eine große Fahndungsaktion eingeleitet. Die gesamte Oeffentlichkeit Deutschlands verfolgte mit größter Spannung die Jagd der Polizei nach dem Mörder. Wenige Tage darauf brachte die Presse die Meldung von einer neuen Erschießung eines Gendarms durch Heins. Nach mehreren Zusammenstößen mit ihm gelang es, im großen Banzerwald, den Kreis um ihn immer enger zu ziehen, bis er bei diesem Nebel von einem Unterwachmeister gestellt wurde. Der vorgehaltene Karabiner zwang Heins, die Hände hochzuheben; völlig erschöpft, vor Schwäche kaum imstande, zu sprechen, ergab er sich. Man fand bei ihm eine geladene Pistole und 45 Schuß Munition.

Zu der Verhandlung sind neben 37 Zeugen 10 Sachverständige geladen, die Gerichtsverhandlung wird mehrere Tage in Anspruch nehmen. Zurilich liegen die Dinge nicht so einwandfrei, wie die Staatsanwaltschaft es darstellt. Sie behauptet, es liege Mord vor; viellecht war es aber nur Tötung von Beamten bei dem Versuch, sich der Befohlung zu entziehen.

Vier Touristen abgestürzt

SPD Bern, 16. Juli.

In der Nähe von Zermatt (Schweiz) stürzten vier französische Alpinisten ab. Die Bergsteiger waren morgens zu einer Besteigung des Breithorns aufgebrochen. 50 Meter unterhalb eines schwer passierbaren Grates konnten sie mehrere Stunden nicht vorwärts gelangen.

Büchlich verlor der erste in der Gruppe den Halt und stürzte 600 Meter tief in einen Felskolk, wobei er zwei seiner Kameraden mit sich rih.

Der vierte Alpinist konnte sich noch eine Weile auf dem vereisten Grat halten, bis auch ihn die Kräfte verließen und er ebenfalls in die Tiefe stürzte. Von einem Hotel aus, das auf dem Gornier Grat liegt, wurde das schreckliche Unglück beobachtet. Die sofort entfandte Hülfsexpedition vermochte die abgestürzten Bergsteiger nur als Leichen bergen.



# Um die Ueberstunden-Bergütung

20 Termine vor 3 Instanzen wegen 70 Mark

Dieser Tage fand vorm Reichsarbeitsgericht ein Prozeß in dem der Streit um die Berechnung der Ueberstundenvergütung bei kaufmännischen Angestellten ging, nach fast einjähriger Dauer sein Ende. Mit beispielloser Hartnäckigkeit hatte sich in rund zwanzig Terminen der beklagte Unternehmer mit Unterstützung des Syndikus Dr. Hilpert um den Nachweis bemüht, daß er für etwaige Mehrarbeit seines Filialleiters „eigentlich überhaupt nichts“ oder allenfalls nur einen Bruchteil der für die normale Zeit gewährten Entschädigung zu zahlen habe. Trotzdem gewann der Kläger oder richtiger: sein Projektvollmächtigter, Genosse Müller vom Zentralverband der Angestellten, in sämtlichen Instanzen.

Am 15. August 1926 war Sch. von dem Kaufmann Wilhelm Rode gegen Hinterlegung einer Kaution von fünfhundert Mark als Filialleiter mit 5,75 Prozent Umsatzprovision, mindestens aber 150, später 170 Mark Monatsgehalt eingestellt worden. Seine Tätigkeit bestand, von der Führung des Zweiggeschäfts abgesehen, im Verkauf von Tabakwaren; daneben hatte er auch Eisenbahnfahrpläne der Leipziger Neuesten Nachrichten zu vertreiben und die Gebühren für Benutzung des Fernsprechers, der sich zur Kundenwerbung im Laden befand, zu kassieren. Damit er das Geschäftsfeld möglichst wenig verließ, landete ihm sein Prinzipal täglich das Mittagessen hinaus, ohne dafür eine finanzielle Gegenleistung zu verlangen; auch vertraglich war darüber nichts vereinbart worden.

Ende Juli 1927 schied nun Sch. aus den Diensten Rodes aus und forderte neben einem Zeugnis, das ihm seine Tätigkeit als Filialleiter und nicht bloß als Kleinverfäuler bescheinigte, die Auszahlung der von ihm hinterlegten Kaution sowie Zahlung einer Sondervergütung für hundertundvierzig im Juli geleistete Ueberstunden. Sein bisheriger Chef lehnte jedoch all das ab. Er behauptete, Sch. sei wirklich nur Kleinverfäuler gewesen, da ihm die Waren fertig gepackt und sortiert geliefert worden seien, seine Arbeit also lediglich im Verkauf dieser Waren bestanden habe. Die Kaution einzubehalten sei er, Rode, gleichfalls berechtigt, da Sch. noch nicht mit ihm abgerechnet habe und sich allerlei Differenzen im Warenlager, in der Telefonkassa sowie bei der Berechnung der Krankentagebeiträge herausgestellt hätten. Was endlich die verlangte Ueberstundenvergütung betreffe, so müsse er sowohl ihre Anzahl als auch jede Entschädigungspflicht seinerseits aus das entsprechende bestritten; dagegen habe er von Sch. noch einhundertundachtzig Mark für das geleistete Mittagessen zu bekommen, wobei er die Portion, wie ortsüblich, mit achtzig Pfennig veranschlagte!

Unter solchen Umständen blieb nichts anderes übrig, als den Streit gerichtlich auszutragen. Mit Hilfe des Zentralverbandes wandte sich Sch. ans Arbeitsgericht und machte dort den Weigerungsgründen Rodes gegenüber geltend, daß die Differenz hinsichtlich der Krankentagebeiträge anerkennen, die hinsichtlich des Warenlagers aber in vollem Umfang bestritten und bei denen der Telefonkassa darauf hinzuweisen müsse, daß es unmöglich sei, hier ohne Manko zu arbeiten; denn man könne die Gebühren nicht in jedem Falle bestritten, ohne die Kunden dem Geschäft zu entfremden! Der Fernsprecher sei eben ein Werbemittel, bei dem man von vornherein mit Verlusten zu rechnen habe, und die müsse gerechterweise der Besitzer des Ladens, nicht aber der Angestellte tragen. Diese Differenzpunkte wurden nach einigen Terminen ohne wesentliche Schwierigkeiten geregelt: Der Unternehmer zahlte von der Kaution vierhundert Mark zurück und behielt die restlichen hundert Mark mit Einverständnis des Klägers als Entschädigung für das vom Gericht anerkannte Manko bei den Krankentagebeiträgen und anderem. Strittig blieb dagegen die Ueberstundenfrage, und ihretwegen ging der Beklagte schließlich bis ans Reichsarbeitsgericht! Vor der ersten Instanz erklärte er, Sch. habe weder Ueberstunden in der behaupteten Anzahl geleistet, noch sie, falls er es dennoch getan haben sollte, auf Aufforderung geleistet; eine Verpflichtung seinerseits zur Bezahlung dieser etwaigen Mehrarbeit bestände also nicht, wäre aber auch dadurch bereits abgefallen, daß Sch., dem tariflich nur 120 Mark monatlich zuständen, im Juli knapp 210 Mark als Umsatzprovision erhalten habe. Käme jedoch trotzdem noch eine Bezahlung der Ueberstunden in Frage, so seien diese laut § 6a, Absatz 2 des Arbeitszeitnotgesetzes nur mit einem Zuschlag zu vergüten, dessen Höhe der Schlichter für den Streitfall durch Spruch vom 23. Juni 1927 auf 25 Prozent festgesetzt habe. Es sei also nicht eine Grundvergütung plus Zuschlag, sondern nur der Zuschlag zu zahlen, bei dessen Berechnung von einem Zweihundertstel des Monatsgehaltes auszugehen sei, in diesem Falle also von 120 Mark!

Der Kläger oder vielmehr der Genosse Müller vom Zentralverband betonte demgegenüber, daß der oben zitierte Spruch des sächsischen Schlichters logischerweise doch nur so ausgelegt werden könne, daß bei der Ermittlung der Ueberstundenvergütung vom Monatsgehalt des betreffenden Angestellten ein Zweihundertstel zu errechnen und hierauf ein Zuschlag von 25 Prozent zu gewähren sei! Denn es wäre ja sinnwidrig, eine Ueberstunde geringer zu bezahlen als eine Normalarbeitsstunde! Ferner müsse bei der Feststellung des dem Kläger zustehenden Zuschlags von der im Juli verdienten Umsatzprovision, nicht aber von dem für Kleinverfäuler in Frage kommenden Tarifmindestgehalt ausgegangen werden!

Nachdem Sch. die Leistung von „wenigstens hundertundvier Ueberstunden“ bestritten und somit bewiesen hatte, entschied die Kammer unter Dr. Schickels Vorsitz prinzipiell zu seinen Gunsten, wenngleich sie bei der Errechnung des Entschädigungsbetrages nicht von der erzielten Umsatzprovision, sondern vom vertraglich garantierten Mindestgehalt von 170 Mark ausging. Sie bemerkte dazu grundsätzlich:

„Für die Ueberstunden ist gemäß den zwingenden Vorschriften des § 6a des Arbeitszeitnotgesetzes vom 14. April 1927 eine angemessene Vergütung über den Lohn für die regelmäßige Arbeitszeit hinaus zu zahlen. Als angemessene Vergütung hat nach Absatz 2 des § 6a ein Zuschlag von 25 Prozent zu gelten, bei dessen Errechnung ein Zweihundertstel des jeweiligen Monatsgehaltes zugrunde zu legen ist. Darüber, wie die Berechnung vorgenommen werden soll, hat der sächsische Schlichter nichts bestimmt, und das Arbeitsgericht ist daher nicht gebunden; es ist in diesem auch nicht gebindert, sich an den Spruch des Schlichters anzulehnen. Tut man dies, so muß man in Ueberstundenzahlung mit dem Wortlaut des schon mehrfach genannten § 6a, Absatz 2 logischerweise zu dem Ergebnis kommen, daß bei der Ermittlung des Ueberstundenzuschlages von einer Grundvergütung, die der Schlichter mit einem Zweihundertstel des Monatsgehaltes fixiert hat, auszugehen ist, zu der noch, da es sich um eine Sonderleistung handelt, etwas (nämlich 25 Prozent) Zuschlag werden soll! Andernfalls wäre der Ausdruck „Zuschlag“ widersinnig, und es müßte im Gesetz wie auch im Spruch (statt dessen „Bruchteil“) heißen: Es wäre aber auch absurd, anzunehmen, daß der Gesetzgeber bestimmt haben wolle, daß Ueberstunden, die doch etwas Außergewöhnliches sein sollen und meistens bereits im Zustande der Ermüdung nach achtstündiger Arbeitszeit geleistet werden, nur mit einem Viertel einer gewöhnlichen Arbeitsstunde bezahlt werden sollten! Der auf gegenläufigen Erwägungen aufgebaute Schiedspruch des Professors Erdel (des Mannheimer Schlichters!) Wir haben seinerzeit eingehend über seine seltsame Entscheidung berichtet) ist unhaltbar! Die Ueberstundenzahlung, die Ueberstunden mit einer Grundvergütung plus einem Zuschlag zu bezahlen sind und nicht bloß mit einem Bruchteil der Grundvergütung, hat sich auch in der Praxis bereits in weitestgehendem Maße durchgesetzt.“

Bei der Errechnung des Zuschlages ging die Kammer, wie schon erwähnt, vom vertraglich garantierten Mindestgehalt von 170 Mark

aus. Ferner sprach sie dem Kläger das Recht zu, ein Zeugnis über seine Tätigkeit als Filialleiter, nicht als Kleinverfäuler, zu fordern, da er „die Verantwortung für das selbständige Zweiggeschäft des Beklagten trug und nicht nur den Verkauf der Waren, sondern alle mit der Leitung einer Filiale zusammenhängenden Arbeiten zu erledigen hatte“. Was endlich die Gegenforderung Rodes — hundertundachtzig Mark für geleistetes Mittagessen — anbetrifft, entschied das Gericht, daß sie nicht stichhaltig sei!

„Dieses Mittagessen ist, wie der Beklagte selbst zugibt, von ihm dem Kläger freiwillig und ohne irgendwelche Vereinbarungen hinsichtlich einer Anrechnung auf das Gehalt angeboten und geliefert worden und muß als eine Sonderzuwendung des Beklagten an den Kläger dafür angesehen werden, daß dieser auf den ihm nach § 2, Absatz 3 des Tarifvertrages zustehenden Anspruch auf eine mindestens zweistündige Mittagspause verzichtete, ohne daß hierdurch die Verpflichtung zur Bezahlung dieser Mittagspause erlosch. Dies folgt aus dem Umstand, daß der Beklagte selbst zugibt, daß er dem Kläger an Stelle des Mittagessens eine besondere Vergütung in Geld habe gewähren wollen, was der Kläger indessen abgelehnt habe. Auch der Einwand, daß diese in Form von Mittagessen gewährte Sondervergütung laut § 8, Absatz 2, Satz 2 des Tarifvertrages auf das Mindestgehalt anzurechnen werden könne, schlägt nicht durch, denn in dem monatelangen unentgeltlichen Gewähren des Mittagessens liegt ein Verzicht auf die Anrechnungsmöglichkeit. Auch eine Rückforderung aus dem Gesichtspunkt der ungerechtfertigten Bereicherung kommt nicht in Frage, da es — an der Rechtswidrigkeit dieser Bereicherung fehlen würde!“

Herr Rode war begreiflicherweise nicht entzückt vom Ausgang dieses Prozesses und legte daher beim Landesarbeitsgericht Berufung ein. Er stützte sich dabei in erster Linie auf die tarifvertraglichen Bestimmungen über „unentgeltliche Mehrarbeit“, die die Angestellten des Leipziger Einzelhandels auf Verlangen des Chefs zu leisten hätten; aber auch damit hatte er kein Glück. Die Kammer unter Dr. Wunderlich Vorsitz wies den Einwand mit dem Hinweis zurück, daß nach den Bestimmungen des Arbeitszeitnotgesetzes, „auch da, wo Tarifregelungen hinsichtlich der Menge der zu leistenden Mehrarbeit bestehen oder bestehen bleiben, vom 1. Juli 1927 an die Mehrarbeit mit der angemessenen Vergütung entlohnt werden müsse!“

Nun wandte sich Herr Rode ans Reichsarbeitsgericht! Die Zulassung der Revision hatte er durch die Behauptung erwirkt, daß der Streit für den gesamten Leipziger Einzelhandel von ganz besonderer Bedeutung sei. Dieser Tage wurde sie nun verhandelt und endete wiederum mit dem gleichen Ergebnis wie in der Vorinstanz: Das Reichsarbeitsgericht schloß sich dem Standpunkt der ersten und zweiten Instanz an und wies den Kaufmann kostenpflichtig ab. Dabei ist besonders bemerkenswert, daß es bei dem ganzen Streit um Lage und Schreibe lediglich 21 Mark ging, derentwegen sich der Herr Rode rund zwanzig Termine vor drei Gerichten leistete! Der dafür erforderliche Aufwand beträgt ein Vielfaches des eigentlichen Streitwertes! Aber macht nichts, tut nichts, ist alles egal: Recht muß doch Recht bleiben, wie Dr. Hilpert ebenso gern wie oft zu sagen liebt! Und das ist's ja auch geblieben!

## Abchluss der Tagung der Fabrikarbeiter

SPD Hamburg, 14. Juli.

Am Sonnabend, dem letzten Verhandlungstage des Verbandes der Fabrikarbeiter, sprach Schmidt (Hannover) über die Bildungsbewegungen und Veranstaltungen des Verbandes. Der Redner schilderte, in welcher außerordentlichen Weise der Verband bemüht war, seine Mitglieder zu schulen. Zugelassen wurden 33 Wanderkurse und 23 andere Kurse in der Verbandsschule abgehalten. Weiter wurden 55 männliche und 10 weibliche Mitglieder auf staatliche Bildungsanstalten und Wirtschaftsschulen entsandt. Die systematische Bildungsarbeit hat gute Erfolge erzielt.

Die Vorstandswahlen ergaben die Wiederwahl des alten Vorstandes, und zwar als Vorsitzende: Brey, Thiemig und Karl; Kassierer: Köster und Stawitz; Redakteur des Proletariats: Prill; Sekretäre: Adler, Rossmann, Borisch, Schmidt und Müller; Revisoren: Sad und Herben. Die Wahl der Kassierer erfolgte einstimmig, die übrigen wurden gegen 5 kommunistische Stimmen gewählt. Als Ausschussvorsitzender wurde Lemenhow (Hamburg) bestimmt. Die Tagesordnung war damit erledigt.

Der Verbandsvorsitzende Brey sprach dann noch dem bisherigen Vorsitzenden des Porzellanarbeiterverbandes und des Keramikbundes Georg Wollmann den Dank und die Anerkennung des Verbandes und des Vorstandes des Verbandstages aus. Unter kläglichem Beifall wünschte Brey dem scheidenden Kämpfer einen sonnigen Lebensabend nach so langen Jahren harter Mühe und Arbeit. Im Namen der Porzellanarbeiter richtete Apel an den scheidenden Kollegen warme Worte des Dankes. Sidlich bewegt dankte Wollmann für die ihm vom Vorstand und dem gesamten Verbandstag dargebrachte Ehrung.

In einem scheidenden Schlusswort würdigte Brey schließlich noch einmal die Arbeiten des Verbandstages, der in fester Harmonie überaus fruchtbringende Arbeit geleistet und in einmütiger Geschlossenheit Beschlüsse vom weittragender Bedeutung wie u. a. die Einführung der Invalidenunterstützung gefasst habe. Die gesamte Arbeiterschaft könne mit Stolz auf die Geschlossenheit der zweitstärksten Gewerkschaftsorganisation blicken.

Mit dem Gesang des Sozialistenmarsches wurde der Verbandstag geschlossen.

## Wahl bei den Holzarbeitern

Bei der am 14. Juli stattgefundenen Wahl eines Delegierten zum Gewerkschaftscongrès wurden insgesamt 1199 Stimmen abgegeben. Davon erhielten Werner (Leipzig) 845, Reifner (Zwickau) 273, Jechendorf (Tauscha) 27, ungültig waren 54 Stimmen.

Der Konsumverein Vorwärts in Dresden erzielte in seinem am 30. Juni abgeschlossenen Geschäftsjahr 1927/28 einen Gesamtumsatz von 47,6 Millionen Mark. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahre beträgt 26 Prozent. Der Durchschnittsumsatz pro Mitglied erhöhte sich von 577 auf 696 Mark.

Die Berliner Konsumgenossenschaft erzielte in dem am 30. Juni abgeschlossenen Geschäftsjahr 1927/28 einen Gesamtumsatz von 40,67 Millionen Mark gegenüber 40,67 Millionen Mark im Vorjahre. Die Sparklassengelder erhöhten sich in derselben Zeit von 15,9 auf rund 25 Millionen Mark. Im Mitgliederbestand ist ein Zugang um 17.509 auf 146.192 festzustellen.

# Die Konzentration im Mai und Juni

Von Dr. Rolf Croner.

## In der Industrie der Eisenwaren und Maschinen

war von besonderem Interesse der Ankauf der zum Kuhn-Konzern gehörenden Riebewerke A. G. in Berlin durch die Kugellagerkonvention. Dieser an sich rein wirtschaftliche Vorgang hatte dadurch allgemein-politisches und juristisches Interesse erregt, daß er erst auf dem Umwege über einen skandalösen Strafprozeß ermöglicht wurde, über den die Volkszeitung seinerzeit ausführlich berichtete.

Das starke Ausbreitungsbedürfnis des schwedischen Kapitals — das seinen hervorragendsten Ausdruck in der Ausbreitung des J. A. Holmströms gefunden hat — zeigt sich in Deutschland in den letzten Monaten noch in weiteren Fällen. Die Nordiska Armaturenfabriken, Stockholm, die seit Jahren in enger Zusammenarbeit mit dem Vielmeister-Konzern (Inhaber der Vögen für Kunst-Knorr-Bremien) stehen, haben Belmetter in den Aufsichtsrat gewählt und wollen in Deutschland eine Tochtergesellschaft errichten, die hauptsächlich elektrische Hämmer herstellen soll. Die Separator A. B., Stockholm, die durch das Bergedorfer Eisenwerk in Deutschland Milchenträher herstellen läßt, hat sieben neue schwedische Firmen derselben Branche aufgekauft, wodurch sie — die bereits eine führende Stellung in der internationalen Produktion für Getreidemähdrescher einnimmt — die Kontrolle über die gesamte schwedische Produktion erhält. Auch der Elektrolux-Konzern erweiterte seine deutschen Interessen durch Gründung einer Tochtergesellschaft mit 4 Millionen Mark Aktienkapital. Das dies nur der Anfang weiterer Expansionen sein wird, geht aus der Tatsache hervor, daß der schwedische Konzern neuerdings sein Aktienkapital von 6 auf 60 Millionen Kronen erhöht hat. Von den neuen Aktien wurden 20 Millionen von der Scandinaviska Kredit A. B. übernommen, einer dem Kreuzgerischen J. A. Holmström nahe stehenden Großbank. Der Elektrolux-Konzern fabriziert Staubsauger, Kühlkabinen, Bohrermaschinen, Wasserfilter, Gasautomatoren, neuerdings auch Waschmaschinen in Schweden, Deutschland, Frankreich und Amerika; er besitzt Vertriebsorganisationen in den meisten europäischen Ländern, in Australien und Neuseeland, die alle große Kredite brauchen, weil sie nach dem Abzahlungssystem arbeiten.

Der Ankauf von Maschinen durch einen Verband wurde legitim auch von der Vereinigung der Deutschen Dampfessel- und Apparate-Fabrikanten in Düsseldorf betrieben, indem sie die bisher außerhalb des Verbandes und außerhalb der großen Konzerne stehenden „Kotz“ Kessel- und Maschinenbau G. m. b. H. in Berlin-Wittenau aufgekauft hat. Sie beabsichtigt die Umstellung der Kotz auf eine ganz andere Branche, um die im Kesselbau trotz der starken Konzentrierung der letzten Jahre immer noch nicht überwundene Ueberproduktion zu beseitigen.

## In der Metallindustrie

ist als wichtigstes Ereignis die Konfusion in Metallbankkonzernen zu berichten. Die seit Jahren untereinander und lange Zeit mit der Deutschen Gold- und Silberseideanstalt durch einen J. G. Vertrag verbundenen (letztere schied Anfang 1927 aus) Frankfurter Metallbank und Metallurgische Gesellschaft A. G. und Metallgesellschaft gehen nun völlig ineinander auf. Die neue Metallgesellschaft A. G. wird nach Neuausgabe von 25 Millionen Mark über 65 Millionen Mark Stamm- und 5,86 Millionen Mark Vorzugsaktien verfügen. Die Metallbankgruppe, die unter Führung der Familie Mertel steht, stellt das bedeutendste Unternehmen des deutschen Metallhandels dar und nimmt auch in der Industrie der Nicht-eisenmetalle eine hervorragende Stellung ein; in der Metallwarenherstellung ist sie absolut führend. Es bestehen Beteiligungen an und Konzernverflechtungen mit unzähligen Großkonzernen der Schwerindustrie, der Elektrizitätsindustrie und dem Chemiestraß. Besonders die chemischen Interessen werden wohl in naher Zukunft zu neuen Gruppierungen führen, denn die technische Entwicklung ergibt immer neue Berührungspunkte zwischen Metall-

urgie und Chemie. (Schon jetzt kam es zu gemeinsamen Verbindungen zur Gummisynthese zwischen Metallbank und J. G. Farben.) Eine für die Zinfororgung der ganzen Welt umwälzende Entwicklung hat mit der Anfang Mai erfolgten

Gründung eines statistischen Bureaus für Zint in Brüssel begonnen, das den Keim eines internationalen Zintkartells darstellt. Die seit einigen Jahren drohende „Gefahr“ einer Ueberproduktionskrise ist dadurch besonders akut geworden, daß man einerseits immer neue Zinzerge erndet, andererseits die Herstellung von Zint auf elektrolytischem Wege gerade im letzten Jahre rapide gestiegen ist. Die Parole der Zinzerzeuger aller Länder heißt also: Einschränkung der Produktion zwecks „Stabilisierung“, d. h. Erhöhung der Preise. Die Brüsseler Vereinigung umfaßt vorläufig nur die europäischen Zinzerzeuger (der Größe nach geordnet Belgien, Polen, Deutschland, Frankreich, Holland), Amerika, der größte Produzent der Welt, und England, das in der Produktion an 8. im Verbrauch aber an 3. Stelle steht, konnten bisher noch nicht zum Anschluß bewegen werden.

## Die deutsche Autoindustrie

die trotz aller Zusammenschlüsse, Stilllegungen und Konkurse der letzten Jahre immer noch an Ueberzeugung leidet, beschäftigt sich seit Monaten mit dem Plan einer Vertikung der noch bestehenden Gesellschaften, die den Konkurrenzkampf gegen die amerikanische Industrie erleichtern soll. Diesem Plan stellen sich bisher vor allem diejenigen Konzerne entgegen, die noch in Familienbesitz sind (Opel, Wiffing usw.); ein weiteres Hindernis bildete die Tatsache, daß Jakob Schapiro im März 10 Millionen Mark Aktien von Daimler dem bisherigen Mehrheitsbesitzer, Castiglioni, abgekauft hatte. Schapiro ist zwar einer der tüchtigsten Automobilkapitalisten Deutschlands, dessen organisatorische Erfolge überall gerühmt werden — obgleich er vom Automobilgeschäft eher vor wenigen Jahren zum Industriellen geworden war —, aber er ist mit den verschiedenen Gesellschaften, die er sich allmählich unterworfen hatte (z. B. D. S. U., Dixi) so rüchloslos umgegrungen, daß man sein Eindringen in die Daimler-Benz-Gruppe für unheilvoll hielt. Dieses Fusionstribunal ist nun kürzlich beiläufig worden, indem Schapiro das Verfügungsrecht über das Daimler-Aktienpaket der Danatbank übertragen hat, die besonders an dem Zustandekommen der Autofusion interessiert ist.

## In der Waggonindustrie

ist jetzt der zweite von den beabsichtigten drei Trübs, nämlich der ostdeutsche entstanden. Die Linke-Hofmann-Busch-Werke A. G. Durch die Bereinigung der A. G. Busch in Bautzen und der sächsischen Waggonindustrie in Werbau mit den Linke-Hofmann-Werken, die sich völlig aus dem Interessenskreis des Stahlvereins gelöst haben, entsteht eine Gruppe, die über 22,72 Prozent der Wagenbauvereinigung verfügt, während die Westdeutschen Waggonfabriken nur 15,2 Prozent Quotenbeteiligung besitzen. Die neue Gründung unterscheidet sich von der älteren insofern, als sie keine reine Waggongesellschaft darstellt, sondern auch Lokomotiv- und andere Maschinenfabrikation umfaßt. Wenn darin ein Vorteil liegt, so leidet der ostdeutsche Trübs doch unter demselben Mangel wie der westdeutsche: die regionale Konfusion ist nicht angeht, denn die Westdeutsche Waggonfabrik bleibt nach wie vor draußen.

## Ein für die Elektrizitätsversorgung Deutschlands äußerst wichtiger Zusammenschluß

kam im Mai zustande durch die Gründung der A. G. für Deutsche Elektrizitätswirtschaft, die den größten deutschen Elektrozeuger, die in Reichshand befindlichen Elektrowerke, mit der Preussischen Elektrizitätswirtschaft A. G. und den Bayernwerken zu gemeinsamer Arbeit zusammenfaßt. Ziel derselben soll sein: Ausgleich der elektrischen Arbeit, Errichtung der hierzu erforderlichen Anlagen, Angleichung der Leitungs- und Verteilungssysteme, schließlich Bau und Betrieb gemeinschaftlicher Stromerzeugungs-



insagen, vorläufig nur für die drei beteiligten Gesellschaften, später möglichst für alle Stromerzeugungsanlagen Deutschlands. Borek schenkt es sich nur um eine Studiengesellschaft der drei Werke zu handeln — das Kapital der neuen Gesellschaft beträgt nämlich nur 1 Million Mark —, während die Pariser circa 100 Millionen Mark in der Elektrizitätswirtschaft investiert haben; immerhin ist es der Hoffnung der so lange diskutierten Vereinheitlichung und technischen Normierung der deutschen Stromversorgung unter Führung des Reiches, die die bisher herrschende große Zersplitterung und unheilvolle Fehlleitung von Kapital beseitigen soll.

**In der deutschen Kohlenindustrie,** die an sich eine geringe wirtschaftliche Bedeutung hat und fast gar keine Großunternehmungen kennt, ist es kürzlich zu einer interessanten Gründung gekommen, die Vereinigte Kohlenindustrie-A.G., Berlin. Der Zweck dieser Gesellschaft, die mit dem erstaunlich hohen Kapital von 1 1/2 Millionen Mark ausgestattet wurde (dieser Betrag dürfte das gesamte in der deutschen Kohlenindustrie investierte Kapital kaum erreichen), wäre völlig unverständlich, wenn man nicht die internationalen Zusammenhänge kennen würde. Hinter dieser Gründung steht der belgische Kohlenkongress, der alle Produktionsstufen in sich vereint. Dieser von der belgischen katholischen Bauernorganisation (Boerenbond) geschaffene Trust besitzt ausgedehnte Kohlenfelder rund um das Mittelmeer, mehrere Zementfabriken, alle Korkagglomeratfabriken in Belgien, hat neuerdings die erste Kalkzementfabrik in Belgien gegründet und kontrolliert mehr als die Hälfte der Weltproduktion an Kork. Filialgründungen in den Vereinigten Staaten, die die größten Verbraucher (85 Prozent des Weltverbrauchs) sind, stehen auf dem Programm. Zu diesem Zweck und wohl zur Finanzierung des deutschen Konzerns wurde das Kapital der belgischen Holding-Gesellschaft (die 1927 20 Prozent Dividende zahlen konnte) kürzlich von 25 auf 39 Millionen Franc erhöht.

### Niedererschlesien

Der Verein für die bergbaulichen Interessen Niederschlesiens, die Organisation der Grubenunternehmer im Waldenburger Kohlenrevier, veröffentlicht jetzt seinen Jahresbericht für 1927. Das vergangene Jahr wird als ein Jahr guter Beschäftigung von Industrie und Handel bezeichnet; der Gewinntrag sei allerdings nur mäßig gewesen. (Die alte Leier!) Der deutsche Kohlenverbrauch habe in den letzten Monaten des Berichtsjahres sogar den durchschnittlichen Monatsverbrauch vom Jahre 1913 übertraffen. Dem Kohlenmarkt gelang es, den Absatz so zu steigern, daß gegen Ende des Jahres die angeammelten Bestände vollständig geräumt werden konnten.

Obwohl die Grubenunternehmer also die gute Konjunktur nicht bestreiten können, jammern sie in dem Bericht über die Lohnentwicklung im niederschlesischen Revier. Vor allen Dingen ist ihnen die staatliche Lohnpolitik ein Dorn im Auge; sie sei zu einem „Gefahrenmoment erster Ordnung“ geworden. Dabei betrug der durchschnittliche Barlohn der Gewerkschaft im Berichtsjahre im Januar 5,41 Mark und stieg bis zum Dezember auf 5,91 Mark pro Schicht; also um 9,24 Prozent. Demgegenüber war eine wesentliche Leistungssteigerung zu verzeichnen. Die Leistung betrug pro Kopf im Januar 765 Kilogramm und im Dezember 833 Kilogramm; das sind 10,65 Prozent mehr. Die Lohnsteigerung hat also nicht einmal mit der Leistungssteigerung Schritt gehalten.

### Die Gehag

SPD Die den Gewerkschaften nahestehende Gehag (Gemeinnützige Heimstätten-Spar- und Bauaktiengesellschaft, Berlin) legt ihren Abschluß für das Jahr 1927 vor, der als recht günstig bezeichnet werden kann. Die Bilanzsumme steigerte sich von 5,22 Millionen Mark im Jahre 1926 auf 9,16 Millionen Mark. Der Gesamtertrag wird mit 360 000 Mark (345 000 Mark im Vorjahre) ausgewiesen. Die Geschäftskosten hielten sich mit 350 000 Mark auf der Höhe des Vorjahres. Aus dem 13 470 Mark betragenden Gewinn (1926 = 3680 Mark) wird nach Abzug verschiedener Rückstellungen eine Dividende von 5 Prozent verteilt, die 3590 Mark erfordert.

Gebaut wurden im Jahre 1927 1269 Wohnungen auf 11 Baustellen. Davon gingen 693 auf eigene Rechnung. Von den erstellten Wohnungen liegen 111 in Mehrfamilienhäusern und 158 in Einfamilienhäusern. Betont wird im Bericht, daß die schwierigen Finanzierungsbedingungen im Jahre 1927 den Bau von Einfamilienhäusern fast zur Unmöglichkeit machten. Die Gehag ließ sich bei der Aufnahme von Kapital immer von dem Gedanken leiten, nicht auf jeden Fall zu bauen. Da die Abnehmer ihrer Wohnungen Arbeiter sind, müßte eine Miete gesichert werden, die für den Arbeiter tragbar ist.

An den von der Gehag erteilten Aufträgen im Jahre 1927 waren die Bauhilfen mit mehr als 75 Prozent beteiligt.

### Soldat Suhren

1) Roman von Georg von der Brinck  
Copyright 1927 by G. M. Sponth, Verlag, Berlin

#### Des Kajernehofes winterlicher Blumenstrauch.

Von Westen nach Osten erstreckt sich die breite, rote Front der Kajerne, danor liegt ein schwarzes Quadrat, der Exerzierplatz. Ebenfalls genau westwärts wie die Kajernehofen, die Götter ihre zugewandt, stehen acht Rekruten in Linie angetreten, das Gewehr bei Fuß.

Es erklingt das Kommando: „Tuchföhlung!“  
Sieben dieser Rekruten beginnen sofort hastig mit den Stiefeln zu scharrn und mit dem rechten Ellbogen vor- und rückwärts zu klackern; sie machen das Tuch des rechten Nachbarn streifen; der achte aber, jener Mann am rechten Flügel, Musketier Lurtjebam, bewegt sich nicht, weil er keinen rechten Nachbarn hat, außer dem Winterwind, der von rechts über den Kajernehof bläst, und seinem Gewehr, dessen eifriger Lauf ihm den Daumen beißt.

Der Gefreite geht hinter die Front, um die Tuchföhlung zu prüfen.

Wesffer hatte natürlich nicht die richtige Tuchföhlung, Wesffer war auch nicht vorschriftsmäßig angezogen, denn sein Koppel sah nicht im Haken; Wesffer war auch nicht abgebürstet — Wesffer ist nie etwas.

Endlich ist Tuchföhlung da. Der Unteroffizier kommandiert: „Recht — eucht!“

Die Köpfe von sieben Rekruten fliegen wie am Seil gezogen nach rechts.

Wesffer knippt nach, die Mechanik ist nicht in Ordnung, und es wird wiederholt. Inzwischen: Wesffer knippt abermals nach.

Der Unteroffizier ist auf ihn nicht böse, er tut nur so; auch kann er nicht alles bis ins Unendliche wiederholen lassen, denn der Krieg wartet nicht. Auch der Witzschelwackel wartet nicht — alle fühlen ihn in dem roten Tor des Kajernehofes stehen, noch fern und klein, aber schon ungeduldig.

Der Unteroffizier und der Gefreite machen verzweifelt hastige Schritte.

### Zagung der Bergarbeiter

Am Freitag fand der Kongress des Bergarbeiterverbandes in Wagesburg seinen Abschluß mit zwei umfassenden Referaten — des neuen Reichsarbeitsministers, des Genossen Wissell, über „Die soziale Seite weltwirtschaftlicher Verpflichtungen“, und des volkswirtschaftlichen Beraters des Bergarbeiterverbandes, Dr. Berger, über „Die internationale Kohlenbewirtschaftung“. Beide Referate behandelten die Lage in der internationalen Kohlenwirtschaft, die durch Ueberproduktion außerordentlich schwierig erscheint. Der Genosse Wissell wandte sich insbesondere gegen Konkurrenzmethoden, die zu antisozialen Maßnahmen führen müssen. Mit deutlicher Spitze gegen die deutschen Kohlengehaltigen erklärte er, daß der Kohlenexport aus Deutschland nicht auf Kosten sozialer Errungenschaften, auf Kosten der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse gefördert werden dürfe. International müsse gelten, nicht die Lebenshaltung der fortgeschrittenen Länder auf die der rückständigeren zu reduzieren, sondern vielmehr, die Lebensverhältnisse der zurückgebliebenen Länder an die fortgeschrittenen anzupassen. Gewissen Bestrebungen auch aus Kreisen der deutschen Kohlenarbeiterklasse, den deutschen Bergbau durch Zölle gegen Auslandskonkurrenz zu schützen, setzte Wissell die Warnung entgegen, sich nicht von Gruppeninteressen leiten zu lassen, deren Durchsetzung auf die Dauer auch für diese Gruppen nur von Schaden sein könnte.

Dr. Berger sprach als Mittel zur Begrenzung der internationalen Kohlenzölle die internationale Kohlenverkündung. Er erklärte, diese dürfe unter keinen Umständen auf rein kapitalistischer Grundlage erfolgen, es müsse für die Bergarbeiter ein hinreichender Einfluß sichergestellt werden. Nach dem Bericht des Soz. Pressebüros hat Berger diese Forderung gestellt, „um die kapitalistische Form mit neuen sozialen und wirtschaftlichen Zielen erfüllen zu können“. Ob es sich bei dieser Ueberschreibung der Ausführungen von Berger um eine zutreffende Umschreibung handelt oder nicht, wissen wir nicht. Sollte die Meinung Bergers richtig wiedergegeben sein, so müßte sie zum mindesten als sehr komisch und jedenfalls nicht sozialistisch bezeichnet werden. Die Internationale der Bergarbeitergewerkschaften hat die Hilfe des Internationalen Arbeitsamtes und des Bitterbundes angerufen, um zu einer internationalen Vereinheitlichung der Arbeitsbedingungen zu kommen, wobei als zunächst zu erreichendes internationales Standardmaß die Siebenstundenschicht aufgestellt worden ist. Zur Förderung solcher internationalen Vereinheitlichung hat die Bergarbeiterinternationale beim Internationalen Arbeitsamt die Einberufung einer Weltkonferenz aller kohleerzeugenden Länder verlangt.

### Behörden-Ange stellte

SPD Für die Angestellten bei den Behörden des Reichs und Preußens haben dieser Tage im Reichsfinanzministerium neue Verhandlungen stattgefunden, da nach dem Schiedsspruch vom 16. Januar zu gegebener Zeit darüber verhandelt werden sollte, wie den Angestellten, insbesondere den technischen Angestellten, eine ihren Leistungen entsprechende Aufstiegsmöglichkeit oder andersartige Abgeltung gesichert werden kann. Der Vertreter der Reichsregierung erklärte, die Erhebungen hätten nur bei den technischen Angestellten der Vergütungsgruppe VII eine ungünstige Gehaltsregelung ergeben und deshalb seien nur für diese Gruppe Aufstiegsmöglichkeiten zu schaffen. Die Vertreter des A.F.V. Bundes (Bund, BZ und Deutscher Wertmeister-Verband) verlangten auch für die übrigen Behördenangestellten eine Besserstellung, insbesondere eine bessere Festsetzung des Vergütungsdiensalters, Einreihung der Kanalarbeiter in die Vergütungsgruppe VI, Sonderverhandlungen für die Justizangestellten, Vergünstigungen für schwerbeschädigte Angestellte usw. Der Regierungsvertreter betonte, diese Forderungen gingen über den Rahmen der Empfehlung des Schiedsspruches hinaus und bedürften deshalb einer genaueren Prüfung. Legendem welche Verhandlungen wurden nicht getroffen.

### Teuerung in Frankreich

SPD Der Teuerungsinde der Stadt Paris hat sich in den letzten drei Monaten um 12 Punkte erhöht. Die Bewegung des Index hängt sehr wahrscheinlich mit der Frankenschwächung zusammen. Das französische Preisniveau scheint sich jetzt den Weltmarktpreisen anzupassen, wie wir das auch in Deutschland nach der Markstabilisierung erlebt haben. Besonders Preissteigerungen weisen in Paris die Lebensmittel auf. Diese Entwicklung dürfte in ganz kurzer Zeit in Frankreich zu höheren Lohnbewegungen führen, wodurch auch das französische Lohnniveau dem Stand in den anderen Ländern angepaßt würde.

### Leipziger Rundfunkprogramm

Dienstag, den 17. Juli.

- 10,20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms.
- 10,25 Uhr: Was die Zeitung bringt.
- 11,45 Uhr: Wetterbericht und -vorausage (Deutsch und Esperanto) und Wasserstandsmeldungen.
- 12,00 Uhr: Mittagsmusik mit Funkwerbung.
- 12,55 Uhr: Neuerer Zeitzeichen.
- 13,15 Uhr: Presse- und Börsenbericht.
- 14,15—14,45 Uhr: Leseproben aus den Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt.
- 15,00—16,00 Uhr: Konzert. Die Dresdner Rundfunkkapelle. Dirigent: Gustav Agniet. Uebertragung aus der Jahreschau in Dresden.
- 16,30—17,55 Uhr: Unterhaltungskonzert. (Von 17,00 bis 17,55 Uhr: Uebertragung auf den Deutschlandsender.) Kleine Musikformen. Das Leipziger Rundfunkorchester. Dirigent: Dr. F. K. Duse.
- 18,05—18,30 Uhr: Frauenfunk. Gertrud Rujh, Dresden: „Die Frau und die Dichtung“. II.
- 19,00—19,30 Uhr: Vortragsreihe: „Weltanschauliche Probleme in der modernen Naturwissenschaft“. Vierter Vortrag. Professor Dr. Henry Sierist, Leipzig: „Die philosophischen Grundlagen der Medizin“. II.
- 19,30—20,00 Uhr: Frau M. Timmen-Lindig, Dresden: „Photographischer Lehrgang für Amateure“. VIII. „Wie erzielt man mangelhafte Negativen gute Bilder“.
- 20,00 Uhr: Wettervorausage und Zeitangabe.
- 20,15 Uhr: Konzert des Mandolinen- und Gitarre-Vereins „Harmonie“, Dresden. Leitung: Richard Kuhl.
- 21,15 Uhr: Der Wendepunkt. Eine Szene aus dem Leben des Dichters und Musikers E. T. A. Hoffmann. Gendebiel von Kurt Martens, Dresden. Spielleitung: Karl Blumau. Personen: Ernst Theodor Amadeus Hoffmann, Johannes Steiner, Frau Milcha Hoffmann, Ilse George. Der Witzschelwackel der Seldonschen Wanderttruppe, Georg Wellner. Staatsrat, Franz Dehmig. Ort der Handlung: Hoffmanns Stube mit anstehender Kammer in einem kleinen Leipziger Gasthof. Zeit: Juli 1814.
- 22,00 Uhr: Pressebericht und Sportfunk.
- 22,15—23,15 Uhr: Eine Stunde Ernst Theodor Amadeus Hoffmann. I. Der Dichter. 1. Der Spuk im Holunder (1. Kapitel des Märchens „Der goldene Topf“). 2. Johannes Kreislers, des Kapellmeisters musikalische Leiden. Sprecher: Robert George. — II. Der Musiker. (Aus seiner Oper „Undine“, neu bearbeitet von Hans Figini.) Mitwirkende: Käthe Schiffer (Sopran), Erna Kanjer (Sopran), Theodor Blumer (Klavier). 1. Arie der Undine (Wer traut des launigen Glüdes Flügel), Käthe Schiffer. 2. Duett Berthalda-Undine (Abendlüstchen schweben), Erna Kanjer und Käthe Schiffer. 3. Requies und Arie der Berthalda (Wie schön, wie bang), Erna Kanjer.
- 23,15—24,00 Uhr: Tanzmusik.

**Schlagende Wetter.** In der Nähe von Heerlen in der Provinz Limburg wurde am Sonntag die Hendrik-Grube von einer Schlagwetterkatastrophe heimgesucht. Acht Bergarbeiter wurden auf der Stelle getötet. Etwa 300 mußten in betäubtem Zustande nach oben geschafft werden.

**Caranza abgeführt.** Der bekannte mexikanische Freigeberhauptmann Caranza wurde 25 Meilen von Holly bei New-York tot aufgefunden. Caranza war am 11. Juli von der Stadt Mexiko nach Washington abgeflogen, um Lindberghs Besuch zu erwidern. Er hatte Washington nach einer Zwischenlandung am Nachmittag des 12. Juli erreicht. Bei dem Rückflug wurde er von einem Blitz getroffen und tödlich verletzt. Caranza war erst 21 Jahre alt. Sein Tod bedeutet für das mexikanische Flugwesen einen schweren Verlust.

### Berfammlungskalender

Montag, den 16. Juli 1928.

Bund soz. Freireder, Ortsgruppe Alt-Leipzig, Volkshaus, 19,30 Uhr. Metallarbeiter, Betriebsräte und Vertrauensmänner vom Osten, Grüne Aue, Bernhardtstraße 26, 19 Uhr.

### Volkshaus Leipzig

Spezialgerichte. Heute: Königsberger Klops 70 g, Geschmorter Rindspatz mit Kompott 1,00 Kalbsbrust ged. mit Mischgemüse 1,10 Morgen: Blauberserfanne 60 g Zigeunergulasch 1,10 Gefüllte Kalbsroulade mit Gurkensalat 1,10

Der erstere übersteht also Wesffers Nachklappen, eilt an den rechten Flügel und späht unter Lurtjebams Brille hindurch die Front hinunter. Bierjeßn Stiefel scharren, sieben Gewehrlosben pendeln vor und zurück; die Augen aber suchen einzig Lurtjebams obersten Knopf zu erfassen.

Der Gefreite stopft Wesffers Ohrröhre in den Kragen und kniet, leise zischend, die Bänder von Albersings Brustschoner zu einer Schleiße.

Der Unteroffizier am rechten Flügel schreit: „Rechts zurück! — Noch mehr! — Noch mehr! — Meyer folgen! — Suhren zurück! — Der ganze linke Flügel raus! — Bah raus! — Folgen! — Folgen!“

Der Feldwebel, fühlen wir, steht sich in Bewegung. — Der Gefreite blickt, indem er mit der Stiefelspitze gegen einige Boden klopt. — Der Unteroffizier schreit, klagt beinahe: „Raus! — Raus doch!“

In diesem Tumult steht nur einer bewegungslos, steil wie ein Mast, an dem die Korporalschaft als Flagge rauscht — Lurtjebam, der Flügelmann; er beobachtet durch seine vorzügliche Brille die Fensterreihen der roten Kajerne; hinter einer Schleiße steht ein Weib mit einer Schnapsflasche.

Lurtjebam ist trotz seiner Länge kein schöner Flügelmann, denn er hat den Rücken eines Magistratsbeamten; über seinem Herzen wölbt sich keine Soldatenbrust, aber — über seinem Herzen wölbt sich ein zauberhafter Himmel mit Sternen aus Messpulver und einer Mondschel wie das leidenschaftlichste Fragezeichen.

„Augen gerade —“, die Steden müssen nicht mehr, — „aus! Die Augen — links!“

Alle Acht schmeißen ihre Augen nach links ins Ziel, in den kleinen, runden Feldwebel. Der Gefreite ist vor den rechten Flügel gedrungen und hat ebenfalls die Augen „links“ genommen. Der Unteroffizier meldet dem Feldwebel die 10. Korporalschaft.

Der Feldwebel ist jetzt Trumpf. Er kommt langsam vor der Front her und ertast mit den Augen zu verlosen. Er ertast jedesmal — es scheint, daß es aus immer noch nicht zufrieden gelangt. Musketier Meyer gibt sich so gefesselt Mühe, daß ihm seine Kinnmuskeln zu zittern beginnen. Der Feldwebel ist zufrieden, er befiehlt dem Unteroffizier: „Lassen Sie röhren!“

Sobann macht er den Dienst bekannt, und wir hören ihn sagen:

„Lassen Sie die Leute Handschuhe anziehen!“ — Ein angenehmes Wort, wenn es durch die eifige Januarluft erklingt.

Der Feldwebel war Knecht bei einem Bauern, hat Finger wie mittelgroße rote Rüben und verschmätzt Handschuhe — wenn der Feldwebel es nicht sieht. Seine langen, blonden Schnurrbärden und sein langes, nachschleppendes Schwert stechen ins Weiße, doch sein Körper ist geschlossen und rund wie eine übertrage blaue Kugel. Lurtjebam hat für ihn den Namen Rosenhold erdacht; mit welchem Recht, ist mir nicht klar — ich habe nicht die Fähigkeit, aus Steckrüben Rosen zu ziehen!

Rosenhold! — O, Rosenhold ist der Mittelpunkt des Kajernehofes, auf dem eben außer der untrigen noch neun Korporalschaften mit Ladebüchsen beginnen. Die Messingpatronen klirren zu Boden, die Gewehrschlösser klappern... Rosenhold ist der Mittelpunkt eines Kreises, wir aber sind der Umfang; und wie der Rosenhold gelangen, um seine Rübenhände zu käufeln. Und die Unteroffiziere und Gefreiten sind — da erweist sich schon die Fehlerhaftigkeit meines Vergleichs, und ich lasse gern die Fingern davon, zumal gerufen wird:

Musketier Suhren, zu Herrn Feldwebellieutenant!“

Denn Suhren — das bin ich.

Es gab eine Zeit, wo ich mich auf meinen Namen etwas einbildete, obwohl er hässlich klingt. Das ist vorbei, denn jetzt klingt er wie Ewig mit Wesffer, weil ich doch Rekrut geworden bin. Es geschah ohne mein Zutun, ohne meinen Wunsch — ich wurde einbezogen.

Wenn es nur nicht überall so stark riechen würde in dieser Kajerne! Es riecht, es stinkt nach Schweiß, Karbol, Urin und Gemüßel, die im Keller in Riesentöpfen gurgeln; sodann nach diesen uralten verbeulten Blechkannen, in denen Kaffee gekocht wird; nach Menschen, die ewig Kommisbrot mit Kunsthonig essen; nach Lederfett; und — Montagmorgens besonders — nach dem, was die Begehten in die Papierkörbe gekostet haben. Alles zusammen ergibt einen Geruch, den Gott nicht geschaffen hat. Ueberall ist er, dieser Gestank, und du kannst ihm nicht entfliehen. Er bläst durch die zugigen Gänge, über die Treppen, sieht in den Sälen und strömt aus dem Spind.

In der Kajerne stinkt der Teufel. — (Fortsetzung folgt.)

# Saison-Ausverkauf

Unsere Qualitäts-Angebote sind unübertroffen billig

Gewaltige  
Preisermäßigung  
in fast allen  
Abteilungen

# Steigerwald & Kaiser

Leipzig Chemnitz Dresden Magdeburg



Im Lande der tausend Inseln

Von Richard Huelsenbeck. Zwischen Buddha und Motorcar.

Außerhalb der alten japanischen Hauptstadt steht auf einer kleinen Anhöhe der große Buddha der Daibutsu. Er steht in einem nördlichen Tempel, der wie eine Scheune aussieht...

Wir nähern uns mit unserm japanischen Führer der Gottheit. Der Buddha hat ein paar Augen so groß wie Bratenstücken. Sie sind emalliert und sehen mit merkwürdig gespenstischem Blick in die Ferne.

Aber er steht eigentlich nicht in die Ferne, sondern in sich hinein. Das wird einem erst klar, wenn man ihn länger betrachtet hat.

Er sitzt auf einer riesigen Lotusblume in der weltberühmten, meditierenden Haltung. Er sitzt da, als schwämme er mit der Blume auf einem See, gleichgültig, wohin es ihn treibt.

Unser Führer zeigt uns den frischen Anstrich und macht uns auf das Gold und die Bronze der Lotusblütenblätter aufmerksam. Wir nicken stumm, die Heiligheit des Raumes wirkt. Die Betster rechts und links haben sich noch nicht vom Boden erhoben.

Dann höre ich eine Stimme hinter mir: „What that? O — that's a very interesting monument.“

Erschrocken drehen wir uns um. Das ist der Einbruch des weltlichen Geistes. Wie die Wirkung einer Bombe.

Ein Amerikaner mit zwei Damen geht mit sachlichen Schritten von einem religiösen „Monument“ zum andern. Er klopft mit dem Knöchel seines Zeigefingers auf Holz und Gitterwerk, um sich von der Qualität des Materials zu überzeugen.

Dann tritt er einen Schritt zurück, um das Denkmal in seiner Größe zu erfassen. Ein Schein der Enttäuschung geht über sein bartloses Gesicht.

Die beiden Damen machen genau wie er. Sie gehen von Gegenstand zu Gegenstand und besehen ihn mit Augen, die ihm das Innerste nach außen drehen. Sie betasten, berühren und schämen ab. Dann besehen sie ihre Enttäuschung. Die Sensation ist bei näherem Hinsehen nicht so groß, wie der Beobachter angibt.

Wir sehen voll Interesse und mit einer gewissen Sorge auf die Vertreter der verschiedenen Weltanschauungen, die es überhaupt geben kann.

Was werden diese in tiefe religiöse Erstarrung versunkenen Menschen tun? Werden sie sich das alles gefallen lassen? Unser Führer sieht mit höflichen Blicken auf die Hornbrillen der Damen.

Aber es geschieht nichts, kein Ausbruch astatischer Grausamkeit. Wir leben im zwanzigsten Jahrhundert, und sehr viele Japaner sehen ihre ganze Energie ein, um möglichst schnell die kaiserschnäuzige Ueberlegenheit der Angloamerikaner zu erkennen.

Es geschieht nichts. Eine kleine japanische Frau puzt mich am Rock. Ich folge ihr aus der Tempelscheune heraus.

Vor mir hängt unter einem überfälligen Holzdach die Riesenglocke, die seit Jahrhunderten über Kyoto gekläutet hat.

Gegen Erlegung von fünf Sen — das sind zehn Pfennig — kann man mit Hilfe eines primitiven, aber hinreichend Apparates den gewaltigen Klöppel in Bewegung setzen.

Ich lasse mein Geldstück mit Vorsicht in die aufgehaltene Hand der Frau fallen. Die Japanerinnen können ungemein reizvoll lächeln. Sie lächeln eigentlich immer, wenn ein Mann sie ansieht.

Das hat man ihnen bis vor kurzen sogar noch in den Schulen beigebracht. Der „Fortschritt“ hat allerdings auch das Lächeln der Japanerinnen fortgeweht, und heute kann man auf der Ginzas-Street in Tokio japanische Frauen sehen, die auf ein Haar den Labys gleichen, die in den Hofeopfers der fünften Avenue sitzen.

Meine Glodenhüterin lächelt aber noch das altjapanische Lächeln. Die Glocke gab einen tiefen, brummen Ton von sich — ein drohendes Gemurre, das über die Wipfel der Koniferen dem Dächergewimmel der Stadt zugeraten wurde.

Vor mir lag der Hof der Tempelscheune und in ihm hin und wieder verstreut, leblos ... die gebeugte Gestalt eines buddhistischen Gläubigen.

Aus dem Kloster schallten die Litaneien der betenden Mönche. Unser Führer strengte sich an: „Ganz rechts, meine Herren, auf der inneren Seite des Hofes findet sich ein Heiligtum des Schintoismus, jenes Naturgottesdienstes, der ...“

Aber wir verzichteten darauf. Ich hörte ein bekanntes Geräusch. Das war ein Motor, der ansprang.

Das Geräusch des Motors drang in die Feierlichkeit der bronzierten Hallen, aber niemand fand darin etwas Unerhörtes.

Die Beten beteten weiter und die große Glocke läutete weiter. Ich trat an den Ausgang des Hofes, wo man durch einen Torbogen auf Kyoto blicken konnte.

Die junge Amerikanerin stieg in den Wagen. Ihr Seidenstrumpf leuchtete grell und verlor sich in unsre Mittelalterlichkeit.

Gemischtes Theater.

Wenn man, voll von Begierde nach echter japanischer Kultur, in Tokio einen Japaner fragt, in welches Theater man gehen soll, so weist er einen mit tödlicher Sicherheit ins „Imperial“.

„Weißt du,“ sage ich zu meinem Freund, „daß die europäische Zivilisation ein Dreck ist, wird uns heute klar werden. Es wird eine altjapanische Legende gespielt. Wir werden altjapanische Kostüme zu sehen bekommen, altjapanische Sitten ... verstehtst du, mein Junge ... ein Stück von jener fabelhaften künstlerischen Intimitätssicherheit, die ...“

„Schweig ... hast du die Allchakulis bestellt ...?“

„Wir tun's nicht unter einem Fordcar ... wir wohnen nicht umsonst im besten Hotel Tokios ...“

Raum gelacht, Kopfste an die Tür. Ein japanischer Reklamer im europäischen Frack machte eine Verbeugung. Der Car stände bereit. Wir zuckten kaum mit den Achseln. Er verschwand, nicht ohne eine typisch altjapanische Kotauhaite Verbeugung gemacht zu haben. Im europäischen Frack. Die Unterwürfigkeit sieht ihnen noch im Blut.

Wir gingen durch die Hotelhalle. Von oben kamen die scharfen Klänge der Jazzband. Wir sahen die Amerikaner tanzen, aber auch Japanerinnen in kurzem Rock, mit Bübentopf und hellen Seidenstrümpfen.

Der Portier, ein Mixtum aus Tempeldiener und Kinoschlichter, geleitete uns an den Wagen. Stolz über seine frische Weste und Tringelbuckel leuchteten aus einem gutmütigen Gesicht.

Der Verkehr in Tokio gibt dem Neuyorker nicht viel nach. Die Schutzleute sind von unergütlicher Ruhe.

Wir hielten mit unserm Rud vor einem Steinquader-Projektbau. Im Vorraum spazierte mit langen feierlichen Schritten ein Portier auf und ab, der unserm Hotelportier auf ein Haar gleich. Er rief uns mit jener Geisteservolter Geldgier, die in ernüchtertem Gegenlicht zur Bedeutung des Dries steht, die Türen auf. „Das ist mit alles zu modern“, meinte man Freund. „Du sprichst von altjapanischer Kultur ...“

„Warie ... mein Junge ...“

Es kam aber nichts, was meine Erwartung gerechtfertigt hätte. Wo sie hier etwas angreifen, was modern sein soll, wird es gut, reinlich, dauerhaft — aber häßlich, fürchterlich häßlich.

Der Kassierer zeigte mir mein Billet, gewandt reißt er ab, stampelt, wechselt und bemegt sich wie das Urbild eines amerikanischen Clerks.

„Ist das das gleiche Billet? Die falsche Vergoldung, die Kan- desaber, Studmassen, die wie Kränze von Frankfurter Würsten — ist das in dem gleichen Lande, in Japan, in dem es ein Kamakura, ein Kara, ein Jao gibt ...“

„Meine Herren“, kommt ein Manager im Cut, „beilen Sie sich ... die Vorstellung beginnt ...“

Unser Platz ist einfach, sehr bescheiden, eine Art Galerie. Hier berührt sich der Orient mit dem Okzident.

Während unten Parletische sind wie in allen europäischen Theatern, hat man hier Konzessionen an Ästen gemacht.

Man sitzt auf Matten, man hat seine Lesekanne und sein kleines Holzstühlen neben sich.

Links und rechts sitzen Männer und Frauen, die es sich für einen längeren Aufenthalt bequem gemacht haben.

Während unten die in amerikanischen Kollegs erzogenen jungen Japanerinnen sitzen und ihre Perlenketten beschauen lassen, gibt es hier noch Mütter, die ihre Kinder in ihren Kimonos mit sich tragen.

Ein Gong ertönt, der Vorhang geht hoch. Richtig europäischer Vorhang mit griechischer Bemalung.

Feierliche Menschen bewegen sich über die Bühne. In einem Urwald an einem See geht Unerhörtes vor sich. Ein Mann in primitivem Leinwandanzug redet auf eine Frau ein, die sich in elegantem Seidentimoos spreizt.

Allesamt rollt die Sprache durch den Raum. Nach zwei Stunden erheben wir uns und gehen. Wir steigen mit äußerster Schonung über die Beine untrer Mitglühauer.

Auf dem Rückweg waren wir beide stumm.

Dann sagte mein Freund ruhig: „Ich habe mich heute abend nicht überzeugen können, daß die europäische Zivilisation Dreck ist.“

„Man darf nicht in diese halbbarbarischen Theater gehen — dagegen ist das niedrigste europäische Revue-theater eine kultivierte Angelegenheit ... das schreckliche waren die Dekorationen ... alle frisch gepinselt ... mit grellen Anilinfarben gemalt ... eine Art japanischer Expressionismus ...“

Wir lachten ... wir gingen weiter ... es war dunkle Nacht. Ein Gewirr von Gassen tat sich auf. Vor den offenen Häusern Reklameschirme mit leuchtend riesigen Buchstaben. Frauen ... Frauen mit Kindern, die wie Porzellanpuppen aussehend. Käufer und Verkäufer um Tische, auf die bunte Wirtelketten geschichtet sind.

„Mon muß“, jage ich, „wenn man noch etwas vom alten Japan sehen will, sich das Leben in den Straßen ansehen. Hier bewegen sie sich, unbedrückt um den Einbruch Amerikas, wie vor Hunderten von Jahren ...“

Von der Carmagnole zum Charleiton

Das französische Nationalfest.

Von Paul Szende (Wien).

In allen Zeitungen war eine Anzeige der französischen Staatsbahnen zu lesen, die die Aufschrift trug: Nationalfest am 14. Juli. Ich dachte mir, es handelte sich wahrscheinlich um Sonderzüge, die die Provinzialer zum Nationalfest nach Paris führen. Kein, im Gegenteil, die französische Staatsbahn veranstaltete anlässlich des französischen Nationalfestes Ausflüge nach England, wo in Goodwood Pferderennen stattfinden. Alles spottbillig, die Hin- und Rückreise 3. Klasse kostet nur 228,50 Franc.

Der Pariser Gemeinderat legte in den letzten Jahren die Kreditlinie für das Volksfest herab. Es nützte kein Protest, der reaktionäre Gemeinderat war nicht gewillt, seinen Beschluß abzuändern. Früher wurde das Fest mit größerer Aufmerksamkeit begangen. Seitdem aber die „Sanierung“ auch in Frankreich Trumpf geworden ist. Wo soll man das Sparen anfangen? An diesem Tage feiert man die große Revolution, die am 14. Juli 1789 mit der Erstürmung der Bastille und der Befreiung der politischen Gefangenen begann. Hier legten die reaktionären Gemeinderäte, die ihre Mehrheit nur einer veralteten Wahlkreiseinteilung verdanken, mit den Sparmaßnahmen ein; am 8. Mai, der der Gedentag der Jeanne d'Arc, der Jungfrau von Orleans ist und immer den Anstoß zu einem Aufmarsch der reaktionären Organisationen gibt, wurde der Gemeindevorstand nicht herabgesetzt.

Die Staatsbahn benutzt das Nationalfest dazu, die Kundtschaft den englischen Wettrennen zuzuführen, der Gemeinderat knausert mit dem Geld, die Regierung nimmt nur an der Truppenparade, aber gar nicht an dem eigentlichen Volksfest teil. Das offizielle Frankreich überläßt dieses Fest dem Publikum. Es fragt sich nur, wie sich das Pariser Volk zu diesem Feste verhält?

Die Pariser Volksfeste wurzeln in einer revolutionären Ueberlieferung. Es gibt überhaupt keine zweite Großstadt, deren Geschichte so viele Revolutionen aufweist als die von Paris. Die Pariser Volksfeste waren keine von der hohen Obrigkeit, vom kaiserlichen Landesvater veranstalteten Volksbelustigungen, — auch die Rolle der Kirche war dabei nicht bedeutend. Der wirkliche Sinn dieser Volksfeste war, daß die Pariser zeigen wollten, daß an diesen Tagen sie die weltlichen Herren der Stadt waren; man konnte sagen, während der Feste war die Gütigkeit mancher Gesetze aufgehoben, die Autorität der Behörden ausgeschaltet.

Auch die heutigen Volksfeste wahren manche Züge dieser revolutionären Vergangenheit. Hunderttausende tanzen hier nicht in geschlossenen Lokalen oder in den Parks, sondern auf offener Straße. Der Verkehr hört entweder überhaupt auf, oder die Straßenbahn und die Autobusse, von den Taxis gar nicht zu sprechen, müssen so lange warten, bis in dem Tanz eine Pause eintritt. Es wird in allen Straßen getanzt; doch wenn es einigen jungen Leuten einfällt, in einer entlegenen Gasse zu tanzen, dann muß sich der Verkehr nach ihnen richten. Die Polizei gibt sich Mühe, sich überhaupt nicht sichtbar zu machen, und ohnbar es manchmal wirklich bunt zugeht, mischt sie sich nur in äußerstem Falle ein. So geht es durch drei Nächte zu. Man hat das Gefühl, daß eine solche Volksbelustigung in einem Polizeistaate unmöglich wäre.

Wenn man die ihn und her wogende Masse betrachtet, drängt sich einem unwillkürlich eine Wiener Reminiscenz auf. Es war ein bewußtes Streben österreichischer Regierungskreise, die Kluftsamkeit der Wiener Bevölkerung von der Politik abzuleiten und auf Belustigungen, Unterhaltungen, Amüsaments zu lenken. Eine Zeitung wurde diese Politik vom Erfolg begleitet: Bürger und Arbeiter kürzestens in die Unterhaltungen, das „müßige Wien“, „s gibt nur a Kaiserstadt“, wurden zu Idealen der Lebensführung.

Aber die Sucht nach dem „Amüsieren“ verdrängte aus dem Bewußtsein der Bevölkerung die politische Wirklichkeit, die Polizei- und Spigeltätigkeit, die wirtschaftliche Ausbeutung. Als aber unter dem Druck der politischen und wirtschaftlichen Zustände die Erkenntnis sich Bahn brach, kam die Märzrevolution. Die österreichische Methode wurde auch später fortgesetzt, doch konnte sie den politischen Sturz der Großbourgeoisie, das Emporkommen des Kleinbürgertums und das Vorwärtsdrängen der Sozialdemokratie nicht

mehr hinauszuhalten. Der Sturz des Kaisertums räumte endgültig mit diesen Ideologien auf, alle Neulebungsversuche scheitern kläglich.

In den ersten Jahren der Revolution, bis zum Sturz der Jakobiner, wurde in Paris der Jahrestag der Einnahme der Bastille großartig gefeiert. Das waren wilde revolutionäre Feste, das schrankenlose Sichgehenlassen einer Bevölkerung, für die die Revolution ein wirkliches Erlebnis war. Die Feste kam dann aus der Mode, später wurde es vollständig verboten. Erst im Jahre 1879, nach der Erstarkung der dritten Republik, erklärte man den 14. Juli zum Nationalfeiertag. Solange noch die Erinnerung an die Monarchie wach war, hatten diese Feste noch eine gewisse politische Bedeutung. Inzwischen ist auch die Republik alt geworden, eine alte Dame, deren Anwesenheit selbstverständlich, sogar notwendig ist, für die sich aber kein junger Mensch entsammt. Die Revolution liegt weit zurück, sie ist für niemanden ein Erlebnis mehr, sondern eine geschichtliche Erinnerung, keine unmittelbare Wirklichkeit, nur ein Ereignis, das aus Büchern gelernt wird.

Nichts während dieser dreitägigen Feste, — sie beginnt schon am 13. abends und wird noch am 16. abends fortgesetzt, — erinnert an die Bedeutung der Revolution, an die Ereignisse vor 139 Jahren. Beleuchtung, Feuerwerk, verschiedene Volksbelustigungen, Tanz auf offener Straße gehören zu den Bestandteilen jedes Pariser Volksfestes. Nur auf dem Bastilleplatz ist der Aufmarsch größer, doch dieser Name, „Bastille“, erinnert die heutige Generation wenig an die durch die Revolution gestürzte Zwingsburg der Tyrannie; für sie ist der Bastilleplatz nur noch ein Verkehrszentrum, ein wichtiger Knotenpunkt der Untergrundbahn. Die Masse drängt sich auf den Platz, nicht weil sie die Schaulust hat, zu der Weisheit der Revolution zu pilgern, sondern weil sie weiß, daß dank der Ueberlieferung die „Feste“ dort die größte ist. Der 14. Juli ist ein lärmendes, aber feierliches Fest geworden.

Die Bourgeoisie verläßt in diesen Tagen Paris, wo ihr der dreitägige Lärm nur ein Grauel ist. Nur die Kleinbürger, Profetier und die Fremden nehmen daran teil. Die realistische Scheidung, die in Paris, die in Wien zwischen Proletariat und Bürgertum auch auf dem Gebiete der Befestigung und der Unterhaltung vor sich geht, ist in Paris noch gar nicht zu spüren. Doch stimmen Kleinbürger und Profetier darin überein, daß ihnen der 14. Juli außer der Arbeitsruhe und dem „Drahn“ nichts mehr zu sagen hat.

Nach 1879 wurde noch eine Zeitspanne der revolutionären Zeiten, die Carmagnole, getanzt, deren wilder Rhythmus, Melodie und der Text des Gesanges die revolutionären Erinnerungen wachrufen halfen. Später wurde sie teilweise durch die Quadrille ersetzt, die zwar kein umstürzlerischer Tanz ist, doch sie wahrte den kollektiven Charakter des Festes, da sie von der ganzen Gasse, von allen Leuten, die sich gegenseitig die Hände hielten, getanzt wurde. Seit dem Heranbruch der amerikanischen Negerkriege löst sich dieses Volksfest in tanzenbe Einzelpaare auf, jede Gemeinschaftlichkeit geht verloren. Das menschliche Gehirn erträgt manchmal ganz eigenartige Affoziationen, aber die Verkopplung der Revolution mit Schimmy und Charleiton ist eine Zumutung, die es entschieden zu ablehnen.

Kleine Chronik

„Soldat Sühren“, von Georg von der Bring, einem jungen norddeutschen Zeichner, ist eine zum guten Teil autobiographische Erzählung, die gewissermaßen in den Kinderjahren des Weltkriegs spielt, dessen Ausgang schon bald zehn Jahre hinter uns liegt, wenn dieser Roman jetzt in den Spalten der Volkszeitung erscheint. Es wird die Ausbildung einer Rekrutengruppe, ihr Transport an die Westfront, der weitere Exzerzierkurs hinter der Feuerlinie, ein Abtransport an die Diftfront und schließlich ein russischer Angriff geschildert, der einigen von Sühren Kameraden das Leben kostet und ihn selbst mit einem Heimatschutz begnadelt. Es ist eines der untrügerlichsten Bücher, die sich denken lassen, und es ist ein sehr wirksames Buch gegen den Krieg, weil es gar nicht voller Absicht gegen den Krieg geschrieben ist, sondern nur von all dem Ungemut und den Absurditäten handelt, die friebfertigen Menschen zugemutet werden, bevor sie überhaupt die Ehre haben, als Schlachtvieh nach vorne getrieben zu werden. Kurz, es ist der Kriegroman eines ganz ausbändigsten Zivilisten, dessen Denkwerte nicht antimilitaristisch ist, wenn er sich auch eben als sehr individualistischer Einzelmensch von dem großen Apparat des Militarismus hin und wieder imponieren läßt. Im übrigen ist die Erzählung, die ja zu ihrem größten Teile gar nicht den Krieg, sondern die Behandlung, die Ausbildung und den Transport von solchen, die man für den Krieg dressieren will, schildert, ein beinahe gemächliches, wohlwollendes und sehr häufig auch heiteres Werk, das für viele als Vergleichsobjekt zu ihren eignen Erlebnissen oder als schlichte und beinahe untrügerische Tatsachenermittlung kennenswert ist, weil es den deutschen Durchschnittszivilisten schildert, wie er sich zum Soldaten machen ließ, und wie die ausfallen, die den Auftrag hatten, ihn dazu zu machen.

„London ist auf Gnade und Ungnade jedem Feind preisgegeben.“ Im Anschluß an eine Diskussion über das Hamburger „Pözen-Anglied im Oberhaus erklärte der Earl of Halsbury, daß das Pözen-Anglied schon längst überholt und nicht mehr das gefährlichste Giftgas sei, das in der Kriegsführung Anwendung finden könne. Der Earl behauptete ein neues Gas, das in einer Dosisierung von einem Teil Gas auf 10 Millionen Teile Luft imstande ist, einen Menschen innerhalb einer Minute zu töten. 40 000 Kubikmeter dieses Gases würden genügen, um London zu zerstören zu zerstören. Eine einzige Gasbombe, die am Victoria Circus niederfiel, würde unweigerlich jedes Leben zwischen Regent Park und der Themse vernichten. „Jeder Sachverständige wird bestätigen, daß augenblicklich London von der Gnade einer jeden Nation abhängig ist, die schlecht genug gefunnt ist, es zu zerstören, und daß London absolut und restlos zerstört werden kann.“

Das Neue. Zu dem berühmten Talmudgelehrten Rogatschower kam eines Tages ein junger Schriftsteller und überreichte ihm sein Buch, das in Gajewo gedruckt war, mit der Bitte um eine Empfehlung. Der Talmudgelehrte durchblätterte das Buch und meinte: „Ihr Buch enthält mir zwar etwas Neues, doch eine Empfehlung kann ich Ihnen nicht geben.“ — „Aber Rabbi, wenn mein Buch selbst Ihnen etwas Neues enthält, dann ist es doch Ihrer Empfehlung würdig.“ Heben Sie doch einfach in Ihrer Empfehlung das Neue hervor, das Sie in meinem Werk gefunden haben! — „Das würde Ihnen wenig nützen, junger Freund,“ erklärte der Rabbi lächelnd: „Das Neue, das ich aus Ihrem Buch ersehen habe, ist nämlich, daß es in Gajewo eine Druckerei gibt.“

„Jüdische Stimme“, Rowno.)

Künstliche Spinnweben. Die natürlichen Produzentinnen von Spinnweben konnten schon seit langer Zeit dem gesteigerten Bedarf nicht mehr nachkommen. Der Kilm brauchte für Keller, Gefängnisse und ähnliche sympathische Derlichkeiten, denen das Stigma der Verwahrlosung aufgedrückt werden sollte, eine beträchtliche Menge von Spinnweben, daß man schon seit längerem alle möglichen Versuche machte, sich von der Natur zu emanzipieren und diesen wichtigen Bedarfsartikel auf künstlichem Wege herzustellen. Jetzt scheint man endlich eine befriedigende Maschine erfunden zu haben: ganz dünne Fäden aus Leim werden durch einen kräftigen Luftzug derart durcheinandergerührt, daß sie in kürzester Zeit ein Netz herstellen, dessen sich angeblich die älteste Spinne nicht zu schämen brauchte.





Leipziger Strandleben
Achtung, der Kälz kommt!

Ansichten über öffentliche Moral, wahre Volksgesinnung und Volksansichten kann man nicht aus diesen, theoretischen Wägern kennen lernen...

Eine große Diebesbande festgenommen

Im Laufe der letzten Monate sind außer in Dresden, Chemnitz, Plauen, Berlin, Halle, Hannover, Magdeburg und andern Groß- und Mittelstädten auch in Leipzig zahlreiche Wohnungs- und Geschäftseindriffe erfolgt...

Die Hitze in Leipzig

Sonnen-Sonntag

Wenn man aktuell sein will, braucht man nur über die Hitze zu berichten: 34 Grad im Schatten, 50 Grad in der Sonne sind Zahlen, nichts als Zahlen, die nicht viel bedeuten...

Die Feuerwehr wird gerufen

Ein bedauerlicher Unfall infolge der Hitze ereignete sich am Sonnabendvormittag in der Gemeindefriedhofstraße...

Am Sonntag früh wurde die Feuerwehr zweimal gerufen, um einen Brand in der Metallwarenfabrik Clemens Humann in der Wismannstraße und einen Dachstuhlbrand in Stötterig in dem dreistöckigen Gebäude Weichstraße zu löschen.

Bei dem Brand in der Wismannstraße sind eine Anzahl Maschinen der Schleiferei beschädigt worden. Die Feuerwehr konnte nach 1 1/2 Stunde den Brand löschen.

Als die Feuerwehr zu dem Brand in der Weichstraße kam, brannte der Dachstuhl schon sehr stark. Mit zwei Schlauchleitungen gelang es, den Brand nach einstündiger Arbeit zu lokalisieren.

Heute früh wurde die Feuerwehr an den Bahndamm der Dresdener und Chemnitzer Bahn gerufen, um einen infolge Hitze entstandenen Rasenbrand zu löschen.

Flugtag in Leipzig-Mockau

Empfang der Dessauer Weltrekord-Flieger

Bei strahlendem Sommerwetter und Hundstagshitze landeten am Sonntagmittag 12 Uhr die Flieger Ristik und Zimmermann auf dem Flugplatz in Mockau mit der Maschine D 1231...

Etwa zehntausend Menschen hatten sich zum Flugtag eingefunden. Buntlich um vier Uhr fielen die Startschüsse. Udet und der Schweizer Kunstflieger Victor Glardon unternahmen zunächst einen Begrüßungsflug...

und wurde vom Publikum mit lebhaftem Beifall begrüßt. Zum Kunstflugwettbewerb starteten Victor Glardon, Chespirot Hempel, Dr. Gullmann und Udet.

Dann starteten die Dessauer zu einer Pflanzrunde, bei der sie dauernd vom Beifallsrauschen der Menge begleitet wurden. Bei der Landung bekam jeder zwei wunderbare Blumensträuße und einen großen Lorbeerkranz.

Die gesamte Veranstaltung darf man in jeder Hinsicht als geglückt bezeichnen; irgend welche Störungen und Unglücksfälle sind diesmal glücklicherweise nicht eingetreten.

Unterrichtskurse und Wanderungen

In den Volks- und Hilsschulen

Wie die von den höheren Schulen zu veranstaltenden Wanderungen durch Gesetz und Verordnung geregelt sind, so ist auch für die Volks- und Hilsschulen zur Förderung der körperlichen Ausbildung, der Gesundheit, der Stärkung des Willens, der Unterweisung aller Erziehung und des gesamten Unterrichts vom Ministerium für Volksbildung des Freistaates Sachsen am 27. Oktober 1926 eine Verordnung erlassen worden...

Außer Unterrichtsgängen, die als Bestandteil des Unterrichts im engeren Anschluß an den Lehrplan erfolgen und nur ausnahmsweise die planmäßige Unterrichtszeit überschreiten, dürfen im 1. bis 4. Schuljahre jährlich bis zu fünf eintägige Klassenwanderungen unternommen werden...

Wegbleiben von eintägigen Wanderungen ohne zureichende schriftliche Entschuldigung gilt als Schulverhältnis und ist wie die, strafbar; ebenso von mehrtägigen, wenn die Eltern diesen zugestimmt hatten und wenn die Kinder nicht an dem für zurückbleibende Kinder bestimmten Unterricht teilgenommen haben.

Sinken der Tuberkulosesterblichkeit

Nur noch 9,9 auf 10.000 Lebende.

Das Deutsche Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose gibt in seinem Geschäftsbericht über die neuesten Zahlen aus der Tuberkulosestatistik. Die Tuberkulosestatistik beschränkt sich, wie bisher auf die Zusammenfassung der Zahlen über die Tuberkulosesterblichkeit im Reiche und in den einzelnen Ländern.

vorliegen ist sowohl in der Statistik des Reiches wie bei den einzelnen Ländern günstiger als das vorangegangene. Diese fallende Bewegung der Sterblichkeitszahlen zeigt sich, soweit schon Angaben für 1927 vorliegen, auch in diesem Jahre ununterbrochen fort.

Verlust der elterlichen Gewalt

Bei Wiederverheiratung der Mutter.

Die Wiederverheiratung der Mutter zieht dauernd und unwiederbringlich nicht nur den Verlust der elterlichen Gewalt über ihre Kinder erster Ehe nach sich, sondern hindert auch den künftigen Erwerb dieses Rechtes. Es ist bedeutungslos, ob die Mutter bei Eingehung der zweiten Ehe die elterliche Gewalt über die elterlichen Kinder bereits verlor, oder ob die Tatsachen, die an sich den Übergang dieses Rechtes auf sie zur Folge hätten, erst später, sei es noch während des Bestehens, sei es nach Lösung der zweiten Ehe, eintraten.

Drei Arbeiter vergiftet

In der Fabrik für Bogenlampen Körling u. Mathiesen, A.-G. in Leutzsch sind heute früh die drei Arbeiter Erich Baumann, Otto Frenzel und Erich Schaaf durch Gase vergiftet worden, die sich beim Belüften entwickelt haben.

Klettertage auf der Peterskirche

Bergangene Nacht wurde die Feuerwehr nach der Peterskirche geholt. Passanten hatten bemerkt, daß auf dem Dach ein Mann herumkletterte, den die Feuerwehr herunterbrachte.

Fortbildungskurse für praktische Ärzte. In der Medizinischen Fakultät der Universität Leipzig finden vom 22. Oktober bis 3. November 1928 unentgeltliche Fortbildungskurse und Vorträge für praktische Ärzte statt.



# Wo ruft die Pflicht?

## Erweiterter Bezirksvorstand

Die Sitzung des erweiterten Bezirksvorstands am Dienstag, dem 17. Juli, im Volkshaus, Zimmer 8, findet 20 Uhr statt.

### Funktionäre.

Leipzig-St. Agitations- und Setzungscommission Mittwoch, 20 Uhr, Sitzung im Bibliothekzimmer.

### Frauen.

Vindenthal. Donnerstag, den 19. Juli, 20 Uhr, im Kaiserkeller, Vortrag des Genossen Weisse: Die Kirche und ihre Stellung zur Frau.

Großh. Morgen Dienstag, 20 Uhr, im Allen Schützenhaus, Frauenabend. Wichtige Besprechung, alle erscheinen.

Plagwitz-Vindenu-Schleusig. Alle Genossinnen, die sich am Ausflug nach Großsteinberg am Donnerstag, dem 26. Juli beteiligen, melden sich in der Volkzeitungsfiliale Obermannstraße oder Weissenfelder Straße bis Montag, den 23. Juli.

Thonberg-Neureuditz. Morgen Dienstag, 20 Uhr, im Himmelreich. Wir lesen aus D. Kühle: Umgang mit Kindern. — Zum Besuch der Paunsdorfer Genossinnen treffen wir uns 19 Uhr am Spielplatz, Stützerstraße.

### Jungvolkstruppen.

Süden. Der heutige Gruppenabend fällt aus. Nächsten Montag sprechen wir im Heim über die Regierungserklärung Herrn Müllers. — Am Donnerstag führt die SWJ Mit-Leipzig im Volkshaus den Seelamp-Film der Kinderfreunde vor. Wir beteiligen uns geschlossen.

Vindenu. Vortrag. Genoss Dr. Jakob: Artikel 48. 20 Uhr. Zwei Linden. Gäste willkommen.

### Gemeinschaft Kinderfreunde.

Stütz. Gruppe Genossin Wittig und Weisse gehen morgen Dienstag ins Südostbad. Treffen 14 Uhr am Schulgarten.

Plagwitz-Vindenu-Schleusig. Kinderfreunde- und Ortsvereinskinder treffen sich am Mittwoch, dem 18. Juli, 7 Uhr, am Karl-Heine-Platz, Plagwitz, zur Badefahrt nach Gaußsch. Essen für den ganzen Tag mitbringen und 20 Pfennig.

Süden. Alle Kinder der Kinderfreunde und Ortsvereine treffen sich am Mittwoch, 19. Juli, auf dem Thonberger Spielplatz in der Stötteritzer Straße. Wir gehen in den Vorwärtsportplatz spielen.

Neußch. Mittwoch, den 18. Juli, Badefahrt nach Gaußsch. 7 Uhr Treffen an der Schule. Trinkbecher und Essen für den ganzen Tag mitbringen. Parteilinder und Eltern willkommen. Kinder 20 Pfennig. Das Geld, 10 Mark, für Spannerhaus, muß bis Freitagabend abgeliefert sein.

Mit-Leipzig-Nord. Alle Kinder, welche mit nach Eisenhammer fahren, müssen unbedingt morgen Dienstag, 16 Uhr, ins Heim kommen. Geld ist mitzubringen. — Mittwoch gehen wir baden nach Knautzberg. Treffen 8 Uhr am Heim. 15 Pfennig und Essen mitbringen.

# Wer ist der Dümmer?

Einer unserer Leser schreibt uns: Am Sonntagnachmittag liege ich in der Anlage am Johannisplatz auf einer Bank. Wie ich nun das und allerlei Betrachtungen über alle möglichen Dinge anstelle, da kommt ein Mann auf den Platz, der eifrig Zettel verteilt. Manu! denke ich, gibt es sogar solche geschäftstüchtige Firmen, die am Sonntag Klezeme machen? Ich erhebe auch meinen Zettel. Eine altbekannte Kellame: „Freundliche Einladung zu den christlichen Vorträgen. Der Besuch ist kostenlos! Sie sind herzlich willkommen! Kommen Sie zu uns, Sie werden das finden, wonach jedes Menschenherz auch das Ihre, im tiefsten Grunde sich sehnt, was es aber in dieser armen, vergänglichsten Welt nicht finden kann: wahren Frieden und wahren Glück.“

Frieden und Glück. Hier werden also diese kostbaren Güter ganz umsonst angeboten. Leider kann ich der Firma nicht mehr trauen, denn ihren wahren Frieden haben wir in den Kulturjahren 1914/18 kennengelernt, als sie, statt nach dem Vorbild ihres Meisters zu handeln, der sie lernte: „Liebet eure Feinde,“ das schöne Wort prägen: „Jeder Stoß ein Franzos, jeder Schuß ein Kuh. Gott strafe England.“ Weil sie durch diese Geschäftsleute große Kundenerlöse erlitten haben, versuchen sie heute auf andere Art Dumme zu finden, denen sie ihre Märchen von wahren Glück und wahren Frieden noch aufzubringen können. Diese Leute, die so etwas glauben, sind unglücklicherweise noch immer nicht alle geworden.

Neben mir sah ich einen älteren Mann, der die ganzen Anpreisungen aufmerksam las, bei jedem Satz heftig mit dem Kopfe nickte und schon in der Seligkeit des nahen Glückes zu schwimmen schien. Lorkelnd wandt ein Trunkener heran, kommt zu dem Mann, schaut dessen Flugblatt an, bricht in schallendes Gelächter aus und lallt mit schwerer Zunge: „Bist — du dummi! — Na, bete man — die Pfaffen brauchen Geld.“

Mich stimmte dieser Vorfall nachdenklich. Bist du dummi! Klingt mir in den Ohren. Der Mann hatte recht. Aber war er wirklich soviel klüger, wenn er statt beim Pfaffen beim Teufel Alkohol suchte, was ihm die nähere Welt nicht bot? Pfaffen-glaube führt ab vom Klassenkampf, aber der Alkohol nimmt dem Proletariat die Energien und den klaren Sinn, ohne den der Klassenkampf der Arbeiter nicht zum Siege geführt werden kann. So fragte ich mich: Wer von den beiden war der Dümmer? Die Antwort aber lautete: Klarer Kopf tut wohl. Laßt ihn auch nicht unmobeln; weder vom Dufel auf das Jenseits, noch vom Dufel in Diesseits.

# Anfälle in Leipzig

In der Vindenthaler Straße fuhr am Sonntag ein Motorradfahrer mit Sojus gegen ein Frontauto. Dabei wurde der auf dem Sojus sitzende Student Ernst K. gegen einen Baum geschleudert und schwer verletzt, so daß er dem Krankenhaus zugeführt werden mußte. Die Schuld trifft ausschließlich den Motorradfahrer, der angibt, daß die Bremsvorrichtung des Motorrads versagte.

Die Zentralbibliothek der SPD und der Gewerkschaften bleibt vom 18. Juli bis 1. September wegen Umzugs und Inventur geschlossen. Ab 18. Juli werden nur noch die ausstehenden Bücher abgenommen; sie müssen spätestens am 31. Juli abgegeben sein. Je schneller und pünktlicher die Bücher abgeliefert werden, um so eher ist die Bibliothek unseren Genossen und Genossinnen wieder zugänglich.

45. Volksschule. Ferienwanderungen am 17., 24. und 31. Juli, sowie am 7., 14. August. Bei allen fünf Wanderungen Essen für den ganzen Tag mitbringen. Außerdem für den 17. Juli 20 Pfennig, für den 31. Juli fünf Pfennig, für den 14. August 1,20 Mark; Kinder unter 10 Jahre für den 24. Juli und 14. August die Hälfte. Stellen für die ersten beiden Wanderungen um 8 Uhr, für die dritte und vierte um 7,30 Uhr an der Schule; für die fünfte Wanderung 7,30 Uhr am Hauptbahnhof. Näheres beim Elternratsvorsitzenden Richard Biehlig, Helmstraße 16.

Zeugen gesucht. Wie hier bereits berichtet wurde, hat am 5. Juli, kurz nach 20 Uhr, in Vindenu in der Wagner Straße eine Schlägerei zwischen dem Maurer Paul Ahlenborn aus Deutsch und dem Arbeiter Kurt Schubert stattgefunden, wobei Schubert durch einen Messerstich tödlich verletzt wurde. Ahlenborn verlor, daß er angegriffen worden sei und in Notwehr gehandelt habe. Es werden deshalb alle Personen, die den Vorfall beobachtet haben, dringend gebeten, sich bei Ahlenborns Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Finkelschtein, Grimmische Straße 27, II., zu melden. **Freitag I. Am Dienstag freier Verkauf.**



# Wandern und Reisen

## Rothenburg

Von Riffingen eilt das Auto über Würzburg zu der Stadt, deren Name allein die Erinnerung an das deutsche Mittelalter wachruft: Rothenburg ob der Tauber. Wir müssen eilen; pünktlich um 12 Uhr mittags schlägt die Runtuhr; noch 15 Minuten Zeit und noch 15 Kilometer bis zum Markt. Der Wagen eilt über die Landstraße; durch die Dörfer müssen wir ja mit der Geschwindigkeit heruntergehen. 10 Sekunden vor Mittag (Mittag) läuft der Wagen auf den Marktplatz. Die Sonne brüht heiß auf den Dächern und brennt in die Gesichter aller derer, die erwartungsvoll zum Giebel der einstigen Herzentrinkeube hinaufschauen: Touristen in Breches und Sportstrümpfen, Damen in modischer Kleidung mit Stöckelschuhen, Wandervögel mit Rucksack und Klampe, Schulkinder, Studenten, Lehrer; es scheint, als ob die ganze wandernde Bevölkerung Frankreichs sich hier zum Stehbleiben treffen wolle. Und als Symbol temporärer Gegenwart noch ein paar Dugend Automobile, deren Zusagen ebenso interessiert die Blicke nach oben richten. Die Uhr schlägt; zwei Fenster springen auf: links steht Tilly, rechts Altbürgermeister Rusch; der hebt einen Riefentrag und trinkt, trinkt wie einst, als er durch diesen Trunk die Stadt rettete. Das war am 20. September 1632; Tilly hatte die Stadt nach verzweifelter Gegenwehr genommen und den Mat zum Tode verurteilt. Bürgermeister Weidow mußte selbst den Scharfrichter holen. Der Tag war heiß, und der fränkische Wein, der dem Sieger gereicht wurde, stimmte die Gemüter verjünglicher: Wenn sich einer fände, der den vier Liter fassenden Kaiserpokal auf einen Zug leere, dann sollte Gnade vor Recht ergehen. Bürgermeister Rusch tat den Meißertrunk; und schließlich zu Pfingsten erinnert ein Festspiel an jene „guten alten“ Zeiten, die noch nichts von Reparationsproblemen und Ozeanfliegerei wußten, und in der man mit Frankenwein in genügend großer Dosis eine ganze Stadt retten konnte.

Wir gehen ins Rathaus, jenen wundervollen Bau, der in seinem ältesten Teil strenge Gotik, über den Baustil der sonnigen Renaissance schon die ersten Anzeichen des leidenschaftlichen Barock ausstrahlt. Ein finsternes Verließ, ein Kellerraum mit meterdicken Mauern, dumpf, dunkel und unheimlich, ist der Platz, an dem Rothenburgs größtes politisches Genie, Bürgermeister Heinrich Toppler, auf geheimnisvolle Weise durch politische Intrigen ums Leben kam. Von den Bürgern erst vergöttert und dann in der Not verraten, starb er hier 1408, nicht ohne den Verdacht, daß es kein natürlicher Tod gewesen sei. Sein Schicksal hat Schopenhauer in einem seiner historischen Romane dichterisch gestaltet; wir empfinden an seiner Todesstätte jenen geheimnisvollen Schauer, den immer das Gefühl eines über die Brücke von Jahrhunderten hergestellten Zusammenhangs ausstrahlt.

Über halbbrecherlich krumme Treppen, über typisch mittelalterliches Quadermauerwerk klettern wir auf den Rathaus-turm. Tief unten liegt die „Perle des deutschen Mittelalters“, die Stadt, deren Macht einst selbst die stolze Karls in Angst versetzte. Rings um die Stadt die Mauern mit ihren Türmen und Toren und Wehrgängen; gotische Häuser drängen sich zu trummen Gassen zusammen; eingebettet zwischen Hügeln und Wäldern, idyllisch von der Tauber umflossen, genügt allein das Panorama, die Anziehungskraft dieser Stadt verständlich zu machen.

Dann streichen wir hundelang durch die Gassen und Gäßchen, durch Lorbögen und Höfe, stöbern in Winkeln und Nischen umher und freuen uns wie harmlose Kinder über jedes schöne Fleckchen, das wir entdecken. Und es gibt unendlich viel zu sehen; kaum, daß ein Tag reicht, um einen ersten oberflächlichen Eindruck zu gewinnen. Jeder Stein, jede Front eines einfachen Bürgerhauses erinnert an jene „dunkle Nacht mit wenigen leuchtenden Sternen“, wie ein deutscher Historiker das Mittelalter nannte. Müde vom Schauen und Genießen landen wir endlich zum Essen in einem der vielen Gasthöfe und lassen uns zum Wohl der Würzburger Wein munden. Von den Wänden des „Richt“ gehaltenen Raumes mahnen uns typisch „deutsche“ Sprüche, wie:

„Des Bürgers erste Pflicht ist Ruh'; bedenke dies und wein' dazu!“

„Hern Rusch im Trinken nachzustreben, ist hier die beste Möglichkeit gegeben.“

Die herzlichste Gefinnung von einst verkündet folgende Einladung: „Bauersmann, bist willkommen; Wird Dir nimmer Kopf abgenommen.“

Um treffendsten fand ich folgende Weisheit:

„Im Kaiserstuhl sah Wenzeslaus; die Stadt bezohle Wein und Schmaus. Verbill' Dein Haupt, mein Lieber; Die Zeiten sind vorüber.“

Die Erinnerung daran wird durch Tafeln an unmaßlichen Häusern wachgehalten: „Hier wohnte Kaiser Maximilian 1513...“, „Hier übernachtete Christian I. von Dänemark 1474 sieben Tage lang.“

Rothenburg ist die Stadt der Fremdenführer. Ich glaube, jeder zweite Rothenburger wird bereits als Fremdenführer geboren. Wir kommen auf unserer Streife zufällig in eine kleine, geöffnete Kapelle; im Augenblick des Eintretens begrüßt uns ein etwa zehnjähriger Junge, der mit besserer Stimme seine Führerpredigt herunterliest, besser: standiert; er ist peinlich bemüht, hochdeutsch zu sprechen, und wirkt wie ein schlechter Sprachautomat. Ein anderer Führer im „Staudtschen Haus“, dessen wundervoller, eisenunipponener Hof wir besichtigen, ist betriebl. seinem berühmten, von Marcell Salzer vorbereiteten böhmischen Kollegen in bezug auf Stillhalten Konkurrenz zu machen: „Seit dem 18. Jahrhundert ist das Haus im Besitz der Familie Staudt. Dieser Gese, den Sie hier sehen, ist aus dem 13. Jahrhundert, und sind aus diesem Gese dort oben drei Blümchen gezogen worden, und diese Farben hier sind die alten Reichsfarben. Diese beiden Hochstämme, die Sie hier sehen, sind eine Elpe (er meint Elbe); ein letzter Baum; (seht wichtig und überlegen): wo er gewöhnlich vorkommt, ist er buschig; (erzählend — freundlich): da haben die alten Deutschen Weil und Bogen draus geschmitten. „In der Jakobinerkirche erklärt uns ein Führer den Blutaktar, ein Meisterwerk Riemenschneiders Holzschneidkunst: „Drei Jahre hat der Meister daran gearbeitet. 100 Gulden hat der Altar gekostet; die Rechnung ist noch erhalten. Hierher wurden früher Wallfahrten gemacht, und davon lebte Rothenburg.“

Wir sehen uns an und schmunzeln; alles amüsiert sich heute ist das nämlich auch nicht anders; die Wallfahrer haben sich geändert, nicht das Wallfahren. Rothenburg ist Touristennotenpunkt; und die heutige Generation seiner Bürger hat es verstanden, ein einwandfrei konseriertes Stück Mittelalter zu einer einträglichen Touristenattraktion zu machen. Wer nicht von den Germanischen Fremden führt, hat einen Laden mit Andenken und „garantierten“ Altweinen, oder eine Kneipe, ein Kaffeehaus oder eine Weinstube. Wer alles halbwegs Sehenswerte anschaut, kann dabei einen hübschen Bayern Geld für Eintrittspreise loswerden.

Als wir am Abend wieder ins Auto steigen, ist unser Gelbbeutel wesentlich leichter geworden; aber wir haben gesehen und

gelernt. Es geht wieder nach Riffingen; lange schauen wir uns um, bis das letzte rote Ziegelhaus verschwimmt. Und in Würzburg machen wir in der Weinprobierstube an der Reifendy Raft und beschließen den Tag, indem wir mit gutem und billigem Frankenwein auf das Gedenken von Generationen anstoßen, von denen uns ein halbes Jahrtausend trennt, und deren Geist noch heute in ihren Schöpfungen lebendig ist. **Richard Lehmann.**

## Was weißt du von der Eisenbahn?

Im Grunde herzlich wenig. Du kennst sie zwar als ein Verkehrsmittel, das Menschen, Tiere und Güter befördert, du kennst sie in der Landschaft als das berühmte „stählerne Band“, das Länder und Völker verbindet, du kennst selbstverständlich ihre Bahnhöfe, die du aufsuchen mußt, wenn du irgendwohin fahren willst, du weißt etwas vom Fahrplan und mancher auch etwas von Kurzbüchern, aus denen die Strecken zu ersehen sind, die die Züge laufen. Du kennst selbstverständlich auch die Züge und, um in der Poesie zu bleiben, ihre feurigen Köpfe, die langsam vom Elektromotor angefaßt werden, du kennst auch das äußere Bild der Bahnhöfe mit ihren Gleisen und Schuppen, ihren langen Waggons und ihrem bienenmäßigen Getriebe — aber: kennst du das Innere des Ganzen, gewissermaßen das Nervensystem, das erst den Gesamtorganismus ins Laufen bringt?

Weißt du, was alles dazu gehört, daß ein Zug fahrplanmäßig den Bahnhof verläßt, daß er zur rechten Zeit am Ziel ankommt, daß er bei Tag und Nacht mit Sicherheit seinen Weg findet? — Weißt du, was alles erforderlich ist, damit ein aufgegebenes Gut seinen Bestimmungsort erreicht? — Und weißt du endlich, wieweil Sorgfalt und Aufmerksamkeit jeder Eisenbahner nicht nur täglich und stündlich, sondern jede Minute und jede Sekunde aufbringen muß, um nicht das Leben von Hunderten zu gefährden, dabei selbst immer mit dem einen Beine am Grabesrand und mit dem andern am Zuchthaussteher stehen!

Das alles ist den meisten Menschen verborgen, auch den meisten von denen, die schon jahrelang aus beruflichen oder anderen Gründen Eisenbahnreisende sind. Und doch ist es nicht nur „interessant“, zu wissen, wie sich der gesamte Eisenbahnverkehr abwickelt, es ist im Zeitalter des nicht nur ungeheuer gesteigerten, sondern auch riesig komplizierten Verkehrs geradezu unerlässlich, sich über das Wesen der Eisenbahn zu unterrichten, um diesem gewaltigen technischen Apparat verständnisvoller gegenüberzutreten, als dies heute noch vielfach der Fall ist. Und schließlich ist im Zeitalter demokratischer Entwicklung ebenso unerlässlich, sich über den schwierigen und verantwortungsvollen Dienst des Bahnpersonals ein „besseres Bild zu machen, um Differenzen zwischen Beamten und Publikum zu vermeiden, die nicht selten auf der Unkenntnis des Reisenden in eisenbahntechnischen Dingen beruhen.

Dieses notwendige Verständnis für das größte aller Verkehrs-institute zu wecken, unternimmt eine von der Reichsbahn herausgegebene „Schriftenreihe“, die den Reisenden und ebenso den Verfrachter von Gütern aller Art in leichtfaßlicher und sehr anschaulicher Weise selbst die kompliziertesten Vorgänge im Eisenbahnverkehr sachlich nahebringt. (Wobei einige wenige Nebemendungen übersehen sein mögen, so in Heft 2 die von den Streiks, die ihre lähmenden Wellen weit durch die Adern des Verkehrs werfen. „Ausparierungen wirken nämlich nicht anders!“ Die gut bildlichen Schriften sind für den Laien ausgezeichnete Einführungen in sämtliche Zweige des gewaltigen Verkehrs-instituts Reichsbahn und wir wünschen ihnen in allen Kreisen des Reispublikums weitestgehende Verbreitung, besonders in den Kreisen der sogenannten „besseren“ Reisenden, die öfters noch immer glauben, der Eisenbahner sei für nichts anderes als gerade für sie da, so eine Art Dadei, den man pfeifen und nach Belieben schikanen kann. Recht nützlich dürften sich die kleinen Schriften im Schulunterricht erweisen. Wir möchten sie in die Erziehungsliteratur eingereiht sehen. — rr —

\* **Bücher von der Reichsbahn.** 1. Heft: **Abfahren**, Bilder vom Bahnhofsbetrieb der deutschen Reichsbahn; 2. Heft: **Die Reise** der R. R. 221, Bilder aus dem Güterverkehr der deutschen Reichsbahn; 3. Heft: **Signal auf Halt**, Sicherheitsvorrichtungen im Zugverkehr der deutschen Reichsbahn; 4. Heft: **Unfall** verpackt, Entstehung der Fahrpläne der deutschen Reichsbahn. (Die Bücherreihe wird fortgesetzt.) Preis des Heftes: 50 Pfennig. Verlag E. S. Mittler & Sohn, Berlin.

# Gutachten gegen die Klassenjustiz

## Jakubowski und Bürger

„Gottes Mühlen mahlen langsam...“ und auch das Gutachten eines ehemals sächsischen Justizministers wird trotz der Sommerhitze mal fertig. Es liegt jetzt vor. Herr Dr. Bürger ist extra deswegen nach Reutrelitz gefahren. Der Anlaß war auch wichtig genug. Es ging ja weniger um Jakubowski, der ist ja eingekerkert und bereits verurteilt. Es geht um die gesamte deutsche Rechtsprechung. Es ist nämlich einer der seltenen Fälle, wo ein Angehöriger der herrschenden Klasse über die deutsche Klassenjustiz in einem Gutachten zu berichten hatte.

Vorsichtig genug hat Herr Bürger seine Aufgabe angefaßt. Auf der einen Seite erklärt er in dem Gutachten, daß das Todesurteil gegen Jakubowski nicht erschüttert ist. Auf der anderen Seite behauptet er den Abbruch der Untersuchung gegen die als Täter in Frage kommenden Landarbeiter, was einigermassen ein Widerspruch ist. Daß das Gutachten des Herrn Bürger trotz aller Vorsicht noch genügend Material gegen die mit der Untersuchung und Aburteilung betrauten Stellen Instanzen enthalten muß, beweist, daß es in seinem ganzen Inhalt verheimlicht wird. Denn der Einwand, daß es sich um „ein schwebendes Verfahren“ handelt, stimmt höchstens, so weit es die Untersuchung gegen die als Täter in Frage kommenden Landarbeiter betrifft. Daß auch die Kritik an der Untersuchungsmethode und dem Urteilspruch an Jakubowski verschwiegen wird, läßt mancherlei ahnen...

Solange nicht die breite Öffentlichkeit erfährt, auf welche Weise der arme russische Kriegsgefangene Jakubowski an die deutsche „Recht“spruchung glauben mußte, darf der Fall Jakubowski nicht auf sich beruhen. — Ob sich aber die Streitiger Richter nicht beruhigter in ihrem Gewissen fühlen würden, wenn damals — als Jakubowski verurteilt wurde — die Todesstrafe bereits abgeschafft worden wäre, ist eine andere Frage.

# Chemischer Krieg gegen die Armen

Der Krieg um den Wald, seit vielen Jahrhunderten ein soziales Problem, der Widerstreit zwischen Privatigentum und dem Volk verwurzelter Gemeinheitsgedanken ist immer noch nicht zu Ende. In der Waldbebauung lebt immer noch die Anschauung, daß das, was im Walde wächst, gemeinrechtliches Gut ist, von der Natur allen geschenkt, nur zu Unrecht von Eigentümern als Privatbesitz in Anspruch genommen. Erbitterte blutige Kämpfe um den Wald gibt es zwar nicht mehr — gebildet ist jedoch der Kleinrieg zwischen Besitzern und Fortbewerksamen auf der einen, den Holz- und Beerensuchern auf der anderen Seite.

In diesem Kleinrieg ist plötzlich die moderne Kriegstechnik eingebrochen. Im Kahlgang im Spessart hat die Forstverwaltung Kulturen und Feldbeerbereitungen mit Tee- und Karbolinsäure besprühen lassen, um Heibelbeerzucker fernzuhalten. Wer sich in den Wald begibt, riskiert, sich gründlich die Netzer zu ruinieren. Es ist so eine Art von chemischem Krieg, der da geführt wird. Alle Züge, die der chemische Krieg im großen zeigt, finden sich hier wieder. Die Abwechslung alles Mitleidigen, die Spekulation auf die Unwissenheit des ungewarnten Pflanzers, die heimliche der Kampfesweise. Und das alles, um armen Frauen aus den Spessartdörfern die Möglichkeit zu einem Nebenberuf durch Beerensuchen zu nehmen. Giftige Auswüchse des Eigentumsfanatismus!



# Ein neuer Trieb der Heldtkoalition

## Die sächsische Wahlrechtsreform?

Im Anschluß an die Zurückweisung der Klage der Unabhängigen durch den Staatsgerichtshof berichteten bürgerliche Zeitungen, die sächsische Regierung beabsichtige, die angefochtenen Bestimmungen des sächsischen Wahlgesetzes durch eine Regierungsvorlage zu ändern. Diese Ankündigung wird jetzt deutlicher wiederholt. Die bürgerliche Presse meldet:

Die sächsische Regierung will dem Landtage nach seinem Wiederzusammentreten im November einen Gesetzentwurf auf Veränderung einiger Bestimmungen des sächsischen Landeswahlgesetzes vorlegen. Die Veränderung wird sich auf die Bestimmungen über die Wahllokalität, die Anzahl der Unterkreise und über die als Unkostenbeitrag zur Herstellung des amtlichen Stimmzettels geforderte Kaution beziehen und Veränderungen im Sinne der bekannten Urteilsprüche des Staatsgerichtshofes vornehmen.

Bekanntlich hat die sozialdemokratische Landtagsfraktion unmittelbar nach den am 17. Dezember 1927 gefällten Urteilen des Staatsgerichtshofes über die Ungültigkeit der Wahlgesetze von Hamburg, Mecklenburg-Strelitz und Posen im sächsischen Landtage einen Antrag zur Veränderung des sächsischen Wahlgesetzes gestellt. Bei der ersten Beratung dieses Antrags erklärten die Koalitionsmitglieder, man müsse erst die schriftliche Begründung des Staatsgerichtshofes abwarten. Weiter hieß es: Nachdem die Zentrumsklage gegen die sächsischen Wahlbestimmungen eingereicht ist, muß erst der Ausgang dieser Klage abgewartet werden. So wurde der sozialdemokratische Wahlrechtsantrag dem Rechtsauschuß überwiesen, wo seine Weiterberatung von der bürgerlichen Mehrheit bis zum Beginn der Landtagsferien (abgelehnt) wurde.

Nach Beendigung der Landtagsferien kann selbstverständlich der sozialdemokratische Antrag nicht länger verschleppt werden. Mit seiner Annahme durch den Landtag muß nach den Entscheidungen des Staatsgerichtshofes gerechnet werden. Das ist einer der Gründe, warum jetzt erklärt wird, die Regierung wolle das Wahlgesetz ändern.

Zweifelsohne will aber die sächsische Regierung auch mit einer solchen Vorlage einer Entscheidung des Staatsgerichtshofes über die Verfassungsmäßigkeit der sächsischen Wahlbestimmungen vorbeugen. Nachdem sich die sächsische Parteipresse mit einer Ausnahme für die Klage der Sozialdemokratischen Partei beim Staatsgerichtshof ausgesprochen hat, um dadurch ein weiteres Ausweichen dieses Staatsgerichtshofes zu verhindern, glauben offenbar die Heldtkräfte und ihre Presseetrabanten, mit der Ankündigung der Wahlrechtsänderung einen Zug gegen eine Klage der Sozialdemokratischen Partei zu tun. In Wirklichkeit würde natürlich die Ankündigung oder selbst die Durchführung einer Veränderung des Wahlgesetzes auf die Rechtslage nicht den geringsten Einfluß ausüben, denn

entscheidend ist die Frage, ob der jetzige Landtag nach einem verfassungsmäßigen Wahlgesetz gewählt ist, und damit die andere Frage:

ob er verfassungsmäßige Gesetze beschließen kann.

Vor diese Entscheidung muß der Staatsgerichtshof gestellt werden, dann kann auch die Aufhebung der verfassungswidrigen Wahlbestimmungen den gegenwärtigen Landtag nicht retten.

Nach den bürgerlichen Pressemeldungen soll mit der Veränderung der vor dem Staatsgerichtshof angefochtenen Bestimmungen auch gleichzeitig eine Veränderung der Wahlkreise und der Mandatsberechnung erfolgen; auch eine Verminderung der Zahl der Abgeordneten wird verlangt. Die Leipziger Neuesten berechnen, daß die Demokraten 1928 in Sachsen auf 23 893 Stimmen ein Landtagsmandat bekommen hätten, während bei der Wirtschaftspartei erst auf 20 000 Stimmen ein Mandat entfallen wäre. Ob diese Angaben stimmen, wäre erst nachzuprüfen. Wenn sie aber als richtig angenommen werden, dann wäre dieses Stimmverhältnis ein wichtiges Argument mehr für eine Klage vor dem Staatsgerichtshof, denn das Zentrum hat bei der Reichstagswahl rund 23 000 Stimmen erhalten, die in Sachsen fast für ein Landtagsmandat ausgereicht hätten.

Nun ist ganz unbestritten, daß ein Zentrumsmandat im sächsischen Landtage auf die Mehrheits- und Regierungsbildung in Sachsen unter Umständen von ausschlaggebender Bedeutung hätte sein können. In diesem Argument kann der Staatsgerichtshof auch nicht vorbeugen, trotzdem die Zentrumsklage zurückgezogen ist.

Im Zusammenhang mit diesen Wahlrechtsproblemen wird von den Koalitionsmitgliedern wieder die schlesische Krise innerhalb der sächsischen Koalition diskutiert, die erneut aufgetreten ist, weil die „Krisenminister“ nach der Reichstagswahl höchstens ein Landtagsmandat hätten, während sie in der Regierung noch immer zwei Minister sitzen haben. Die anderen Koalitionsmitglieder wollen an die Futtertröpfe, daher rebellieren sie.

Da für Heldt und Kompanie die Parole lautet: Zeit gewinnen! braucht man auf die Vorlage zur Veränderung des Wahlgesetzes nicht so schnell zu rechnen. Vorläufig haben sich ja die Koalitionsmitglieder vier Monate Landtagsferien gegönnt — die freilich auch ja unterbrochen werden könnten, wenn die Sozialdemokratie einen entsprechenden Antrag nach der Verfassung stellt.

## Sächsische Verkehrswacht

Die Sächsische Verkehrswacht hatte die örtlichen Verkehrsbehörden am 18. Juni 1928 zu einer Versammlung nach Dresden gerufen, um über verschiedene wichtige Verkehrsfragen gemeinsam zu beraten. Es wurde übereinstimmend darüber Klage erhoben, daß die Verkehrszeichen und Warnungstafeln keineswegs die für das ganze Reich vorgeschriebene Einheitlichkeit aufweisen und dadurch häufig nur Verwirrung anrichten. Teils sind Verkehrszeichen falsch aufgestellt und werden deshalb von den heranahenden Fahrzeugen erst zu spät erkannt, teils befinden sich die Warnungstafeln in zu geringer Entfernung vom Gefahrenpunkt, wodurch ihr Wert sehr herabgemindert wird, denn der Fahrzeugführer muß rechtzeitig das Tempo verringern können. Obwohl es verboten ist, sind viele Verkehrszeichen mit Klänge versehen. Eine straffere Durchführung der vom Reich erlassenen Richtlinien über die Verkehrszeichen ist dringend zu wünschen.

In Sachsen sind in letzter Zeit Wegweiser und Ortstafeln aufgestellt bzw. angebracht worden, die infolge Verwendung von weichen Schildern mit rottem Randstreifen den Warnungstafeln sehr ähnlich; einige Gemeinden haben sogar das Zeichen für die Einbahnstraße, den roten Pfeil, als Wegweiser eingeführt. Eine so verschiedenartige Handhabung ist ganz ungewöhnlich und ist auch

z. B. in Preußen wegen Befolgens einheitlicher Vorschriften über die Beschaffenheit der Wegweiser und Ortstafeln (schwarze Schrift auf gelbem Felde mit schwarzer Umrahmung) nicht vorhanden. Bei der Aufstellung von Wegweisern muß mehr als bisher darauf geachtet werden, daß die Tafeln auf zwei Seiten beschriebenen und verlegt angebracht werden. Erfreulicherweise hat die Aufstellung selbstleuchtender Warnungstafeln zugenommen; in nächster Zeit sollen alle ungesicherten Bahnhöfe mit solchen versehen werden, um die Zahl der dort besonders häufigen Unfälle zu verringern. Die Sächsische Verkehrswacht kann aber in dieser Schutzmaßnahme noch keine endgültige Befriedigung der an ungesicherten Bahnhöfen vorhandenen Gefahren erblicken, sondern die Deutsche Reichsbahngesellschaft wird sich dazu entschließen müssen, die Übergänge entweder mit Sperrnetzen zu versehen, oder die Gleisführung so zu verändern, daß die Züge entweder unter der Straße weg oder über eine Brücke fahren. Die früher hergestellte Bevorzugung der Eisenbahn gegenüber den die Landstraßen benutzenden Fahrzeugen ist heute nicht mehr am Platze.

Während der Straßenverkehr in den Städten ganz selbständig geregelt ist, läßt er auf dem Lande noch recht zu wünschen übrig. Viele Geschirrführer können sich an das Rechtsfahren noch immer nicht gewöhnen; auch die Beleuchtung der Fuhrwerke ist völlig ungenügend. Nach den Bestimmungen der Sächsischen Straßenverkehrsordnung muß bei Fuhrwerken während der Dunkelheit und bei starkem Nebel mindestens eine hellbrennende Laterne so angebracht sein, daß der Lichtschein von entgegenkommenden und überholenden Fahrzeugen leicht bemerkt werden kann. Es muß verlangt werden, daß an allen Fuhrwerken außer der nach vorn leuchtenden Lampe noch ein Schlußlicht angebracht wird.

Auf den Landstraßen ist auch häufig zu beobachten, daß die Kraftfahrer vorfahrtswidrig auf der linken Straßenseite fahren. Diesem Uebelstand ist nur dadurch zu begegnen, daß auf beiden Seiten der Straßen Kraftfahrstreifen in Breite von 30 bis 50 Zentimeter angelegt werden; denn bei dem jetzigen Zustande der Straßenränder ist es den Kraftfahrern mitunter nicht zu verdenken, wenn sie die rechte Seite, die vielleicht in jämmerlichem Zustande ist, meiden und den linksseitigen, vielleicht besseren Straßenrand vorziehen.

Die Frage der Zwangs-Haftpflichtversicherung aller Kraftfahrzeughalter wurde von der Sächsischen Verkehrswacht nochmals eingehend geprüft mit dem Ergebnis, daß die Deutsche Verkehrswacht beabsichtigt werden soll, auf baldige Einführung des gesetzlichen Zwanges zur Haftpflichtversicherung für jeden Kraftfahrzeughalter hinzuwirken. Gleichzeitig soll von der Reichsregierung der Erlass von Vorschriften über eine jährlich zweimal durch Sachverständige vorzunehmende Prüfung aller Kraftfahrzeuge auf ihre Betriebssicherheit geordert werden. Eine solche Prüfung ist in erster Linie bei Kraftfahrzeugen und Mietwagen erforderlich, um die Fahrgäste vor Schäden zu bewahren. Die Kosten der Prüfung würden im Verhältnis zu den sonstigen Unterhaltungskosten eines Kraftfahrzeuges nicht erheblich zu nennen sein: z. B. berechnet der Sächsische Dampfstellwerkvereine (Abteilung Kraftfahrzeuge) für die Vornahme einer genauen Prüfung des Kraftfahrzeuges einschließlich Probefahrt und schriftlichem Prüfungsbericht 15 Mark.

Die Sächsische Verkehrswacht hat sich schon mehrfach für die Einrichtung von Spezialabteilungen für Verkehrsfragen (Zivil- und Straßensachen) bei den Gerichten eingesetzt. Um den Richtern und Staatsanwälten Fachkenntnisse im Verkehrsweisen zu vermitteln, wird die Sächsische Verkehrswacht durch ihre örtlichen Organisationen Besetzungsfahrten und Besprechungskurse abhalten lassen. Eine Hauptaufgabe erblickt die Sächsische Verkehrswacht auch darin, die Schulbildung zum richtigen Verhalten im Großstadtverkehr zu erhöhen. Das soll in Zusammenarbeit mit den örtlichen Schulbehörden und der Deutschen Schulinspektorswacht in Berlin durch Einrichtung von Verkehrs-Musterräumen und durch verkehrswissenschaftlichen Unterricht erfolgen.

Um alle Schulen mit verkehrswissenschaftlichem Lehrmaterial zu versorgen, sind größere Geldmittel erforderlich. Die örtlichen Verkehrsbehörden werden Spenden, die unter der Bezeichnung „Verkehrswissenschaftliches Lehrmaterial“ an sie gesandt werden, dazu verwenden, um die von der Deutschen Schulinspektorswacht herausgegebenen Unterrichtsmittel zu beschaffen und den Schulen, die keinen Geld zu Anschaffung besitzen haben, zur Verfügung zu stellen. Die Geschäftsführung der Sächsischen Verkehrswacht ist der Verkehrswacht Chemnitz (Chemnitz, Rohmarkt 10, I.) übertragen worden.

## Sorgen des sächsischen Zentrums

Die Sächsische Volkszeitung, das Organ des sächsischen Zentrums, veröffentlicht in großer Aufmachung eine Aufstellung über die Stimmen, die das Zentrum bei der letzten Reichstagswahl in Sachsen erhalten hat. Die rund 23 000 Stimmen werden bekanntlich der Reichsstimme des Zentrums zugerechnet. Das Blatt hat nun herausgefunden, daß ohne diese Stimmen das Zentrum auf der Reichsstimme ein Mandat weniger erhalten hätte. Daraus leitet es den Anspruch ab, für die nächste Reichstagswahl einen Vertreter des sächsischen Zentrums an ständiger Stelle auf der Reichsstimme zu erhalten.

Mit dieser Forderung verfolgte das sächsische Zentrumblatt noch einen besonderen Zweck. Auf jede Weise sollen die sächsischen Zentrumswähler, die ja leicht einzeln könnten, daß sie ihre Stimme ganz unartig abgeben, bei der Zentrumsfrage gehalten werden, weil das Zentrum noch immer die Hoffnung nicht aufgeben kann, vielleicht bei der nächsten Landtagswahl in Sachsen ein Mandat zu erringen. Daß ihm das gelingen wird, ist allerdings wenig wahrscheinlich.

## Die Ausführung der Amnestie in Sachsen

Der Dresdner Anzeiger meldet, daß im sächsischen Justizministerium die Vorbereitungen zur Ausführung des am 13. d. M. beschlossenen Reichsamnestiegesetzes bereits getroffen sind. Die danach zu erlassenden Verordnungen würden den Strafverfolgungs- und Strafvollstreckungsbehörden schon Anfang dieser Woche zugehen.

**Chemnitz.** Eine Fallchmüngerwerkstatt. Wie die Kriminalpolizei berichtet, ist es gelungen, in einer in der Schillerstraße gelegenen Wohnung einen 29-jährigen Vertreter und einen 38-jährigen Handarbeiter bei Anfertigung von falschem Hartgeld zu überführen. Sie sind verhaftet worden, ebenso ein 40-jähriger Arbeiter wegen Beihilfe. Das vorhandene Material und die schon fertigen Fallstücke wurden beschlagnahmt.

**Zwickau.** Vom Spiel zum Tod. Drei Knaben die zusammen mit einem Handwagen die Marienstraße entlang fuhr, vergnügten sich damit, in den Handwagen hinein- und herauszuspringen. Dabei sprang das vierjährige Söhnchen des Bauarbeiters Schlegel direkt vor ein Auto, das über ihn hinwegfuhr und das Kind auf der Stelle tötete.

**Zittau.** Anleihe der Stadt. Die Stadtverordneten beschloßen sich in ihrer letzten Sitzung vor den Sommerferien mit der Frage der Beschaffung von 2 Millionen Mark Anleihemitteln, wovon 1 200 000 Mark für den Bau des Stadtkrankenhauses und 800 000 Mark für die Durchführung des Straßenbauprogramms benötigt werden. Die Stadtverordneten stimmten einstimmig der Aufnahme der Anleihe zu.



## Auto-Unfälle

Ein Toter — Vier Schwerverwundete

In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag hat sich auf der Chaussee Schmölln-Göhnsch ein schwerer Auto-Unfall ereignet, dem ein junger Lagerist zum Opfer gefallen ist. Der 21 Jahre alte Rudolf Stamm aus Altenburg hatte mit sechs Bekannten in einer gemieteten Kraftdroschke eine Sprittour durch die Umgegend unternommen, wobei allerorts dem Alkohol in höchst ausgiebiger Weise zugesprochen worden war. Als nur auf der genannten Landstraße der Wagen einer dort stehenden Dampfwalze ausweichen wollte, geriet er aus einem vorläufig unbekanntem Grunde zuerst ab und fuhr einen Kirschbaum über den Haufen; das Auto wurde dabei vollkommen zerstört, Stamm war sofort tot, während seine Begleiter Fritz Gahse, R. Köbelpeter, W. Diener und der Chauffeur Hans Jahn schwere Verletzungen erlitten; die beiden übrigen Passanten kamen mit einigen Abschürfungen davon. Alle Verunglückten befürdeten die Altenburger Arbeiter-Samariter mit ihrem Krankenauto sowie die Altenburger Feuerwehr ins Schmöllner Krankenhaus. Die Untersuchung ist bereits eingeleitet.

## Zwei weitere Todesfälle

Gegen 1/10 Uhr verunglückte am Sonntag der in Böhlitz-Ehrenberg wohnende Maler Walter Hildebrandt dadurch tödlich, daß er auf der Leipziger Straße in Borsdorf bei dem Versuch, einem von hinten herankommenden Auto auszuweichen, von diesem erfaßt und eine große Strecke mit fortgeschleift wurde. Er erlitt einen schweren Schädelbruch, der seinen sofortigen Tod zur Folge hatte. Ein Kind, das er vor sich auf dem Kabe sitzen gehabt, kam mit einigen relativ geringfügigen Verletzungen davon.

Kaum eine Viertelstunde später wurde der Kontorist Hans Klemm aus Leipzig das Opfer eines Unfalles. Bei dem Versuch, vor einem Kraftwagen mit Betragen noch die Straße zu kreuzen, wurde er von diesem umgerissen und beiseite geschleudert; an dem Schädelbruch, den er sich dabei zuzog, starb er nach wenigen Minuten. Seine Braut war Zeugin des Unfalls und beim Herannahen des Notarztes vorläufigerweise abgetrieben, während er die Straße noch kreuzen wollte.

## Bahn Böhlen—Leipzig gesichert

Auf Grund der bekannten Darlehns-Offerte beschloß der Verwaltungsrat Berlin der Reichsbahn-Gesellschaft, die Merseburg-Hörsingern Linie nacheinander bis nach Leipzig-Kühlich zu verlängern. Die Arbeiten sollen bereits in nächster Zeit begonnen werden, obwohl die Finanzierung noch nicht in allen Details geregelt ist.

**Böhlitz-Ehrenberg.** Gemeindevorordnetenversammlung. Wegen der Übertragung der Bauleitung für das neue Familienwohnhaus soll wegen des Honorars nochmals mit dem Architekt Niemann in Leipzig verhandelt werden. — Für die Hundstunde des Hundezwingers Dörfel soll für jeden Hund und Jahr 20 Mark Hundsteuer erhoben werden, wenn Dörfel den Nachweis über den Stammbaum der Hunde erbringt. — Der vom Arbeitsamt Leipzig geforderte Betrag von 287,50 Mark für Arbeitslöhne an Erwerbslose während der Erwerbslosigkeit soll auf die Gemeindefasse übernommen werden. — Mehrere notwendige Pflichtenarbeiten werden vergeben und die Anbringung einer Gittertür zwischen Volkshaus und Schulräume beschlossen. — Die Bewirtschaftung des künstlich erworbenen Bräukerngutes wird dem Finanzausschuß mit übertragen.

## Großfeuer in Berlin

SPD Berlin, 15. Juli.

Am Sonnabendnachmittag entstand in der Vulkanfabrik an der Ostseite der Vereinigten Berlin-Frankfurter Gummiwaren-Fabrik in Lichterfelde-Ost eine schwere Explosion, durch die das ganze Gebäude der Gummi-Fabrik in wenigen Minuten in Brand gesetzt wurde. Das Feuer fand an den aufgestellten Gummirollen und den Benzinvorläufern reiche Nahrung, so daß der Versuch, den Brand zu lokalisieren, zunächst vergeblich war. Den zahlreich alarmierten Löscharbeiten gelang es nur unter großen Bemühungen, schließlich dem Feuer Herr zu werden. Drei Arbeiter des Werkes wurden bei den ersten Löscharbeiten verletzt. Der Schaden ist außerordentlich groß.

## Von der Anklage des Kindesmordes freigesprochen

Ein bemerkenswertes Urteil, das durch seinen neuzeitlichen Geist verratende Tendenz enthält, ist von dem Schwurgericht in München-Gladbach gefällt worden. Des Mordes bezuglich an ihrem eigenen Kinde, war die 26-jährige Ehefrau des um 6 Jahre jüngeren Arbeiters Kießmann angeklagt. Der Anklage lag folgende Vorgehensweise zu Grunde: Der Mann heiratete nach seiner eigenen Aussage, um seiner Mutter eine Stütze in den Haushalt zu schaffen. Die Ehe legte seiner Frau nur Pflichten auf, die zu schwer waren, als daß sie sie hätte tragen können. An einem Sonntag erlitt sie mit ihrem Töchterchen an die Miers, um dort mit dem Kinde den Tod zu suchen. Während sie durch einen Zufall — die Kleider hatten sich im Getrüpp des Wassers gefangen — gerettet werden konnte, verfant ihr Kind in den Blüten und ertrank. In der Verhandlung wurde das Bild einer Ehe enthüllt, das die Verzeihung nur allzusehr verständlich erscheinen läßt. Als der Chemann der Angeklagten der sich oft todelang um seine Frau nicht kümmerte, mittelste, daß das gemeinsame Kinde, an dem die Mutter mit allen Kräften ihres Dergens hing, fortgegeben werden sollte, erreichte die Verzeihung der bedauernswerten Frau den Höhepunkt. In finsterner Erregung beschloß sie den gemeinsamen Tod.

Ein Sachverständiger betonte, daß die Angeklagte fast als Waise in angesehenen Kreisen hätte, wenn auch nicht in dem Maße, daß sie für ihre Handlungen nicht verantwortlich gemacht werden müßte. Der Staatsanwalt beantragte die Mindeststrafe von 6 Monaten Gefängnis; das Gericht gab dem Antrag des Verteidigers statt und sprach die Angeklagte kostenlos frei.

**Luftpost nach Italien.** Vom 18. Juli an wird der Luftpostverkehr mit Italien durch Eröffnung der Luftpost München-Mailand verbessert, mit der gewöhnliche und eingeschriebene Briefsendungen sowie Pakete Beförderung erhalten. Die Flüge finden werktäglich ab München 8.30, an Mailand 13.15, zurück ab Mailand 7.30, an München 11.15 statt. Nähere Auskunft bei den Postanstalten.

**Hühneraugen**  
besorgt schnell und sicher  
**Kukirol**  
Packung nur 65 Pfg.  
Bei richtiger Anwendung sind Mißerfolge ausgeschlossen



